



10. Sitzung

Donnerstag, 23. Juni 2011

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin
Fortsetzung der **Tagesordnung**

651

**ThyssenKrupp und Abu Dhabi
MAR – Was hat Senator Horch
versprochen?**

Aktuelle Stunde

651

(nicht behandelt wegen Zeitablaufs)

Fraktion der CDU:

**Sprung über die Elbe in Gefahr
– SPD-Senat vernachlässigt
Hamburgs Süden!**

Birgit Stöver CDU 651
Andy Grote SPD 652
Olaf Duge GAL 653
Dr. Kurt Duwe FDP 654, 661
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE 655
Jutta Blankau, Senatorin 656
Heiko Hecht CDU 657
Metin Hakverdi SPD 658
Klaus-Peter Hesse CDU 659
Dr. Till Steffen GAL 660
Christiane Schneider DIE LINKE 661

Bericht des Haushaltsausschusses
über die Drucksache 20/518:

**Bessere Infrastruktur für Ham-
burger Familien
Maßnahmen im Bereich der
Kindertagesbetreuung (Senats-
antrag)**

– Drs 20/748 –

662

dazu

Antrag der SPD-Fraktion:

**Bessere Infrastruktur für Ham-
burger Familien – Maßnahmen
der Kindertagesbetreuung
(Drs. 20/518)**

– Drs 20/846 –

662

Fraktion der GAL:

**Energiewende in Hamburg
– Politik muss den Kurs be-
stimmen**

(nicht behandelt wegen Zeitablaufs)

Dr. Melanie Leonhard SPD 662
Christoph de Vries CDU 663
Christiane Blömeke GAL 665
Finn-Ole Ritter FDP 666
Mehmet Yildiz DIE LINKE 667
Detlef Scheele, Senator 668

Fraktion der FDP:

Beschlüsse	669	Beschlüsse	685
Antrag der SPD-Fraktion:		Antrag der GAL-Fraktion:	
Die Interessen der Maritimen Wirtschaft stärken und das Maritime Cluster Norddeutschland voranbringen		Beschäftigung schafft Chancen – Hamburg braucht ein Konzept für Langzeitarbeitslose	
– Drs 20/743 –	670	– Drs 20/741 –	685
Jan Balcke SPD	670	dazu	
Olaf Ohlsen CDU	671	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Anjes Tjarks GAL	672	Beschäftigung schafft Chancen – Hamburg braucht ein Konzept für Langzeitarbeitslose	
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	673	– Drs 20/851 –	685
Norbert Hackbusch DIE LINKE	674, 677	Phyliss Demirel GAL	685
Wolfgang Rose SPD	675	Jens-Peter Schwieger SPD	686, 693
Beschlüsse	677	Heiko Hecht CDU	687
Antrag der SPD-Fraktion:		Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	687
Stärkung der steuerlichen Betriebsprüfung		Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	688, 692
– Drs 20/742 –	677	Detlef Scheele, Senator	689
dazu		Anja Hajduk GAL	692
Antrag der FDP-Fraktion:		Beschlüsse	693
Stärkung der steuerlichen Betriebsprüfung		Antrag der FDP-Fraktion:	
– Drs 20/848 –	677	Fusion der HafenCity Universität Hamburg (HCU) mit der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TUHH)	
Dr. Mathias Petersen SPD	677	– Drs 20/746 –	693
Thomas Kreuzmann CDU	678	dazu	
Anja Hajduk GAL	678	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	679	Universitäten in Hamburg nicht gegeneinander ausspielen	
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	680	– Drs 20/852 –	693
Dr. Peter Tschentscher, Senator	680	Dr. Wieland Schinnenburg FDP	693, 701, 704
Beschlüsse	681	Philipp-Sebastian Kühn SPD	696
Antrag der CDU-Fraktion:		Thilo Kleibauer CDU	698, 702
Förderung des Wohnungsneubaus Bundesratsinitiative zur Erhöhung der linearen Abschreibung/Einführung einer zeitlich befristeten erhöhten Abschreibung		Dr. Eva Gumbel GAL	699, 703
– Drs 20/624 –	681	Dora Heyenn DIE LINKE	700, 704
Hans-Detlef Rook CDU	681	Dr. Andreas Dressel SPD	702, 705
Jan Quast SPD	682	Beschlüsse	705
Olaf Duge GAL	683	Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
Dr. Kurt Duwe FDP	684		
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	684		

Bildungspaket nicht auf dem Rücken der Schulsekretariate und der antragsberechtigten Bürger/-innen umsetzen – Drs 20/731 (Neufassung) –	705	Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drs 20/695 –	715
dazu		Beschlüsse	715
Antrag der CDU-Fraktion: Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets – Drs 20/850 –	705	Sammelübersicht	715
Dora Heyenn DIE LINKE	705	Beschlüsse	716
Gerhard Lein SPD	707	Senatsantrag:	
Nikolaus Haufler CDU	708	Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung und Erweiterung der "Bepackung" der Vorläufigen Haushaltsführung für 2011	
Dr. Stefanie von Berg GAL	709	– Drs 20/593 –	716
Carl-Edgar Jarchow FDP	709		
Beschlüsse	710	Beschlüsse	716
Antrag der CDU-Fraktion: Feuerwehrfonds für Mittelstand neu auflegen – Drs 20/622 –	711	Senatsantrag:	
Hjalmar Stemmann CDU	711	Aufsichtsratsstätigkeit von Herrn Senator Michael Neumann	
Andrea Rugbarth SPD	711	– Drs 20/684 –	716
Anjes Tjarks GAL	712	Beschluss	716
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	712		
Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE	713	Bericht des Europaausschusses über die Drucksache 20/201:	
Beschluss	713	Wiedereinrichtung des Hamburger Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik (Antrag der GAL-Fraktion)	
Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drs 20/513 –	713	– Drs 20/685 –	716
Beschlüsse	713	Beschluss	716
Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drs 20/694 –	713	Bericht des Gesundheitsausschusses über die Drucksache 20/519:	
Antje Möller GAL	713	Tierversuche reduzieren – tierversuchsfreie Forschung stärken! (Antrag der GAL-Fraktion)	
Kersten Artus DIE LINKE	714	– Drs 20/714 –	716
Sören Schumacher SPD	715		
Mehmet Yildiz DIE LINKE	715	Beschlüsse	717
Beschlüsse	715		

Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration über die Drucksache 20/116:

Leiharbeit im öffentlichen Dienst begrenzen (Antrag der Fraktion DIE LINKE)
– Drs 20/715 – 717

Beschluss 717

Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/592:

Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung (LHO) und Erweiterung der "Bepackung" der Vorläufigen Haushaltsführung für 2011– insbesondere für das Kita-Sofortpaket – (Senatsantrag)
– Drs 20/804 – 717

Beschlüsse 717

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Kündigung der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Mitnutzung der Einrichtung Noistorf/Horst
– Drs 20/745 – 717

Mehmet Yildiz DIE LINKE 718

Antje Möller GAL 718

Dirk Kienscherf SPD 719

Beschlüsse 719

Interfraktioneller Antrag:

Regelmäßige Entsendung einer Vertretung der Gerichtspräsidentinnen/Gerichtspräsidenten zu den Haushaltsberatungen im Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung
– Drs 20/842 – 719

Beschluss 719

Beginn: 15.00 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Die Sitzung ist eröffnet.

Ich freue mich, Sie darauf hinweisen zu können, dass im Gang vor Raum B für die Abgeordneten und Mitarbeiter ein Wasserspender zur Verfügung steht.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich möchte aber auch gleichzeitig darum bitten, das Leergut in die dafür vorgesehenen Aufnahmebehälter zu entsorgen. – Vielen Dank.

Wir setzen die

Aktuelle Stunde

von gestern fort.

Dazu rufe ich das dritte Thema auf, das in der gestrigen Sitzung wegen Zeitablaufs nicht mehr behandelt werden konnte, angemeldet von der CDU-Fraktion:

Sprung über die Elbe in Gefahr – SPD-Senat vernachlässigt Hamburgs Süden!

Meine Damen und Herren! Es ist eindeutig zu laut im Plenarsaal.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Es ist doch kaum jemand drin!)

Wird das Wort gewünscht? – Frau Stöver, Sie haben es.

Birgit Stöver CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Hamburg hat sich immer verstärkt nach Norden hin entwickelt. Im Norden sind wir schnell an die Grenze zu Schleswig-Holstein gestoßen, die Flächen auf Hamburger Gebiet wurden knapp und sind auch heute noch knapp. Die Entwicklungsmöglichkeiten waren und sind auch heute noch im Süden zu finden. Welche Schlussfolgerung liegt da nahe? Hamburgs Zukunft liegt im Süden. Das sagte bereits vor 50 Jahren Ihr Erster Bürgermeister Herbert Weichmann und recht hat er gehabt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

– Danke schön.

Recht hat er gehabt und das bestätigten auch diverse Hamburger Persönlichkeiten zu späteren Zeitpunkten. Für den Bezirk Harburg, zu dem auch Wilhelmsburg gehörte, wurde danach aber nichts getan.

(*Jan Quast SPD:* Bis auf die Hunderte Millionen, die wir nach Wilhelmsburg gepumpt haben!)

Eine prägnante Aussage und guter Wille alleine reichen nicht. Wir müssen diese Entwicklung Hamburgs schon anpacken. Wilhelmsburg als traditionelles und eingetragenes Industrie- und Gewerbegebiet fehlten die Investitionen in die Stadtteilentwicklung in jeglicher Form; sowohl öffentliche Gelder als auch privatwirtschaftliche Gelder fehlten. Als erster Schritt folgte dann 1977 die Umwidmung des Standorts. Sie werden mir sicher zustimmen – viel zu spät.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Da klatschen noch nicht einmal Ihre eigenen Kollegen!)

Danach folgten immer wieder Maßnahmen, die alle überhaupt nicht griffen. Was daraus folgte, das wissen Sie alle: Armutsbildung.

(*Andy Grote SPD:* Dann kam aber 2001!)

– Sie hören doch bitte einmal zu oder nicht? Herr Grote, Sie sind doch gleich dran.

(Beifall bei der CDU)

Was aus diesem Nichtstun resultierte, ist allen klar: Armutsbildung und eine fehlende kulturelle Vielfalt im Stadtteil Wilhelmsburg sowie in Teilen Harburgs und Süderelbe. Vor zehn Jahren haben wir das Zukunftskonzept Metropole Hamburg – Wachsende Stadt ins Leben gerufen und zum Erfolg geführt.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Ein ganz zentraler Baustein war und ist der "Sprung über die Elbe" und in welche Richtung, natürlich nach Süden. Denn wenn wir uns die regionalen Wachstumsstatistiken in Hamburg anschauen, dann stellen wir fest, dass das Bevölkerungswachstum im Bezirk Harburg stattfindet. Auch hier wieder das Fazit: Wir müssen die südliche Seite der Elbe entwickeln.

Für Wilhelmsburg ist 2001 damit begonnen worden. Es wurde eine Zukunftsvision entwickelt, die heute Früchte trägt. Die einzelnen Früchte, die ich beispielhaft nennen möchte, sind die Projekte der Internationalen Bauausstellung sowie der internationalen Gartenschau, die 2013 in Wilhelmsburg stattfinden werden, sowie die Entwicklung der Wilhelmsburger Mitte. Der vor zehn Jahren zur städtebaulichen Entwicklung des Südens verkündete "Sprung über die Elbe", der nebenbei auch bis in den Binnenhafen Harburgs reichen soll, ist in Umsetzung. Er ist bisher eine zarte Pflanze und – das ist immens wichtig – diese zarte Pflanze haben wir zu hegen und zu pflegen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Hege und Pflege ist ganz besonders wichtig, denn nur dann folgen uns die Investoren und die Bevölkerung. Wir haben noch Überzeugungsarbeit zu leisten bei Bürgerinnen und Bürgern, um sie dazu zu bringen, ihr Geld im Bezirk Harburg und in Wilhelmsburg in Immobilienprojekte für private

(Birgit Stöver)

oder auch gewerbliche Nutzung zu stecken. All das Erreichte und auf den Weg Gebrachte infrage zu stellen und damit ganz deutlich den Erfolg zu gefährden, wäre töricht und das werden wir uns nicht leisten.

(Beifall bei der CDU – *Andy Grote SPD*:
Dann ist ja gut!)

Hier habe ich deutlich Fragen an den Senat und gehe noch ein Stück weiter. Ich habe Befürchtungen, dass der Senat es genau an diesem sensiblen oder vorsichtigen, wenn ich es positiv ausdrücke, aktiven Umgang fehlen lässt. Das lese ich zum Beispiel aus der Antwort auf die Anfrage von Herrn Hamann, in der es um die Umzugspläne der BSU geht.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das hatten wir doch gestern erst, was Sie mit den Behörden zu verantworten haben!)

– Ich weiß, wir hatten das gestern schon.

Aber dem Senat sind die Vorstellungen hinsichtlich der Nutzung des Verwaltungsgebäudes und die darauf basierenden Erwartungen vor Ort bekannt. Wenn sie bekannt sind, warum zögern Sie dann? Warum reden Sie nicht endlich Klartext?

(Beifall bei der CDU)

Entscheidend sei lediglich die Ansiedlung einer großen Zahl von qualifizierten Arbeitsplätzen in der Mitte Wilhelmsburgs, von der dann zahlreiche positive sozioökonomische Effekte ausgehen sollen. Ich frage den Senat noch einmal: Welchen Mieter haben Sie denn im Blick? Sie wissen doch mehr. Nennen Sie endlich Ross und Reiter.

(Beifall bei der CDU)

Der Bürgermeister ist nicht da, aber ich würde ihm gerne erzählen, dass ich gerne die Einschätzung seiner Senatoren und Fachleute teilen würde.

(*Jan Quast SPD*: Das will er bestimmt hören!)

Aber die Informationen über dieses Thema sind einfach zu dünn. Von diesem Senat, Herr Bürgermeister, der nicht da ist, gehen die Zeichen aus, dass Wilhelmsburg und der Bezirk Harburg wieder Gefahr laufen, in die Bedeutungslosigkeit zu gleiten, so wie es vor 2001 war.

(Glocke – Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Frau Stöver, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Birgit Stöver (fortfahrend): Sie gefährden den Erfolg des Sprungs über die Elbe. Wir fordern Sie auf, die Entwicklung des Hamburger Südens wieder in den Blick zu nehmen. Fangen Sie endlich an den richtigen Stellen an.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Herr Grote.

Andy Grote SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Stöver, das war irgendwie eine Mischung aus Allgemeinplätzen, ein bisschen zweifelhafter Geschichtsdarstellung, CDU-Selbstbeweihräucherung und am Ende noch ein bisschen untauglicher Kritikversuche. Ich habe mich von vornherein gefragt, warum Sie das Thema angemeldet haben, und so richtig deutlich ist das aus der Rede auch nicht hervorgegangen. Welche Vernachlässigungen Sie nun in den ersten 100 Tagen nachweisen wollen, dazu haben Sie nicht viel gesagt. Tatsächlich gibt es ein paar Punkte, die man ansprechen kann. Aber wenn man mehr ins Detail geht, wird man natürlich feststellen, dass alle offenen und kritischen Fragen zurzeit aus Ihrer Regierungszeit stammen.

(*Jörg Hamann CDU*: Natürlich, Herr Grote!)

Wir können gerne einmal anfangen und ich frage mich, warum Sie das nicht angesprochen haben. Zur Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße haben Sie immer erzählt, sie bekämen das bis 2013 hin. Inzwischen ist klar, dass Sie es nicht hinkommen.

(*Dietrich Wersich CDU*: Sie werden es nicht hinkriegen!)

– Genau, natürlich. Das war von Ihnen von Anfang an eine unrealistische Planung und es wird Zeit, das auch einmal zuzugeben.

Sie haben außerdem die Bürgerbeteiligung Wilhelmsburg an die Wand gefahren, das wissen Sie auch, und Sie haben ein zentrales Problem in der ganzen Planung, nämlich die Abfahrt Rotenhäuser Straße, bis heute überhaupt nicht bearbeitet, sich irgendwie damit befasst oder irgendeine Lösung angeboten. Es hilft insofern auch nicht, dass wir jetzt ein Planfeststellungsverfahren gestartet haben, wenn wir ungelöste Probleme haben und wissen, dass es Klagen dagegen geben wird.

(*Dietrich Wersich CDU*: Und deswegen lassen Sie alles liegen, oder wie?)

Das ist alles Ihre Hinterlassenschaft und insofern ist es vielleicht ganz gut, dass wir uns jetzt auch ein bisschen loslösen. Wenn der Termin 2013 nicht haltbar sein wird, ist dies vielleicht auch eine Chance, die Fragen, die Sie uns ungeklärt hinterlassen haben, dann sorgfältig zu klären.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen geht es natürlich auch darum, wie wir, wenn wir die Verlagerung bis 2013 nicht schaffen, eine Zwischenlösung anbieten während der Laufzeit von IBA und igs. Das ist eine Herausforderung,

(Andy Grote)

dazu werden verschiedene Szenarien geprüft. Auch darauf waren Sie in Ihren Planungen natürlich nicht vorbereitet, weil Sie sich immer vorge-macht haben, dass Sie das bis 2013 schaffen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir nicht zulassen werden, dass Ihre schlechte, verschleppte und verzögerte Vorarbeit jetzt zulasten der Wilhelmsburger geht, sondern wir werden eine Lösung anstreben, die nicht zu zusätzlichen Belastungen der Wilhelmsburger führt.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt ist das Thema Verkehrskonzept Süderelbe, zu dem wir Sie viele Jahre lang erfolglos aufgefordert haben, das Sie lange verschleppt haben. Das ist auch ein Versäumnis aus Ihrer Regierungszeit.

Kommen wir nun zum BSU-Neubau. Wir wissen alle und darüber gibt es auch gar keinen Zweifel, dass das Gebäude fertiggestellt wird und auch eine behördliche Nutzung vorgesehen ist. Wir wissen aber auch, dass es erhebliche Schwierigkeiten beim Thema behördliche Nutzung und Anmietung von Gebäuden gibt, das Sie verursacht haben,

(*Dietrich Wersich CDU*: Natürlich, Herr Grote!)

weil Sie gleichzeitig mehrere Gebäudeblöcke in der Hafencity angemietet haben, die wir nicht brauchen und die teurer sind als jedes andere Büro, das wir als Freie und Hansestadt Hamburg haben, und einen teuren Neubau in Wilhelmsburg angestoßen haben.

(*Dietrich Wersich CDU*: Wenn Sie keine Lust zum Regieren haben, müssen Sie das niederlegen!)

– Wir werden das machen, aber wir müssen mit Ihren Problemen, Herr Wersich, eben umgehen. Man wird manches reparieren müssen und darauf werden Sie sich schon einlassen müssen.

Insofern steht zwar noch nicht die Entscheidung fest, welche Behörde dort einzieht, aber es wird eine entsprechende Nutzung geben. Im Übrigen zeigt auch dieses Sich-Festhalten an diesem Punkt, dass Sie eines gar nicht verstanden haben, auch Sie nicht, Herr Wersich, dass nämlich eine neue Behörde nicht das einzige Glück und Seligmachende für diesen Stadtteil ist. Schauen Sie sich einmal an, was die Umwelt- oder jetzt auch die Gesundheitsbehörde an großartiger Belebung für Rothenburgsort ausgelöst haben. Wenn Sie sich das anschauen, dann treten Sie ein bisschen bescheidener auf, was den BSU-Neubau betrifft.

Im Ergebnis liegen die Versäumnisse bei Ihnen und nicht beim neuen Senat. Das ist ein untauglicher Versuch, Ihre politischen Hinterlassenschaften uns unterzuschieben, und das ist mehr als durchsichtig.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen haben die Menschen in Wilhelmsburg und Süderelbe eine klare Einschätzung zu Ihrer politischen Regierungsleistung und sie haben dies bei den Wahlen am 20. Februar 2011 auch klar zum Ausdruck gebracht.

Ich will am Ende noch auf einen weiteren Punkt eingehen, der uns allerdings sehr deutlich von dem unterscheidet, was Sie immer unter dem "Sprung über die Elbe" verstehen, proklamieren und worauf Sie ausschließlich abgehoben haben. Es geht uns nicht vorrangig um Vorzeigeprojekte im Rahmen von IBA, igs oder anderem. Uns geht es darum, wie man nachhaltig und langfristig nach dem Jahr 2013 die realen Lebensumstände und -verhältnisse der Menschen in Wilhelmsburg und Süderelbe verändern kann. Das ist das entscheidende Ziel aus unserer Sicht.

(Glocke – Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU*: Da haben Sie auch einiges gutzumachen!)

– Ich komme zum Schluss.

Insofern geht es darum, wie wir Wohnungsbau und eine vernünftige Bildungsinfrastruktur schaffen und neue Bewohner hinzugewinnen können, ohne andere zu verdrängen. Die Lösung liegt letzten Endes darin

(Glocke)

– der letzte Halbsatz –, wenn wir dafür sorgen, dass die Wilhelmsburger und die Menschen in Süderelbe sich in ihrem Stadtteil wohlfühlen, dann entwickeln ...

Präsidentin Carola Veit: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist wirklich abgelaufen.

(Beifall bei der SPD)

Das Wort erhält Herr Duge.

Olaf Duge GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das "Haus der Projekte", das "Bildungszentrum Tor zur Welt", das Passivhaus-PLUS im Reiherstiegviertel, sozialintegratives Wohnen im Veringeck, Künstlerzentrum Veringhöfe, wo man auch durch Wilhelmsburg fährt, man sieht, dass dieser Stadtteil in Bewegung gekommen ist.

(Beifall bei *Jörg Hamann* und *Christoph de Vries*, beide CDU)

Wenn man mit dem Fahrrad durch diese Elbinsel fährt, dann kann man sehen, was sich verändert hat in dem 1962 so schwer getroffenen Stadtteil und welche Dynamik dort jetzt und auch schon während der Regierungszeit von Schwarz-Grün in Bewegung gekommen ist. Jetzt ist es an der Zeit, dass der Senat für Wilhelmsburg, für den gesam-

(Olaf Duge)

ten Süden, aber auch für Hamburg insgesamt diese Planungen umsetzt. Es ist geboten, die fast überall regen Bauaktivitäten voranzutreiben und da, wo es stockt, Hindernisse zu beseitigen

(Dirk Kienscherf SPD: Das war ja im Wohnungsbau nicht immer so, nicht?)

und die Vorhaben rechtzeitig 2013 zur Internationalen Bauausstellung und zur internationalen Gartenschau fertigzustellen.

IBA und igs sind für Hamburg nicht nur Anlass, die Elbinsel aus dem Schattendasein herauszuholen, sondern Hamburg auch als Metropole mit einer Zukunft zu präsentieren. Es ist ein Schaubild, auf das ganz Hamburg und die Welt schauen. Aber tut der Senat eigentlich genug, um diese Projekte voranzubringen? Sie hatten schon die Wilhelmsburger Reichsstraße angesprochen. Die zügige Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße entlang der Bahnleise wird von Ihnen sträflich vernachlässigt.

(Dirk Kienscherf SPD: Was? – Andy Grote SPD: Woran machen Sie das denn fest?)

Sie scheinen sich mehr mit der Auseinanderdividierung und der Entflechtung im Zusammenhang mit der derzeitigen Umstrukturierung in der BSU und der Wirtschaftsbehörde auseinanderzusetzen, als sich um die dringenden Aufgaben in dieser Stadt zu kümmern.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Es bestehen berechtigte Zweifel daran, ob der Senat eine zügige Verlagerung der Reichsstraße überhaupt noch verfolgt. Sie wissen genau, Herr Grote, dass wir einen Plan B in der Tasche haben und zumindest Teile der Wilhelmsburger Reichsstraße bis 2013 fertiggestellt werden könnten.

(Hansjörg Schmidt SPD: Und morgen kommt der Weihnachtsmann!)

Zum einen können Sie, wenn Sie es schaffen, Teile fertigzustellen, die Probleme der Verkehrsströme besser regeln und vor allen Dingen auch Kosten entgehen, die durch zwischenzeitliche Schallschutzmaßnahmen erforderlich sind.

(Andy Grote SPD: Das glaubt niemand außer Ihnen!)

Aber das ist Ihre Entscheidung und Sie haben die Pflicht, mit Ihren Behörden die entsprechenden Maßnahmen voranzutreiben.

Ganz abgesehen davon ist die Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße für die Qualität und Entwicklungsmöglichkeiten von Wilhelmsburg von entscheidender Bedeutung. Die Verlagerung zur Schienenstrecke schafft neue Möglichkeiten der Entwicklung für die Ortsmitte in Wilhelmsburg und auch eine bessere Qualität durch die Verlagerung von Lärmquellen an die Schienenstrecke.

Aber die größte Sorge machen mir nicht die einzelnen Projekte, die Sie liegenlassen. Es ist die Einstellung, die Sie und der Senat zu dieser Anbindung und Entwicklung des Hamburger Südens haben.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Wo bleiben eigentlich die auch nach außen erkennbare Begeisterung und Euphorie für ein Projekt, das weit über Hamburg hinaus Zeichen setzt? Wo ist diese Verpflichtung zu einer nachhaltigen Umweltpolitik, die diese Metropole setzen will? Ich habe den Eindruck, auch aus Ihrer Rede, dass Sie sich überhaupt nicht mit dieser Entwicklung identifizieren.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Noch etwas: Natürlich ist es ein Unterschied, ob ich eine Behörde ansiedle, die viel Öffentlichkeitsverkehr hat, oder eine Gesundheitsbehörde, die es nicht hat.

(Andy Grote SPD: Wie viel Publikumsverkehr hat denn die BSU?)

Ich möchte auch Herrn Tschentscher, der jetzt nicht da ist, sagen, dass man an den Zahlen nicht allein die Bedeutung der Ansiedlung einer Behörde erkennen kann, sondern dabei auch die stadtentwicklungspolitische Bedeutung sehen muss.

Ich sage Ihnen noch eines zum Schluss, Ihnen auch besonders, Herr Grote. Wenn der Blankau'sche Hyperlativ Maßstäbe setzt, befürchte ich, dass die Entwicklung des Hamburger Südens mit diesem Senat nicht mehr weit kommt.

(Beifall bei der GAL)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Dr. Duwe.

Dr. Kurt Duwe FDP: Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir im Hamburger Süden denken auch ab und zu einmal anders. Der Titel dieses Themas gefällt mir, man hätte das Kürzel SPD streichen können und dann wäre es zeitlos gewesen, denn darüber hat man schon seit 30 Jahren geredet. Ich möchte keine Vergangenheitsbewältigung betreiben, sondern wir sollten in die Zukunft schauen.

Was mir in der Hamburger Stadtentwicklung immer schon Sorgen gemacht hat, ist die Sichtweise nach Süden. Wir haben zwei Elbarme, die scheinbar den Hamburger Norden von, was weiß ich, trennen, und wir versuchen immer, von Norden her zu springen. Das ist natürlich sehr schön. Das erinnert mich an einen Schulkameraden, der etwas korpulent und gewichtig und beim Weitspringen auch nicht sehr erfolgreich war. Er hat natürlich einen großen Anlauf genommen und das hat gedauert – denken Sie sich, dass das Hamburg ist –, der ist

(Dr. Kurt Duwe)

auch abgesprungen, aber das Ergebnis war nicht so gut. Wenn man sich dann die Sprunggrube anschaut, dann sah man das Ergebnis, das auch nicht sehr schön war. Das heißt, man sollte erst einmal schauen, wohin man springen will und wie die Potenziale in dem Gebiet sind, wohin man springt. Diese Potenziale sind sehr groß und sie wurden seit Jahrzehnten in Hamburg nicht genutzt. Wir haben eine Metropolregion im Süden Hamburgs von mindestens einer halben Million Menschen innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen. Das wurde nicht richtig beachtet, man hat diesen südlichen Raum eher als marginalen Raum angesehen, wohin man unangenehme Dinge verschieben kann oder auch Gelder, weil man das als Sozialfall ansah. Der Hamburger Süden hat Zukunft und er hat nicht nur deshalb Zukunft, weil seit 30 Jahren davon gesprochen wird. Mich stört immer dieser Spruch, denn der Hamburger Süden muss in der Gegenwart ankommen und nicht in der Zukunft. Das ist ein wichtiger Punkt und dabei müssen wir die Menschen im Süden mitnehmen.

(Beifall bei der FDP – *Dietrich Wersich CDU*: Aber die sind doch nicht rückständig!)

– Sie sind nicht rückständig, sie sind sogar teilweise sehr fortschrittlich.

Manchmal freue ich mich darüber, dass der Hamburger Senat den Süden einfach ignoriert, dann kann er auch nichts falsch machen. Das ist zum Beispiel bei der Technischen Universität Harburg so gewesen, das ist bei der Entwicklung des Harburger Binnenhafens so gewesen. Das waren alles private Initiativen, das sind auch jetzt private Initiativen, Initiativen von Hochschuldirektoren, von Instituten, die selbst etwas machen können. Und ab und zu bekommen sie Brosamen vom Hamburger Senat, wenn bei der Hamburger Universität wieder einmal etwas abgefallen ist.

Wir haben ein Problem im Hamburger Süden, wir haben Niedersachsen, wenn Sie sich die Entwicklungen in Buxtehude, in Stade oder in Lüneburg anschauen.

(Heiterkeit bei der GAL und der LINKEN – *Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Neuenfelde!)

– Zum Beispiel.

Die Bewohner von Hausbruch, Fischbek und Neugraben gehen in Neu Wulmstorf einkaufen, weil man die Entwicklung des Neugrabener Ortskerns vernachlässigt hat. Neuenfelde, Cranz und Francop gehören zum Alten Land und Hamburg ist nicht in der Lage und willens, sich an dem gemeinsamen Projekt Weltkulturerbe Altes Land zu beteiligen. Der Bezirk Harburg ist ein wichtiger Universitätsstandort. Dort wird eine wirklich weltweit führende Forschung betrieben. Es gibt viele Forschungseinrichtungen, die man unterstützen kann und auf denen man aufbauen kann. Das ist wichtig

für eine Entwicklung ganz Hamburgs und das würde auch ganz Hamburg helfen. Wir dürfen nicht einzelne Bezirke als Sozialfälle ansehen, die man immer unterstützen muss. Man muss fördern und fordern, man muss sehen, dass das, was im Süden Hamburgs passiert, unsere Zukunft ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Bischoff hat das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Am Ende der letzten Legislaturperiode, am 15. Februar 2011, hat die damalige Stadtentwicklungssenatorin Gundelach den dritten Bericht zum "Sprung über die Elbe" noch vorgestellt. Damals war die zentrale These, es sei inhaltlich, zeitlich und finanziell alles auf dem richtigen Weg. Diese Bewertung, Frau Stöver, haben Sie jetzt übernommen und ich kann nur vermuten, dass Sie sich das damals und heute kein Stück angesehen haben. Denn sonst könnten Sie nicht einfach sagen, dass die Regierung, man mag sie beurteilen, wie man will, diese zarte Pflanze zerstören würde.

(*Birgit Stöver CDU*: Das ist doch Unsinn!)

Das kann man wirklich nicht sagen, denn schon im Februar und auch heute kommt man um die Feststellung nicht herum, dass das, was Schwarz-Grün angerichtet hat, wirklich ein ganz schlechtes Stück ist.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Herr Duge, eines will ich Ihnen ausdrücklich noch einmal attestieren: Ich komme zwar aus Hamburg-Mitte, zu dem der Wahlkreis Wilhelmsburg nicht gehört,

(*Uwe Lohmann SPD*: Das macht doch nichts!)

aber in der Tat können ich und wohl auch große Teile der Fraktion sich nicht mit dem identifizieren, was Sie als Leitprojekt auf den Weg gebracht haben. Ich will das an drei Punkten deutlich machen, Herr Grote hat das schon angesprochen. Was Sie durchgepeitscht haben mit der Wilhelmsburger Reichsstraße, ist wirklich an Dilettantismus einzigartig.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Sie stellen sich hin und gehen elegant darüber hinweg, wie Sie in diesem Punkt die Bürgerbeteiligung missachtet haben. Frau Stöver hat wenigstens angedeutet, man müsse sich noch um die Investoren und die Bevölkerung kümmern. Das ist offensichtlich in Ihrem Kopf gar nicht angekommen.

(Dr. Joachim Bischoff)

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das haben wir doch mehrfach diskutiert!)

Das heißt, wir haben bei der Wilhelmsburger Reichsstraße 150 Einwendungen gegen die Planfeststellung. Herr Grote weist zu recht darauf hin, dass auch die Rahmenbedingungen nicht beachtet worden sind. Jetzt kommen Sie mit diesem Märchen, Sie hätten einen Plan B. Ich möchte einmal sehen, wie das umgesetzt werden soll. In der Stadt ist das schon jetzt eine gute Lachnummer. Wenn Sie das jetzt durchsetzen, dann bekommt die internationale Gemeinde, die sich die Gartenschau anschauen will, eine große Baustelle vorgeführt; das ist die Realität.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Ich könnte Ihnen jetzt – zeitlich will ich das nicht – noch einiges zu den IBA-Projekten sagen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das wird ja nicht besser!)

– Nein, Herr Hesse.

Das Letzte, was Sie angerichtet haben, will ich wenigstens streifen, nämlich die igs. Bei der igs, so steht es visionär in Ihrem Leitprojekt, sei das wichtigste Ziel die Schaffung dauerhafter Werte. Der neue Park in der Wilhelmsburger Mitte werde seine volle Bedeutung als Volkspark erhalten und so weiter. Sie haben dafür ein paar Tausend Bäume gefällt und nehmen jetzt 21 Euro Eintritt für den Volkspark und die Wilhelmsburger Bevölkerung hat drei Tage freien Eintritt.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Was hat denn das eine mit dem anderen zu tun?)

Diesen Widerspruch müssen Sie erst noch einmal in Hamburgs Süden vermitteln. Ich kann nur hoffen, Herr Hesse, dass die SPD die Kraft hat, diesen Mist abzuräumen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Frau Senatorin Blankau.

Senatorin Jutta Blankau: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass es Befürworter für Harburg und den südlichen Raum gibt.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Als gebürtige Harburgerin, auf der Elbinsel Altenwerder aufgewachsen

(Heiko Hecht CDU: Und in Finkenwerder zur Schule gegangen!)

– und in Finkenwerder zur Schule gegangen, sehr richtig –, kenne ich den Hamburger Süden. Ich

könnte auch, wenn es gewünscht ist, eine plattdeutsche Rede halten. Das tue ich nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf von Olaf Ohlsen CDU)

– Goot, künnt wi loosgoohn? Dat mook wi.

Ich könnte genauso über die negative Haltung der Hamburger zu Harburg diskutieren. Das kenne ich aus meiner Kindheit, meiner Jugend und aus meinem Jungerwachsensein. Allerdings glaube ich auch, dass der Süden Hamburgs tatsächlich auch für sich selbst werben sollte. Harburg hat schöne Stadtteile.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Hamburg ist schön!)

Ich kenne den Unterschied zwischen Harburg und Süderelbe und wir haben dort ein wunderschönes Naturschutzgebiet. Ich würde vorschlagen, dass Frau Stöver, Herr Duwe und ich einmal gemeinsam anbieten, eine Begehung des Hamburger Südens zu machen.

(Beifall bei der SPD und bei Martina Kaesbach FDP)

Das würde auch vielen, die viel über Wilhelmsburg reden, zeigen, dass man einfach einmal hingehen und mit den Leuten reden sollte. Dann stellt man fest, dass es tatsächlich Dissonanzen gibt zwischen dem Süden Hamburgs und dem Norden Hamburgs und das sollten wir aufgreifen.

Zweiter Punkt: Herr Bischoff hat vollkommen recht mit den Leitprojekten. Wenn ich jetzt mit den Wilhelmsburgern rede, fragen die mich nach der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße, nach der Hafenuerspange?

(Jörg Hamann CDU: Nach der BSU!)

– Nein, die fragen nicht nach der BSU, die fragen, ob der Bau weitergeführt wird. Ich habe ihnen zwei Wochen, nachdem ich als Senatorin angetreten bin, mitgeteilt, dass der Bau fortgesetzt wird.

(Beifall bei der SPD – Olaf Ohlsen CDU: Sag' doch mal was zur Hafenuerspange!)

Außerdem geht es ihnen meistens darum, die Verkehrswege zu klären, und dann sind wir bei dem Punkt, den Herr Bischoff angesprochen hat. Es ist gesagt worden, dass alles klar sei mit der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße. Ich habe einmal nachgefragt – Herr Horch hat dies ebenfalls getan –, wo es den Bescheid gäbe, denn das ist eine Bundesfernstraße und deswegen entstehen keine Kosten für Hamburg. Einen Bescheid gibt es aber nicht. Es gibt nur die mündliche Mitteilung, dass alles klar gehe, dass die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße vollzogen werden könne. Das ist mittlerweile strittig im zuständigen Bundesministerium, und zwar zwischen zwei Abteilun-

(Senatorin Jutta Blankau)

gen, zwischen der Abteilung Straße, die die Verlegung will, und der Abteilung Schiene,

(Heiko Hecht CDU: Sagen Sie nur, dass Frau Merkel schuld ist!)

die die Verlegung nicht will, weil nämlich der Lärmschutz dann auch eine Rolle spielen wird. Und deswegen kann ich nur sagen, dass man ohne Bescheide keine Aussagen machen sollte, weil man es in eineinhalb Jahren nicht mehr schafft, selbst wenn jetzt der Bescheid käme.

(Jens Kerstan GAL: Und deswegen wollen Sie es jetzt gar nicht mehr?)

Nächster Punkt: Das Planfeststellungsverfahren und die Einspruchsfristen sind abgelaufen und es gibt Einsprüche. Das ist auch bekannt, die Wilhelmsburger haben sich schließlich auch zusammengeschlossen. Also wird das Verfahren dauern. Das bedeutet, dass man nicht innerhalb von eineinhalb Jahren eine Straße verlegen kann; das ist völliger Humbug.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE)

Aber die Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße halte ich für richtig. Allerdings schaffen wir es nicht mehr bis zum Zeitpunkt der IBA und igs.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Frau Senatorin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Senatorin Jutta Blankau (fortfahrend): Nein, ich gestatte keine Zwischenfrage.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh! – Jens Kerstan GAL: Der SPD-Senat kann mit Widerspruch nicht so gut umgehen!)

– Ach, Herr Kerstan, immer.

Nächster Punkt: Wir werden die Gelegenheit jetzt nutzen. Ich denke, es ist vollkommen richtig, was Herr Bischoff gesagt hat, wir werden nämlich jetzt mit den Bürgern ins Gespräch gehen und das aufnehmen, was an Kritik kommt. Und wir werden bei der Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße beispielsweise die Frage der Anschlussstelle Rotenhäuser Straße klären müssen. Wir werden auch die Diskussion über die Frage der Hafenuferspanne eröffnen müssen. Und da müssen wir die Wilhelmsburger mitnehmen, und zwar nicht die Hamburger im Norden der Stadt, sondern die Wilhelmsburger selbst.

Letzter Punkt: Die IBA und die igs werden von uns gar nicht infrage gestellt, das findet doch alles statt.

(Heiko Hecht CDU: Das geht ja auch gar nicht mehr!)

Die Bauarbeiten finden statt und die Gartenbauausstellung wächst. Übrigens, diese Ansicht teile ich, ist die igs eine Idee des rot-grünen Senats Ende der Neunzigerjahre gewesen

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

und auch ein richtiges Mittel, um Wilhelmsburg zu erschließen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das wird Herrn Bischoff aber jetzt ärgern!)

Jetzt sind wir bei dem Punkt, der auch beim "Sprung über die Elbe" angedacht war, nämlich dass die öffentliche Hand, der Staat, der Senat, Mittel in die Hand nimmt, um Wilhelmsburg zu erschließen und danach Wilhelmsburg die Möglichkeit zu geben, sich privat weiterzuentwickeln und eine Infrastruktur zu schaffen, in der die Wilhelmsburger und Wilhelmsburgerinnen sich wohl fühlen. Das fängt beispielsweise da an, wo die Schulen entstehen, als soziale und kulturelle Zentren in Wilhelmsburg selbst, in denen sich die Wilhelmsburger und Wilhelmsburgerinnen treffen können.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen ist der "Sprung über die Elbe" eine Frage, die wir aus dem Süden Hamburgs selbst auch mit beantworten müssen, weil wir für uns selbst Sorge tragen müssen, dass sich der Stadtteil entwickeln kann. Ich bin mir sicher, dass die IBA und die igs dazu einen Beitrag leisten können.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Richtig!)

Aber danach muss es in normale Pfade geführt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Hecht.

Heiko Hecht CDU:* Meine Damen und Herren! Ein großes Thema, bei dem wir gerade erlebt haben, wie die Senatorin kaum Inhalte gebracht, sondern nur Allgemeinplätze verbreitet hat und nicht aufgezeigt hat,

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

wie man die Situation weiterentwickelt. Der Vorgänger-Senat hat – auch in der Zeit der Alleinregierung – das sehr gute Konzept der Wachsenden Stadt nach vorn gebracht, ebenso den "Sprung über die Elbe"; beides gehörte zusammen. Das war Politik aus einem Guss, das war ein ganzheitlicher Ansatz und das fehlt jetzt.

(Beifall bei der CDU)

Wir sprechen hier über nicht weniger als einen Paradigmenwechsel. Wir kommen jetzt aus einer Politik der Ganzheitlichkeit

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

(Heiko Hecht)

und des Konzepts in einen Bereich, bei dem wir nur noch über einzelne Punkte sprechen, bei dem aber die Einbettung fehlt.

(Andy Grote SPD: Das haben Sie drei Jahre lang nicht behauptet!)

– Lieber Kollege Grote, ich war enttäuscht von Ihrem Beitrag,

(Beifall bei der CDU)

denn Sie haben überhaupt nicht von der Hafenspannung gesprochen, die für den Hamburger Hafen, also das Herz unserer Wirtschaft, von existenzieller Bedeutung ist. Sie haben nicht aufgezeigt, wie Sie die Probleme rund um die Hafenspannung, die wichtige Ost-West-Trasse, lösen möchten.

(Dirk Kienscherf SPD: Alles, was Sie liegen gelassen haben!)

Nur formelhaft zu bekunden, man würde sich darum kümmern und der Dinge annehmen, reicht hier nicht. Wir brauchen keine Absichtserklärungen, sondern Taten.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben sie geliefert und die Sachen angestoßen. Die Menschen in Wilhelmsburg werden ganz genau hinsehen, welche Taten nun kommen. Jetzt davon zu sprechen, wir müssten Bezirkspolitik machen oder bei den Schulen prüfen, wie der Verkehr geleitet wird, das reicht nicht, Frau Senatorin Blankau. Wir reden über den Hamburger Hafen und die verkehrliche Anbindung.

(Beifall bei der CDU)

Das ist wesentlich mehr als die Erschließung beispielsweise auf Bezirksebene. Das kann es eigentlich nicht sein.

Was ich wirklich zu bemängeln habe, ist die Einstellung des Senats. Es gibt keine ganzheitlichen Konzepte mehr, wie sie früher vorhanden waren.

(Dirk Kienscherf SPD: Bis vor drei Monaten waren die noch alle da!)

Sie arbeiten jetzt nur noch das ab, was wir Ihnen geliefert haben. Wir haben eine hohe Erwartungshaltung an Sie, nämlich dass Sie jetzt ein ganzheitliches Konzept liefern, wie Sie den Raum Süderelbe, wie Sie Harburg, Wilhelmsburg und den Hamburger Hafen nach vorn bringen wollen. Wir haben auch eine hohe Erwartungshaltung daran, wie Sie die verkehrliche Erschließung dort klären, zum Beispiel die A26, die eine riesige Hamburger Baustelle ist; zu der sagen Sie nichts. Niedersachsen hat geliefert, in Niedersachsen kann man über die A26 fahren. Warum ist das hier nicht möglich, warum ist die Anschlussstelle nicht definiert?

(Beifall bei der CDU)

Wir haben wichtige Infrastrukturmaßnahmen wie die Ortsumgehung Finkenwerder nach vorn gebracht, wir haben die Hafenspannung angeschoben und wir kümmern uns um ein Verkehrsleitsystem im Hafen.

(Zurufe von der SPD: Ja, angeblich!)

Leider ist unsere Zeit früher zu Ende gegangen, als wir es eigentlich wollten.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Ein großes und weiteres Thema ist natürlich die ÖPNV-Anschließung des Süderelberaums. Über die ist auch nicht gesprochen worden, aber auch hier brauchen wir weitere Ansätze. Sie lassen es an Ideen vermissen. Wir haben Ideen geliefert und waren konstruktiv.

(Andy Grote SPD: Welche denn?)

Wir haben die Stadt nach vorn gebracht und den Süden ebenso und das erwarten wir auch von Ihnen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Hakverdi.

Metin Hakverdi SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach diesem Feuerwerk aus Finkenwerder vielleicht zurück zur sachlichen Debatte.

((Beifall bei der SPD – Klaus-Peter Hesse CDU: Da bin ich ja gespannt bei Ihnen! – Jens Kerstan GAL: Vielleicht sagen Sie ja mehr als Ihre Senatorin!))

Wenn man tatsächlich mit den Menschen spricht, Herr Kerstan – und ich tue das, das wissen Sie auch, und nun können Sie sagen, dass Sie es auch tun, dann können wir messen, wer es häufiger tut –, dann muss man wissen, dass es ein Problem zwischen dem Süden und dem Rest Hamburgs gibt. Ich will nicht näher in die Geschichte eingehen, aber dies nur, um vielleicht einmal die Kollektivwahrnehmung der Region zu verstehen. Es gibt aber auch ein Problem innerhalb des Südens. Ich beschreibe das einmal ein bisschen flapsig, aber wer aus Harburg kommt, der versteht es, und wer aus Wilhelmsburg kommt, erst recht. Natürlich gibt es gewisse Vorbehalte in Harburg und auch in Wilhelmsburg, dass man nördlich der Elbe nicht so richtig ernst genommen wird. Das war schon immer so, und ich glaube, das liegt nicht daran, welche Partei gerade im Rathaus regiert,

(Zuruf von Klaus-Peter Hesse CDU)

sondern es liegt an der Topographie der Stadt, nämlich der Elbe, Herr Hesse, und Sie müssen nicht alles zu einem parteipolitischen Dissens machen.

(Metin Hakverdi)

(Zuruf von *Heiko Hecht CDU*)

– Ganz genau, Herr Hecht, danke für diese intellektuelle Implosion.

Tatsache ist aber auch, dass innerhalb des Südens im Verhältnis zwischen Wilhelmsburg und Harburg – und wer das im Detail verfolgt, der weiß das auch – auch nicht alles Gold ist, was glänzt. Die Wilhelmsburger hatten das Gefühl, als sie noch zum Bezirk Harburg gehörten, dass sie da das fünfte Rad am Wagen waren. Das lag aber auch nicht daran, wer gerade im Bezirk Harburg regiert hat, sondern es lag auch an der Topographie. Das liegt nämlich an der Insellage Wilhelmsburgs. Da sagen dann einige, den Wilhelmsburgern könne man es sowieso nicht recht machen, egal, ob sie nun zu Harburg oder zu Hamburg-Mitte gehören. Wenn man das weiß, dann ist es ziemlich destruktiv, dies so in den parteipolitischen Dreck zu ziehen, Herr Hecht. Ich sage das einmal so deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man die Menschen vor Ort ernst nehmen und tatsächlich große Lösungen anschieben will – Sie haben zu Recht welche genannt, die über den Bezirk hinausgehend angeschoben werden müssen, zum Beispiel die Hafenuferspange –, dann darf man das aber nicht tun, indem man die Leute in Wahrheit nicht ernst nimmt und sich vielleicht sogar über sie lustig macht. Ich weiß beispielsweise von Harburg, dass so ein winziges Detail wie das StadtrAD, das den "Sprung über die Elbe" ja nicht nach Harburg geschafft hat, ein echtes Problem dort ist.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Nein, eben nicht!)

– Natürlich, eine Privatinitiative hat, nachdem der alte Senat versagt hat, es dorthin zu bringen, dann Abhilfe geschaffen.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Metin Hakverdi SPD: Ja, es geht ja nicht um meine Redezeit.

Zwischenfrage von Klaus-Peter Hesse CDU:* Lieber Kollege Hakverdi, folgende Frage, da auch die Senatorin schon Ähnliches behauptet hat: Wie oft, vielleicht können Sie sich erinnern, war die Senatorin Hajduk in Harburg beziehungsweise in Wilhelmsburg und hat mit den Bürgerinnen und Bürgern genau über die Verlagerung der Wilhelmsburger Reichsstraße diskutiert?

Metin Hakverdi (fortfahrend): Das ist eine wirklich schwere Frage, Herr Hesse. Ich weiß gar nicht, was Ihr politisches Ansinnen ist. Ist das jetzt eine

Nachtreterei innerhalb der alten Koalition? Ich wollte es eigentlich erst später ansprechen, aber jetzt zwingen Sie mich dazu.

Frau Hajduk hat sehr klar gesagt – ich finde, das gehört der Ehrlichkeit halber dazu –, dass sie, was die Bürgerbeteiligung in Wilhelmsburg angeht, selbst gescheitert ist. Das hat sie so formuliert und das stimmt auch tatsächlich so. Es ist jetzt Aufgabe dieses Senats, diesen Scherbenhaufen, dieses kollektive Misstrauen gegenüber der Regierung zusammenzufügen.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Das ist doch so ein Quatsch! – *Dora Heyenn DIE LINKE*: Ihr Senat ist doch gegen Bürgerbeteiligung!)

Da können Sie jeden Senator fragen in dieser Regierung, sowohl in der Wirtschaftsbehörde als auch Senatorin Blankau. Das müssen wir nun wieder einfangen und müssen die Leute mitnehmen. Es passiert genau in diesem Zusammenhang, Herr Hesse, den ich eben nannte, nämlich zu versuchen, regional Leute gegeneinander auszuspielen und am Ende daraus parteipolitischen Gewinn zu ziehen. Das wird hier nicht funktionieren. Es ist sehr, sehr schwierig, überhaupt noch irgendjemandem glaubwürdig Politik vor Ort zu erklären.

(*Jens Kerstan GAL*: Unglaublich!)

– Das liegt an Ihrer Politik, Herr Kerstan, es liegt ausschließlich an Ihrer. Sie und Ihre Behörde waren dafür in der letzten Legislaturperiode verantwortlich und es ist ein echtes Glaubwürdigkeitsproblem. Die Leute glauben einem nämlich fast gar nichts mehr.

Meine letzte Bemerkung in dieser Debatte: Wenn wir in der Aktuellen Stunde dieses Problem besprechen, dann werden wir dem nicht gerecht, denn es sind sehr langfristige Entwicklungen. Wir haben die Flut 1962 in Wilhelmsburg gehabt, vielleicht das einschneidendste Erlebnis für irgendeinen Stadtteil nach dem Zweiten Weltkrieg in dieser Stadt. Das parteipolitisch aufzukochen bringt überhaupt nichts. Es wird ein sehr langfristiges Projekt sein und eine sehr langfristige Entwicklung,

(*Birgit Stöver CDU*: Das ist das Problem, dass Sie das immer auf die lange Bank schieben!)

die Harburg und Wilhelmsburg in den nächsten Jahren begleiten werden. Es sind erst 100 Tage Regierungszeit vergangen – ich weiß nicht, wer die Bemerkung gemacht hat, dass man das Kürzel SPD im Titel hätte streichen können –, aber lassen Sie uns doch zukünftig in dieser Legislaturperiode die langfristigen Ziele ansprechen. Dieser Rahmen ist völlig ungeeignet, es ist völlig unsachlich und nur Polemik. Nach 100 Tagen wird pauschal kritisiert, dabei sind es Projekte, die über zehn, 20, die Hafenuferspange sogar über 50 Jahre diskutiert werden.

(Metin Hakverdi)

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wofür ist das Parlament denn nun da?)

Dann kommt man auch noch irgendwie auf die Schulpolitik zu sprechen. Ich bin gespannt auf die Beiträge der Opposition, der CDU, was diese langfristigen Entwicklungen angeht. Dann schauen wir einmal nach Harburg, wie es da weitergeht, Frau Stöver.

(Jens Kerstan GAL: Sie müssen uns sagen, wie es weitergeht!)

Hier zu sagen, wir würden das nicht ernst nehmen, aber dann in Harburg zu trommeln, dass wir keine Sozialwohnungen in dem Bezirk haben wollen, das ist auch ein Ausspielen der Bevölkerung, das wird es mit uns nicht geben. – Danke.

(Beifall bei der SPD – Dr. Andreas Dressel SPD: Richtig!)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Dr. Steffen.

Dr. Till Steffen GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist wie immer, wenn es in der Stadtentwicklungspolitik ein bisschen ernster wird, dann hält Frau Blankau eine drollige Rede.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die SPD-Fraktion ist wohl unterhalten, das ist auch okay, und dass sie aus dem Süden zu kommen scheint, wird dann ganz deutlich. Ich komme auch aus dem Süden, aber dort sind die Büttreden auf die fünfte Jahreszeit beschränkt.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der CDU)

Ich finde es auch nicht besonders hilfreich, wenn wir unsere wechselseitigen Traumata als Nord- oder Südelbianer austauschen. Es ist auch nicht hilfreich, den Bauchnabel einzelner Stadtteile auszubreiten, das ist dann eher ein Fluch des neuen Wahlrechts als ein Segen.

(Norbert Hackbusch DIE LINKE: Was ist das denn?)

Was ich vermisse, ist ein Blick des Senats und der Regierungsfraktion, der über die Einzelprobleme hinausgeht und zwischen den Stadtteilen die stadtentwicklungspolitische Vorstellung verbindend herstellt. Was ich vermisse, ist eine Vision, die tatsächlich das Verbindende herausstellt. Das ist von den Rednerinnen und Rednern der SPD heute überhaupt nicht gekommen.

(Beifall bei der GAL und bei Heiko Hecht CDU)

Frau Blankau, ich finde es ein bisschen schwach, dass Sie die Zwischenfrage von Frau Hajduk nicht zugelassen haben,

(Karin Timmermann SPD: Von der Senatorin! – Jan Quast SPD: Von der Ex-Senatorin!)

denn das hätte doch Gelegenheit gegeben, diesen ausgesprochen persönlichen Vorwurf an der Stelle klarzustellen. Das finde ich insoweit schwach, als Sie entweder an dieser Stelle die Unwahrheit gesagt haben oder schlecht informiert sind. Es gibt schon seit mehreren Jahren eine unterschriebene Mitfinanzierungsvereinbarung des damaligen Staatssekretärs Lütke-Daldrup, ein SPD-Mitglied, und deswegen ist es unverständlich, wenn Sie sich jetzt auf das Hickhack von zwei Fachabteilungen beziehen und behaupten, nichts sei geregelt; so geht es nicht.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Insgesamt agiert die SPD beim Thema Wilhelmsburger Reichsstraße nach dem Prinzip "Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass". Natürlich ist das ein schwieriger Planungsprozess, wenn man mitten in einem dicht besiedelten Stadtteil eine Schnellstraße umlegen will. Natürlich ist eine Bürgerbeteiligung kein Ringelpiez mit Anfassen. Nicht alle finden es ganz toll, dass die Straße vielleicht mehr in ihre Nähe kommt, denn bei einzelnen Bürgerinnen und Bürgern ist das der Fall. Und viele Wilhelmsburgerinnen und Wilhelmsburger fragen natürlich zu Recht, was es im Gesamtkonzept heißt und was es noch im Weiteren bedeuten könnte. Viele Fragen konnten natürlich auch nicht abschließend beantwortet werden, wenn man beispielsweise die Frage nach der genauen Zukunft der Hafenuferspanne mit in den Blick nimmt. Deswegen waren die kritischen Diskussionen berechtigt, deswegen war auch klar, dass es dort Streit geben würde, und diesem Streit hat sich Anja Hajduk gestellt.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Die SPD fragt dann noch einmal ganz schlank kurz vor der Wahl, ob man das überhaupt wolle mit der Wilhelmsburger Reichsstraße. Es wurde ein bisschen nach links oder rechts geblinkt, allen wohl und niemand weh, deswegen wähle ich....

(Beifall und Heiterkeit bei der GAL und der CDU – Dr. Andreas Dressel SPD: Ich denke, die Zeit der Büttreden ist vorbei!)

– Ich bin inspiriert worden.

Das ist das Prinzip, nach dem die SPD agiert. Jetzt nach der Wahl muss sie einräumen, dass es doch eine ziemlich vernünftige Planung ist. Mir wurde gesagt, die Planfeststellung wird 1:1 umgesetzt, wie Anja Hajduk es auf die Schiene gebracht hat. Vielen Dank.

Und wenn es jetzt so ist, dass sich etwas tut in Richtung Entwicklung des Hamburger Südens, wenn jetzt etwas sichtbar wird, dann sind es die Vorarbeiten der letzten Jahre. Was Sie leisten

(Dr. Till Steffen)

müssen, sind die Vorstellungen über das, was in einigen Jahren die Realität weiter prägen soll, die dann greifbaren Entwicklungen, und da haben Sie Hausaufgaben zu machen.

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Dr. Duwe.

Dr. Kurt Duwe FDP: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Hecht, vielen Dank für das Stichwort ganzheitliches Konzept. Das haben wir nicht. Warum haben wir kein ganzheitliches Verkehrskonzept? Weil wir uns nämlich vor Entscheidungen drücken wollen, die wir jetzt noch nicht treffen müssen, sondern vielleicht in zehn Jahren.

Ich nenne Ihnen zwei Stichpunkte. Wenn Sie die Wilhelmsburger Reichsstraße verbreitern – es ist egal, ob Sie sie neben die Bahnlinie legen oder auf die alte Trasse – und von Norden her mehr Verkehr durch diese Wilhelmsburger Reichsstraße hindurchführen, dann werden Sie irgendwann auf einer beschaulichen, zweispurigen Straße enden in einem schönen Wohnviertel in Harburg. Das weiß jeder, das ist die Bremer Straße.

(Heiko Hecht CDU: Das ist eine Bundesstraße!)

– Ja, genau.

Da gibt es ein Problem, das wissen Sie, das ist dann quasi ein Zubringer zu einer Autobahn. Jetzt gibt es natürlich die stadtpolitische Frage, ob wir irgendwann dort vier Spuren bauen wollen oder einen Tunnel. In Hamburg-Nord, in der Innenstadt hätten wir einen Tunnel gebaut, in Harburg werden Sie es wahrscheinlich auf sechs Spuren ausbauen. Dieses Problem wird vor sich hergeschoben, wird nicht näher betrachtet, man will einmal schauen, ob das in Wilhelmsburg irgendwie läuft. Ich kann das auch verstehen, aber das ist kein ganzheitliches Verkehrskonzept, das hier vorliegt.

Der zweite Punkt ist, dass es einen Stadtteil Hamburgs seit vor-napoleonischer Zeit gibt – wir wissen alle, wie er heißt, er fängt mit M an und hört mit G auf –, der auch nur eine begrenzte Fläche hat, und dort beginnt irgendwie die Hamburger Lasagne-Taktik zu arbeiten. Von minus 14 Meter auf Normalnull will man dort gern ein Hafenbecken haben. Von Normalnull bis 20 Meter über NN wird eine Schlickdeponie errichtet. Jetzt frage ich mich natürlich, was ab 20 Metern über NN kommt, vielleicht ein Containerterminal auf dieselbe Fläche. Wenn man damit fertig ist, dann wird oben noch ein Science Center draufgepackt, wie die Moorburger das eigentlich haben wollen.

(Heiko Hecht CDU: Zum Thema!)

Das ist keine Stadtentwicklung. Es ist bisher immer nach dem Motto gegangen: Was haben wir jetzt für

ein dringendes Problem und wie lösen wir es. Das Problem Moorburg und die Schlickdeponie wurde vom alten Senat verschleppt. Es wurde in den Koalitionsverhandlungen von Schwarz-Grün beiseite gelegt, weil man ein Problem Moorburg hatte, ein zweites Problem wollte man da nicht haben. Dann hat man diese Roadshow gemacht in Billstedt, die Leute aufgeschreckt, dass sie dort eine Schlickdeponie bekommen sollen. Und mit einem Mal, wie durch ein Wunder, kommt heraus, dass man sich zwar wahnsinnig bemüht hat, aber genau das Ergebnis bekommen hat, das man schon vor fünf Jahren wusste.

Das, meine Damen und Herren, ist nicht das, was man Bürgerbeteiligung nennt. Entweder schenkt man den Leuten gleich reinen Wein ein, aber diese Märchenstunde, die HPA ab und zu hier abzieht, ist wirklich nicht zu ertragen.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen ganzheitliche Konzepte. Auch hier können wir natürlich betrachten, wo es am meisten hakt und die größten Probleme liegen, bei denen wir Entscheidungen treffen müssen. Solange wir kein ganzheitliches Konzept haben, weder in der Stadtpolitik noch in der Verkehrspolitik, funktioniert das nicht. Für den Hamburger Süden – ich spreche hier für Süderelbe und Harburg – gibt es kein ganzheitliches Konzept, es gibt keine Visionen in Hamburg und daran müssen wir arbeiten. Wilhelmsburg ist ein guter Schritt nach vorn, aber wir müssen noch weiter nach Süden gehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Thema? – Bitte, Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Es ist bekannt, dass es Auseinandersetzungen beim Wahlrecht gibt, aber ausgerechnet von Ihnen, Herr Dr. Steffen, hätte ich diese Art von Kritik in keiner Weise erwartet.

(Dirk Kienscherf SPD: Ja, so sind sie!)

Das Wahlrecht soll nämlich die persönliche Ansprechbarkeit und die persönliche Rechenschaft fördern. Da halte ich es für selbstverständlich, wenn Entscheidungen nicht top-down fallen, sondern in irgendeiner Behörde aufgeköchelt werden, dass natürlich auch Stadtteile Leute wählen, die ihre Anliegen vertreten und überhaupt erst einmal in die Debatte bringen. Dass Sie ausgerechnet das als Fluch bezeichnen, finde ich wirklich undemokratisch. Ich weiß nicht genau, ob die GAL weiterhin zu diesem Wahlrecht steht, wir werden es dann in den Auseinandersetzungen sehen. Aber hier haben Sie jetzt einen echten Bock geschossen.

(Christiane Schneider)

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich will zu dem Problem sprechen, das auch schon Herr Dr. Duwe ansprach, denn trotz der bereits immensen Belastung soll dem Süderelberaum eine weitere Belastung aufgebürdet werden, die Schlickdeponie in Moorburg. Ich darf Sie daran erinnern, dass das Gutachten, das zu dem Schluss gekommen war, dass Moorburg der beste Standort für die neue Schlickdeponie sei, übersehen hat, dass in unmittelbarer Nähe zur Deponie ein Flachwasserbrunnen liegt, aus dem aus einer Tiefe von 30 Metern Trinkwasser entnommen wird.

(Olaf Ohlsen CDU: Erzählen Sie doch keinen Blödsinn!)

Gefährdet ist außerdem ein weiterer Tiefbrunnen, der aus 300 Metern Tiefe Trinkwasser fördert.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Sprung über die Elbe!)

– Das ist der "Sprung über die Elbe". Hören Sie zu, dann werden Sie darauf kommen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Na, da bin ich ja gespannt!)

Trotzdem gibt die HPA mit einem weiteren Gutachten Entwarnung für das Trinkwasser, und das halte ich für bedenkenlos. Für die HPA nämlich ist die Errichtung der Deponie in Moorburg kostengünstiger als an anderen in Erwägung gezogenen Standorten und außerdem sind, weil die Fläche in Hafennähe ist, die Entfernungen für den Transport des Baggerguts kürzer, der Betrieb also ebenfalls kostengünstiger. Das heißt, dass außer den Belastungen der Schlickdeponie auch noch der Lastwagenverkehr und die damit verbundenen Belastungen auf Moorburg liegen.

Es muss endlich Schluss damit sein, dass Stadtgebiete im Süden als Hinterhof betrachtet werden, die die Lasten zu tragen haben, die durch die Entwicklung der Hafenmetropole einmal eben so anfallen, oder auch durch politische Entscheidungen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Es gibt im Süderelberaum bereits zwei andere Schlickflächen, im Moorburger Osten und in Altenwerder. Es gibt Spülfelder in Moorburg, die Schlickdeponie Francop und es gibt die Müllverbrennungsanlage Altenwerder. In Moorburg entsteht zudem das Kohlekraftwerk, diese Gift- und CO₂-Schleuder. Es gibt in Moorburg Kritik und Widerstand, Bürgerinnen und Bürger haben ihren Widerstand angekündigt. Als Wahl-Harburgerin sage ich, diesen Widerstand und diese Kritik werde ich unterstützen, gerade auch wegen des Wahlrechts, nicht nur, aber auch.

Das Abladen von immer mehr Problemen in einigen ohnehin schon belasteten Gebieten verhindert

oder zerstört jede Entwicklungsperspektive. Stattdessen täte die Stadt gut daran, die Diskussionen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger über mögliche Entwicklungsperspektiven einmal aufzugreifen. Es entstand in diesen Diskussionen nämlich das Konzept eines Wissensparks in Moorburg, der nicht nur für diesen Ort, sondern für den gesamten Harburger Süden ein enormes Entwicklungspotenzial beinhaltet. Ich habe jetzt nicht mehr die Zeit, es ist hier vielleicht auch nicht der Ort,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Richtig!)

dieses Konzept zu erörtern. Aber der Sinn und Zweck des "Sprungs über die Elbe" kann doch nicht sein, den Hamburger Dreck dort zu hinterlassen,

(Heiko Hecht CDU: Das ist eine ganz eigene Interpretation!)

sondern kann nur sein, Entwicklungsperspektiven für diesen Raum zu fördern. Und das geht nur zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet.

Wir kommen zu Punkt 28 unserer Tagesordnung, Drucksache 20/748, Bericht des Haushaltsausschusses: Bessere Infrastruktur für Hamburger Familien, Maßnahmen im Bereich der Kindertagesbetreuung.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/518: Bessere Infrastruktur für Hamburger Familien Maßnahmen im Bereich der Kindertagesbetreuung (Senatsantrag) – Drs 20/748 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/846 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der SPD-Fraktion: Bessere Infrastruktur für Hamburger Familien – Maßnahmen der Kindertagesbetreuung (Drs. 20/518) – Drs 20/846 –]

Frau Dr. Leonhard wünscht das Wort, Sie haben es.

Dr. Melanie Leonhard SPD:* Verehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich weiß, wir haben in den letzten Sitzungen viel über dieses Thema gesprochen.

(Beifall bei Finn-Ole Ritter FDP)

(Dr. Melanie Leonhard)

– Ich hoffe, Sie klatschen, weil Sie es auch so revolutionär finden wie ich, was heute passiert.

(Beifall bei der SPD)

Inhaltlich will ich mich auf die wesentlichen Punkte dessen beschränken, was wir heute hoffentlich mit Ihrer aller Stimmen beschließen werden. Heute wird mit Wirkung zum 1. August ein bildungs- und integrationspolitischer Irrweg beendet und in der Familienpolitik ein neuer Weg eingeschlagen. Das kann man gar nicht oft genug betonen.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Rücknahme der Gebührenerhöhung von Schwarz-Grün und der Wiederherstellung des Rechtsanspruchs auf einen Hortplatz bis zum 14. Lebensjahr ist ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie geleistet. Wir entlasten damit Eltern von mehr als 70 000 Kindern, auch darüber haben wir schon viel gesprochen. Ich finde es trotzdem wichtig, das noch einmal zu betonen.

(Beifall bei der SPD)

Mehr als 19 000 Familien in Hamburg werden künftig, ab dem 1. August nämlich schon, nach weniger als einem halben Jahr Regierungszeit, mehr finanziellen Spielraum dafür haben, welche Herausforderungen ihnen die Metropolregion Hamburg und das Leben in einer Großstadt auferlegen. Damit schaffen wir größere Planungssicherheit und erhebliche Verbesserungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall bei der SPD)

Die Umsetzung dieser Verbesserungen haben wir in unserem Regierungsprogramm versprochen, und zum 1. August erreichen wir einen Meilenstein darin, dass wir Hamburg zur familienfreundlichsten Stadt machen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein Meilenstein auf einem langen Weg und deshalb werden wir nicht dabei bleiben, nur die Fehler von Schwarz-Grün zu beheben. Wir werden weitere Maßnahmen aus unserem Regierungsprogramm umsetzen und das wieder gemeinsam mit Vertretern von Eltern und Kindertageseinrichtungen, mit all denen, die interessiert sind an der Entwicklung der Freien und Hansestadt und das genauso wie wir als Zukunftsaufgabe ansehen. Das ist nicht weniger als ein Paradigmenwechsel.

(Beifall bei der SPD)

Damit werden wir mit dem heutigen Tag und hoffentlich gemeinsam in diesem Hause wesentliche Schritte unternehmen, die schließlich auch die Vereinbarungen mit dem Landeselternausschuss umsetzen, die Olaf Scholz bereits im Januar unterschrieben hat und zu denen wir uns verpflichtet haben. Das ist auch ein wichtiger Schritt auf dem

neuen Weg hin zu mehr Zuverlässigkeit in der Familienpolitik, hin zu vertrauensvoller Zusammenarbeit, hin vielleicht auch zu einem künftigen Diskurs, auf dem Weg gemeinsame Lösungen für diese Herausforderungen zu finden.

(Beifall bei der SPD)

Einer der nächsten Schritte ist, zum 1. August 2012 den allgemeinen Rechtsanspruch auf eine täglich fünfstündige Betreuung ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr zu implementieren. Das ist auch eine große Herausforderung, aber wir finden diesen Punkt bildungs- und integrationspolitisch wichtig und deswegen werden wir das so umsetzen.

Den vor Ihnen liegenden Zusatzantrag zur Drucksache haben wir eingebracht, weil hier eine Präzisierung in einem Textabschnitt erforderlich ist, der die Situation von Kann-Kindern regelt, damit sich für die Eltern der sogenannten Kann-Kinder für das Schuljahr 2012 ihre Situation ab dem Kindergartenjahr 2011 verbessert. Genau so, wie wir es in unserem Regierungsprogramm versprochen und wie wir es mit dem LEA vereinbart haben, wollen wir es umsetzen. Daher gibt es diesen Zusatzantrag. Er ist Ihnen rechtzeitig zugegangen, ebenso wie ein Gesprächsangebot über diesen Antrag. Deswegen hoffen wir sehr, dass wir gemeinsam in großem Einvernehmen für die Familien in dieser Stadt sowohl die Gesetzesänderung als auch den Antrag beschließen werden.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Entschuldigen Sie, Herr de Vries, ich habe Sie noch nicht aufgerufen. Sie wünschen das Wort? Dann haben Sie es.

Christoph de Vries CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Leonhard, dass man sich bei der Einlösung eines Wahlversprechens den Applaus abholt, ist völlig legitim und auch in Ordnung. Aber an dieser Stelle von einem Paradigmenwechsel zu sprechen, ist doch etwas übertrieben.

(Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz. – *Dr. Andreas Dressel* SPD: Schauen Sie einmal Ihren Fraktionsvorsitzenden an, das ist schon ein Paradigmenwechsel!)

– Sie sind der Paradigmenwechsler, ach so.

(Beifall bei der CDU)

Sie entlasten natürlich mit diesem Gesetzentwurf und dem Kita-Sofortpaket Eltern von Kindern an unterschiedlichen Stellen. Das ist in Ordnung, darüber kann man sprechen, aber es ist kein Paradigmenwechsel. Den Paradigmenwechsel hat es 2001 mit unserem Regierungsantritt gegeben, als wir in Hamburg endlich die Nachfrageorientierung

(Christoph de Vries)

mit dem Kita-Gutscheinsystem eingeführt haben und mit Tausenden von Kita-Plätzen, die es zu Ihrer Zeit nicht gegeben hat.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der SPD: Sie lügen, ohne rot zu werden!)

– Es ist ein gemeinsames Modell, dazu stehen wir auch und das will ich an der Stelle gar nicht verhehlen.

Kommen wir aber zum Sofortpaket selbst. Der Gesetzentwurf enthält fünf Punkte; Frau Leonhard hat sie kurz genannt. Es wird in Zukunft für Kindergärten in Hamburg niedrigere Beiträge geben, wenn es denn so verabschiedet wird. Das Essen wird kostenlos, der Hortbesuch ist bis 14 Jahre möglich, für Kann-Kinder wird das letzte Kita-Jahr kostenfrei und auch für die Eltern behinderter Kinder werden die Beitragserhöhungen zurückgenommen. Für den Haushalt bedeutet das in diesem Jahr Mehrbelastungen von 18,8 Millionen Euro und im nächsten Jahr dann mit voller Jahreswirkung von 46,2 Millionen Euro. Es besteht kein Zweifel, dass diesem Paket Positives abzugewinnen ist, aber es gibt auch Trennendes. Beides will ich im Folgenden auch benennen.

Erstens zur Rücknahme der allgemeinen Beitragserhöhung: Ich habe an dieser Stelle schon gesagt, dass wir im Wahlkampf immer betont haben, dass wir, sollte die Einnahmesituation in der Hansestadt nach der Finanz- und Wirtschaftskrise dies zulassen, diese Beitragserhöhung überprüfen würden.

(Metin Hakverdi SPD: Ja, ja!)

– Herr Hakverdi, es ist vielleicht an Ihnen vorbeigegangen, aber wir hatten die Finanz- und Wirtschaftskrise und im Lichte dieser Krise, die nicht nur Hamburg getroffen hat, und unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen wurde diese Entscheidung getroffen und es war auch richtig so.

(Beifall bei der CDU)

Nun haben Sie das Glück als neu gewählter Senat, in einen konjunkturellen Aufschwung hineinregieren zu können. Es ist auch gestern von Herrn Senator Tschentscher gesagt worden, dass wir strukturelle Mehreinnahmen von 600 bis 700 Millionen Euro haben. Das ist auch das, was wir im Wahlkampf vorausgesagt haben,

(Barbara Duden SPD: Oh, oh!)

und vor diesem Hintergrund die Beitragserhöhung zu überprüfen und zurückzunehmen, ist richtig, dem stimmen wir auch zu.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich auch zwei inhaltliche Dinge dazu sagen. Es ist ohne Zweifel so, dass die Schere zwischen Minimalbeitragszahlern und Höchstbeitragszahlern nach der letzten Beitragserhöhung groß war. Diese Schere wird jetzt mit der Beitrags-

absenkung wieder geringer. Mit Sicherheit, das ist auch zuzugestehen, wird die Berufstätigkeit für die Zweitbezieher von Einkommen – das ist in der Regel die Frau – damit auch wieder attraktiver, weil eben nicht ein weiterer Anteil dieses Zweiteinkommens abgeschöpft wird. Insofern ist dieser Schritt auch richtig. Ebenso befürworten wir als CDU-Fraktion grundsätzlich die Rücknahme der Beitragserhöhung für behinderte Kinder.

Dann komme ich aber auch schon zu dem, was uns trennt. Wir hätten uns bei dieser Gelegenheit – das haben wir auch hineingeschrieben – eine grundsätzliche Überarbeitung und Überprüfung der Beitragstabelle gewünscht, denn diese ist durchaus kritisch zu überprüfen. Im Bereich der Spitzeneinkommen gibt es keine Differenzierung, was in der Vergangenheit dazu geführt hat, dass man schon ab einem für Hamburger Einkommensverhältnisse relativ normalen Einkommen diesen Höchstbeitrag zahlte.

(Gabi Dobusch SPD: Wer hat sich das denn ausgedacht? – Gegenruf von Dietrich Wersich CDU: Die SPD!)

Die Tatsache, dass jetzt die Beiträge abgesenkt werden, verändert das, aber sie ändert es in der Struktur nicht. Wir hätten uns eine Überprüfung gewünscht, das ist ausgeblieben und hier besteht für die Zukunft auch weiterer Handlungsbedarf.

(Beifall bei der CDU)

Dann komme ich zu dem Punkt, den wir auch schon immer angesprochen haben, die Abschaffung des Essensgeldes. Sie kostet den Hamburger Steuerzahler knapp 21 Millionen Euro. Auch wenn das die Umsetzung Ihrer Vereinbarung mit dem LEA sein mag, die der Bürgermeister Scholz schon vor seinem Amtsantritt getroffen hat, so macht es diesen Schritt nicht vernünftiger.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen die Maßstäbe in Deutschland kurz einmal nennen. Wenn wir uns andere Großstädte anschauen, dann liegen selbst Berlin und Hannover mit 23 Euro und 30 Euro über dem Hamburger Niveau. In Heilbronn zahlt man bei sieben Stunden Betreuung sogar ein Essensgeld von 50 Euro

(Dr. Andreas Dressel SPD: Heilbronn ist vielleicht nicht unser Maßstab! Wie ist es denn mit Heidelberg? – Dietrich Wersich CDU: Heilbronn hat kostenlose Kitas!)

und in München, das in etwa vergleichbar ist – hören Sie gut zu –, zahlt man 3 Euro pro Tag. 3 Euro sind das Dreifache dessen, was in Hamburg bisher Stand war. Wir sind weiterhin der Meinung, dass ein Kostenbeitrag von 1 Euro, den Hamburger Eltern entrichten, vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage, den Ihr Senator auch immer wieder betont, und vor dem Hintergrund, dass

(Christoph de Vries)

Kinder hier eine vollwertige Ernährung erhalten, angemessen und auch erforderlich ist.

(Beifall bei der CDU)

In Wahrheit verteilen Sie nämlich an dieser Stelle kurzfristig Wahlgeschenke für eine Kernaufgabe, die Eltern zu erfüllen haben. Ich erlaube mir nur einmal den Hinweis auf die Eltern, die ihre Kinder nicht in der Kindertagesbetreuung haben. Sie zahlen natürlich weiterhin das Mittagessen ihrer Kinder vollständig selbst und sie werden nicht in der Lage sein, für 1 Euro am Tag für ihre Kinder zu kochen, denn in Wahrheit wurde das Kita-Essen auch bisher schon zu zwei Dritteln bis drei Vierteln subventioniert. Auch vor diesem Hintergrund ist die Abschaffung des Essensgeldes falsch.

(Beifall bei der CDU und bei *Katharina Fegebank GAL*)

Lassen Sie mich dazu noch einen Hinweis geben: Sie bedienen damit natürlich eine Anspruchshaltung, die ich für die Zukunft für gefährlich halte. Ich sage das auch als junger Familienvater – ein Kind in der Kindertagesbetreuung, das zweite wird in wenigen Monaten in die Krippe kommen –: Sie mögen mit dem LEA geredet haben und es mag diese Ansprüche geben, aber ich kenne keine Eltern im Normalverdienerbereich, die hier den Anspruch gehabt hätten, dass das Essen für ihre Kinder zukünftig kostenlos sein müsse. Das ist nicht notwendig gewesen und das sind 21 Millionen Euro, die uns an anderer Stelle fehlen.

(Beifall bei der CDU)

Zum zweiten Kritikpunkt: Bislang ist der Senat weit davon entfernt, den eigenen Anspruch einer soliden Gegenfinanzierung einzulösen. Nicht nur wir, sondern alle Fraktionen haben Herrn Senator Scheele im Familienausschuss mehrfach gefragt und er war entweder nicht willens oder nicht in der Lage, auf diese Frage einzugehen, jedenfalls ist nichts genannt worden. Nun ist der Haushaltsplan-Entwurf vorgelegt worden und die Katze ist aus dem Sack. Was wir dem entnehmen können, ist, dass globale Minderausgaben in Höhe von 80 Millionen Euro, die nach der Planung des alten Senats auslaufen sollten, nicht nur weiterlaufen, sondern Sie haben sie sogar noch um 56 Millionen Euro auf 136 Millionen Euro erhöht. Was bedeutet das aber? Das bedeutet, dass Sie dauerhafte Mehrausgaben im Kindertagesbereich – rund eine halbe Milliarde Euro in den nächsten zehn Jahren – durch globale Minderausgaben gegenfinanzieren. Sie haben strukturelle Mehrausgaben, aber keinerlei strukturelle Gegenfinanzierungsmaßnahmen.

(Beifall bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Ich halte an der Stelle fest, dass bei diesem vorrangigen Senatsvorhaben von solider Finanzierung

weit und breit keine Spur ist. Unsere Befürchtung ist, dass es den Eltern von Kita-Kindern bald ebenso ergeht wie den Studierenden der Hochschulen in Hamburg. Erst kommt die finanzielle Entlastung, für die Sie sich feiern lassen, und dann werden Angebot und Betreuungsqualität heruntergeschraubt und damit ein bleibender Schaden für die Attraktivität Hamburgs in Kauf genommen.

(Beifall bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Dies wäre nicht nur unsolid, das wäre auch weit entfernt von ordentlichem Regieren. Das ist auch an dem deutlich geworden, was weiter angekündigt worden ist, ich will kurz die drei Punkte nennen: einmal der vorgezogene Rechtsanspruch ab zwei Jahre, die schrittweise Abschaffung jeglicher Gebühren für das fünfständige Angebot und auch, was schon bald kommen soll, die Verringerung der Betreuungsrelation in KESS-1- und KESS-2-Gebieten. Wenn man sich diese Ankündigungen einmal anschaut, wird offenkundig, dass es an einer Gesamtfinanzierungsperspektive in Sachen Kita-Betreuung bislang völlig fehlt.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe ausgeführt, dass es Positives und Negatives gibt. Wir werden uns enthalten. Gegen die Richtigstellung des Gesetzes ist nichts einzuwenden, aber auch da werden wir uns konsequenterweise enthalten. Wir werden auf jeden Fall in den nächsten Jahren mit Argusaugen darauf achten, dass der Qualitätsstandard, den wir in unserer Regierungszeit in der Kindertagesbetreuung in Hamburg aufgebaut haben, auch erhalten bleibt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das ist richtig mutig!)

Kurzfristige Beitragsentlastungen wie beim Essensgeld dürfen Qualitätsverbesserungen und auch den weiteren Ausbau nicht gefährden. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke. – Das Wort hat Frau Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für viele Eltern dieser Stadt ist heute ein guter Tag, weil mit der Verabschiedung des Kita-Sofortprogramms die Rücknahme der Gebührenerhöhung an erster Stelle steht und die finanzielle Belastung der Familien somit reduziert wird. Wir Grünen begrüßen die Rücknahme der Gebührenerhöhung ausdrücklich. Es ist für die Familien dieser Stadt ein gutes Signal, wenn politischer Wille dafür sorgt, dass die Kinderbetreuung zu den ersten Maßnahmen gehört, die ein Senat anpackt, und er somit auch der Kindertagesbetreu-

(Christiane Blömeke)

ung den Stellenwert gibt, den sie gesellschaftlich benötigt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Aus diesem Grund können wir den Weg des Sofortprogramms mitgehen, gerade weil es für die Familien dieser Stadt ein so wichtiges Signal ist.

Aber, meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, Eltern wollen auch der Qualität der Kindertagesbetreuung vertrauen und sie wollen, dass die frühkindliche Bildung und die Förderung in den Kitas wirklich stattfinden kann. Dazu braucht es noch mehr als die finanzielle Entlastung von Eltern. Hier sind Verbesserungen in der Betreuungsqualität gefragt. Das Kita-Sofortprogramm aber vernachlässigt gerade diese Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung. Es vermittelt den Eindruck, dass es ein vorrangiges Problem für die Eltern war, 1 Euro für das Mittagessen ihrer Kinder zu zahlen oder für ihre 14-jährigen Kinder keinen Hortplatz mehr zu erhalten. Tatsächlich aber war es ein vorrangiges Thema für viele Eltern und ist es immer noch, dass die Gruppen zu groß sind und ihre Kinder eben nicht immer diese Zuwendung und Förderung erhalten, die sie sich wünschen, und das nicht nur im sozialen Brennpunkt, sondern gerade auch im Krippenbereich. Genau hier besteht Handlungsbedarf. Viele Eltern und auch der Landeselternausschuss kritisieren zu Recht, dass zu wenig in die Ausbildung von Erziehern und Erzieherinnen investiert wird, und unterstützen uns Grüne in unserer Forderung nach einem höheren Anteil akademisch ausgebildeter Fachkräfte.

(Beifall bei der GAL)

Experten kritisieren, dass die Sprachförderung immer noch kein Kriterium für einen Ganztagesplatz ist. Auch das ist eine grüne Forderung und die wollen wir auch weiterverfolgen.

(Beifall bei der GAL)

Wo wir gerade bei dem Thema Ganztagesplätze sind, möchte ich eine Frage in den Raum stellen: Wäre es nicht vorrangiger, Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern einen ganztägigen Kita-Platz zu ermöglichen, bevor wir daran gehen, alle Eltern, auch Gutverdiener, vollständig von ihrem Anteil eines Mittagessens für ihre Kinder zu befreien und hierfür 20 Millionen Euro auszugeben?

(Beifall bei der GAL)

Meine Damen und Herren! Auch die temporär verbesserte Situation bei den Steuereinnahmen – der Finanzsenator sprach gestern von 600 Millionen Euro – ändert wenig daran, dass wir sorgsam mit dem Geld umgehen müssen. Die Ausgaben für Sozialleistungen steigen so schnell wie kein anderer Ausgabenblock, wobei sich das Tempo in den letzten Jahren noch kontinuierlich erhöht hat. Das ist auch kein Hamburger Phänomen, sondern eine bundesweite Entwicklung. Diese Kostensteigerung

schränkt den Spielraum für politisch gestaltbare freiwillige Leistungen weiterhin ein und genau deswegen müssen wir kritisch abwägen, wofür Geld ausgegeben wird. Wir Grünen glauben, dass wir zukünftig nicht den finanziellen Spielraum haben werden, um gleichzeitig umfangreiche Gebührenbefreiungen für die Eltern und ebenso die notwendigen umfangreichen Verbesserungen in der Betreuungsqualität erreichen zu können.

Wir tragen dennoch das Senatsprogramm mit, gerade weil es uns wichtig ist, ein Signal an die Eltern zu senden, die wirklich in den letzten anderthalb Jahren einem Wechselbad nach dem anderen ausgesetzt waren. Wir tragen das Senatsprogramm mit, weil es uns wichtig ist, die Gebührenerhöhung zurückzunehmen. Danach aber werden wir die SPD kritisch auf ihrem Weg begleiten und schauen,

(Dirk Kienscherf SPD: Wie ist es denn mit den Kann-Kindern gewesen, Frau Blömeke?)

ob und in welchem Umfang überhaupt die Qualität in der Kindertagesbetreuung verbessert wird. Erste Ankündigungen gab es, aber wir werden sehen, ob die SPD ihren Weg da vorwärts geht, und das werden wir kritisch begleiten.

(Beifall bei der GAL)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Ritter hat das Wort.

Finn-Ole Ritter FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor zwei Wochen haben wir uns in diesem Hause mit der Senatsmitteilung zur Rücknahme der Kita-Gebührenerhöhung und Streichung des Essensgeldes beschäftigt. Heute nun wird auf Antrag der SPD dieses Thema erneut vor dem Hintergrund des entsprechenden Berichts des Haushaltsausschusses debattiert.

(Zuruf von Dr. Andreas Dressel SPD)

– Danke schön, Herr Dressel, richtig.

Da stellt sich natürlich zunächst die Frage, ob die Befassung des Haushaltsausschusses mit dem Kernproblem der mangelnden Gegenfinanzierung dieses SPD-Wahlgeschenks irgendwelche neuen Erkenntnisse oder sogar Lösungsansätze gebracht hat.

(Dirk Kienscherf SPD: Ja!)

– Nein, das hat sie, wie ebenfalls bereits vor zwei Wochen bekannt, nicht. Daher stellt sich als Nächstes die Folgefrage: Was bezweckt die SPD mit der Anmeldung des Berichts zur Debatte?

(Dirk Kienscherf SPD: Es wird heute beschlossen! Tue Gutes und rede darüber!)

– Jetzt bin ich dran, ich wollte gar keine Antwort.

(Finn-Ole Ritter)

Natürlich die frohe Botschaft noch einmal kundzutun, das habe ich doch aufgeschrieben.

(Beifall bei der SPD)

Es wird Sie nicht wundern, dass auch die FDP-Fraktion bei dem Ziel mit Ihnen übereinstimmt,

(Beifall bei der SPD)

denn die vordergründig gute Nachricht für alle Eltern kann man nicht oft genug wiederholen. Doch die SPD inszeniert sich scheinbar als Überbringer der puren Glückseligkeit und das dicke Aber und damit die schlechte Nachricht hinter alledem wird den Eltern nach wie vor verschwiegen. Man will schließlich nicht so enden, wie Überbringer schlechter Nachrichten nun einmal enden, Herr Dressel.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Dennoch muss dieses Aber auch von der SPD mit verantwortet werden, denn es besteht trotz der Einbindung des Haushaltsausschusses immer noch Unklarheit darüber, dass per Bepackung knapp 19 Millionen Euro Mehrausgaben für 2011 und noch einmal knapp 46 Millionen Euro für 2012 beschlossen werden, denen kein Finanzierungskonzept gegenübersteht. Zugegeben, einen Teil dieses Fehlbetrags haben Sie, werte Kollegen und Kolleginnen von der SPD, sich schon quasi von den Hamburger Hochschulen besorgt. Welches Verständnis von "pay as you go" hat Ihr Finanzsenator Tschentscher?

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ein gutes!)

– Das ist Ihre Meinung.

Die Mehrausgaben werden getätigt, weil Sie es im Wahlkampf versprochen haben. Das war die einzige Begründung, die wir gestern gehört haben. Das ist interessant, aber zu welchem Preis? Und welche Maßnahmen werden jetzt zur Gegenfinanzierung konkret genannt? Gar keine. Entweder Ihr Finanzsenator Tschentscher versteht die Vorgabe unseres Bürgermeisters "pay as you go" nicht oder er will es nicht.

(Beifall bei der FDP)

Natürlich hat es seine Gründe, dass der Fehlbetrag vergleichsweise hoch ausfällt. Das hatten wir ebenfalls vor zwei Wochen besprochen, aber dann hätte man einen Schritt nach dem anderen machen und zunächst die Finanzierungsfrage klären sollen. Mit dem finanzpolitischen Blindflug ist jedenfalls den jungen Familien am langen Ende auch nicht wirklich geholfen.

Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen von der SPD! Fehler werden nicht plötzlich dadurch richtig, dass man sie nur oft genug wiederholt und darüber spricht. Wir stimmen mit Ihnen zwar im Ziel überein, doch sind wir uneins über die Reihenfolge der Schritte dorthin. Für uns Liberale hätte zunächst

die Finanzierungsfrage befriedigend geklärt sein müssen, um politische Handlungsfreiheit auch in Zeiten der zukünftig greifenden Schuldenbremse sicherzustellen.

(Andy Grote SPD: Wie würden Sie es denn finanzieren?)

– Herr Grote, darüber können wir uns gerne im Ausschuss unterhalten. Wir haben oft genug nachgefragt, da waren Sie leider nicht da, dann müssen Sie hinkommen.

(Andy Grote SPD: Sie müssen nicht Fragen stellen, sondern selber Vorschläge erarbeiten!)

Daher können wir dem Antrag unter den gegebenen Vorzeichen nicht zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Yildiz hat das Wort.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bevor ich zu dem Antrag komme, möchte ich ein paar Worte zu Herrn de Vries und Frau Blömeke sagen.

Erstens: Herr de Vries, als das Kita-Gutscheinsystem 2003 beschlossen worden ist, wurden dadurch Tausende von Kindern aus den Kitas ausgeschlossen, weil das Kita-Gutscheinsystem die Berufstätigkeit der Eltern in den Vordergrund stellt und nicht das Recht des Kindes.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens: Frau Blömeke, als Sie Ihre Rede gehalten haben, war ich schockiert. Sie sagen, Sprachförderung solle ein Kriterium für einen Ganztagesplatz sein. Wir haben das in der letzten Legislaturperiode mehrmals gefordert, damals haben Sie sich geweigert und jetzt stellen Sie sich hin und fordern das. Es freut mich, dass Sie zu einer anderen Ansicht gekommen sind.

Auch die Forderung, dass benachteiligte Kinder einen ganztägigen Kita-Platz bekommen, haben wir mehrmals per Antrag gestellt. Sie haben mit Ihrem CDU-Koalitionspartner auch dagegen gestimmt und wiederum freue ich mich, dass Sie Ihre Position, jetzt wo Sie in der Opposition sind, geändert haben. Aber ich hoffe, wenn Sie wieder einmal mitregieren, dass Sie das dann auch fortführen und sich nicht in der Regierung so und in der Opposition dann ganz anders verhalten.

(Beifall bei der LINKEN – Wolfgang Rose SPD: Das ist nicht das Thema! – Dirk Kien-scherf SPD: Das dauert noch ein bisschen!)

Meine Damen und Herren! Wir als Linksfraktion stimmen diesem Sofortprogramm zu, weil die Abschaffung der Essensgeldpauschale von unserer

(Mehmet Yildiz)

Fraktion bereits in der 19. Legislaturperiode mehrmals gefordert wurde. Daher ist dieses Sofortpaket ein Grund zur Freude. Die Aktivitäten der Eltern und der Beschäftigten in den Kitas für die Volksinitiative des Landeselternausschusses haben sich voll und ganz gelohnt. Die Abschaffung der Essensgeldpauschale ist ein Akt sozialer Gerechtigkeit. Die Essensgeldpauschale widerspricht dem Grundgedanken des Grundgesetzes – ich will das erläutern, manche werden sich wundern –, weil hier Ungleiches gleich behandelt wird und somit Kinder aus Geringverdienerfamilien benachteiligt werden. Das Eintreiben von Essensgeld stellt die Kitas vor schwierige Aufgaben. Viele Kitas sahen sich öfter gezwungen, bei Nichtzahlern von Essensgeldbeiträgen auf das Eintreiben zu verzichten, um die Beziehungen zu den Eltern im Interesse der Kinder nicht zu belasten. Die Unterscheidung von zwei Tarifen, wie sie von CDU und GAL eingeführt wurde, macht es nicht besser. Familien mit Arbeitslosengeld-II-Bezug zahlen 8 Prozent des Regelsatzes – eine Familie mit einem Gehalt von 3000 Euro netto zahlt nach Abzug der Mietkosten rund 1 Prozent des Gehalts –, obwohl Familien mit Arbeitslosengeld II kein Kindergeld und kein Elterngeld beziehen. Verantwortlich hierfür sind wiederum auf Bundesebene CDU und FDP.

Die CDU kann der Qualität auch hierbei nicht das Wort reden. Sie reden viel von Qualität, aber Sie haben in der letzten Legislaturperiode keinen einzigen Cent für die Qualität ausgegeben, sondern Sie haben in die Quantität, in den Ausbau, Geld investiert. Anträge der LINKEN zur Verbesserung der Sprachförderung wurden von Ihnen abgelehnt, Frau Blömeke. Für die Rücknahme der Beitragserhöhung für die Eltern von behinderten Kindern gilt das Gleiche. Diese Familien brauchen einen Ausgleich für die Belastungen des Alltags. Die Wiederherstellung des Rechtsanspruchs auf Betreuung für Kinder bis zum 14. Lebensjahr ist ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung. Er ermöglicht Kindern den Verbleib in den Einrichtungen aus pädagogischen Gründen oder weil ihre Eltern als Pendler von außerhalb in Hamburg arbeiten.

Die Fraktion DIE LINKE unterstützt ebenfalls die Rücknahme der Gebührenerhöhung, weil wir grundsätzlich für eine gebührenfreie Bildung eintreten. Frühkindliche Bildung ist eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft und soll über Steuern finanziert werden. Es gilt, die frühkindliche Bildung sozial gerechter zu gestalten und dem Ausschluss von Kindern aus den Kitas ein Ende zu setzen. Schwarz-Grün hat bei den Eltern abkassiert, und das nicht nur bei Familien mit höheren Einkommen. Sogar Haushalte, in denen beide Eltern mittlere Einkommen beziehen, waren betroffen. Wir mahnen die SPD, gebührenfreie Bildung, verbesserte Ausstattung der sozial benachteiligten Brennpunkte und eine Verbesserung der Rechtsansprüche unverzüglich in die Tat umzusetzen, so wie es

mit dem Landeselternausschuss vereinbart worden ist. Eine solche Politik ist nicht nur sozial gerecht, sondern wird auch positive Auswirkungen auf das nachgelagerte Sozialsystem haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Kita-Besuch für die Kinder aus Familien mit Arbeitslosengeld-II-Bezug muss schnellstmöglich gebührenfrei gestaltet werden. Das Bundesverfassungsgericht hat das für Januar 2011 angemahnt. Die Verschiebung auf 2013, erst dann den Rechtsanspruch für fünf Stunden kostenfrei zu gestalten, wie es im Familienausschuss von der SPD angekündigt worden ist, ist abzulehnen, weil es zu spät kommt und rechtlich bedenklich ist. Wir werden die Ankündigung der SPD zur Verbesserung im Bereich der Kita kritisch und konstruktiv begleiten. Daher unterstützen wir diesen Antrag und begrüßen, dass es umgesetzt wird und dass es ein Erfolg nicht allein der SPD, sondern aller Menschen in dieser Stadt ist.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. *Isabella Vértes-Schütter SPD*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Vielen Dank. – Senator Scheele hat das Wort.

Senator Detlef Scheele: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Hamburger Senat hat sich zum Ziel gesetzt, Hamburg zur familienfreundlichsten Stadt in Deutschland zu machen. Zu den ersten Maßnahmen des Senats, die bereits zum 1. August umgesetzt werden, gehört deshalb die Rücknahme der im Jahr 2010 erfolgten Beitragserhöhung sowie die Abschaffung der Elternbeteiligung an den Kosten des Mittagessens. Die Rücknahme der Elternbeitragsenerhöhung bedeutet für einige Eltern eine Entlastung von bis zu 100 Euro im Monat. Von der vollständigen Abschaffung des Essensgeldes profitieren alle Hamburger Kita-Eltern. Die Ersparnis beträgt mindestens 17 Euro und für den ermäßigten Verpflegungsbeitrag im Hort beträgt die Ersparnis sogar 42 Euro für den regulären Verpflegungsanteil. Zusammen mit der Erhöhung der Elternbeiträge wurde durch den Vorgängersenaat im letzten Jahr der Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für Schulkinder auf das vollendete 12. Lebensjahr begrenzt. Dies möchten wir ebenfalls zum 1. August 2011 durch eine entsprechende Änderung des Kinderbetreuungsgesetzes rückgängig machen. Alle Kinder sollen wieder einen Anspruch auf Kindertagesbetreuung bis zum vollendeten 14. Lebensjahr haben.

(Beifall bei der SPD)

Von dieser Regelung profitieren ungefähr 600 Kinder und wir haben bereits jetzt eine Übergangsregelung geschaffen, dass seit unserem Amtsantritt Kinder nicht mehr aus dem Hort ausscheiden werden müssen. Dafür haben wir viel Zustimmung be-

(Senator Detlef Scheele)

kommen, weil es bereits jetzt eine erhebliche Verbesserung der Situation berufstätiger Eltern gewesen ist.

Auch die Regelung bezüglich des beitragsfreien Jahres vor der Einschulung sorgte in der Vergangenheit für berechtigte Kritik. Ausgangspunkt war bisher immer der reguläre Einschulungstermin gemäß Schulgesetz und vorzeitig eingeschulte Kinder, die sogenannten Kann-Kinder, kamen dadurch nicht in den Genuss der Beitragsfreiheit, obwohl sie im Extremfall nur wenige Tage jünger waren als regulär eingeschulte und daher beitragsfrei gestellte Kinder. Ab August 2011 soll die tatsächliche Einschulung maßgeblich sein, sodass künftig auch vorzeitig eingeschulte Kinder vom beitragsfreien Vorschuljahr profitieren werden, und der Ergänzungsantrag schafft hier auch Rechtsklarheit, wer tatsächlich gemeint ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mit der Umsetzung des Kita-Sofortpakets wird ein zentrales Wahlversprechen des SPD-Senats erfüllt. Dabei wollen wir es aber nicht belassen, denn hier ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass die Frage der frühkindlichen Bildung und der Kindertagesbetreuung nicht nur eine finanzielle ist, sondern auch eine qualitative. Deshalb hat auch in der Vereinbarung mit dem LEA die Frage der Qualität immer eine Rolle gespielt, um das noch einmal in die Debatte einzubringen, denn es wurde immer wieder der Vorwurf vorgetragen, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien, in denen eines oder beide Elternteile eben nicht berufstätig sind, bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres von der guten und so wichtigen Bildungsarbeit in den Kitas in der Regel ausgeschlossen sind. Diesen Vorwurf nehmen wir sehr ernst und ab August 2012, also ab Sommer des nächsten Jahres, sollen daher alle Kinder ab zwei Jahren einen allgemeinen Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung erhalten, das heißt, ein Jahr bevor der bundesweite Rechtsanspruch auf die Kindertagesbetreuung ab dem ersten Lebensjahr wirksam wird.

(Beifall bei der SPD)

In den ersten Monaten als Senator habe ich mir ein Bild davon machen können, wie schwierig und anspruchsvoll die Arbeit in Kitas in sozialen Brennpunkten ist. Viele Erzieherinnen und Erzieher arbeiten dort mit hohem Engagement unter teilweise belastenden Arbeitsbedingungen. Wir wollen durch die Verbesserung der personellen Standards dort die Bildungsarbeit mit den Kindern stärken und gleichzeitig die Situation für das vorhandene Personal verbessern. Daher haben wir auch in der bereits genannten Vereinbarung beschlossen, ähnlich wie es in Grundschulen schon der Fall ist, in sozial belasteten Stadtteilen die Relation zwischen Erzieherinnen und Erziehern und den betreuten Kindern zu verbessern. Wir werden jetzt eine AG

mit dem LEA und den Verbänden einsetzen, die Vorschläge zur Umsetzung erarbeitet.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus beabsichtigen wir, noch in dieser Legislaturperiode das grundständige Betreuungsangebot, das heißt eine tägliche fünfstündige umfassende Betreuung für alle Kinder, beitragsfrei auszugestalten. Das ist ein wirklicher Fortschritt, weil wir uns davon auch sozialpolitische Auswirkungen erhoffen. Der Senat verkennt nicht, dass die genannten Maßnahmen – das haben einige Redner der Oppositionsparteien in den Mittelpunkt ihrer Rede gestellt, das finde ich ein bisschen schwierig – tatsächlich eine erhebliche finanzielle Anstrengung des gesamten Senats erfordern. Meiner Auffassung nach ist es aber gut investiertes Geld, und zwar aus zwei Gründen.

(Beifall bei der SPD)

Zum einen steigern wir die Attraktivität der Stadt Hamburg für junge Familien – wir werden heute noch über Arbeitsmarktpolitik und alles Mögliche reden – und Hamburg wird interessant für Zuzüge von Familien mit Kindern, und das brauchen wir.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir streben eben auch an, für Kinder aus sozial belasteten Familien, deren Eltern nicht arbeiten, ein Angebot im Laufe dieser Legislaturperiode vom vollendeten ersten Lebensjahr über die Krippenerziehung, die Elementarerziehung und die Horte bis hin zu einer ganztägigen Bildung und Betreuung bereitzustellen. Das wird helfen, vieles von dem, was eben angesprochen wurde, was galoppierende Sozialausgaben betrifft, in angrenzende Hilfesysteme zurückzudrängen, ohne einen Qualitätsverlust hinzunehmen.

Es hilft der Stadt, weil es sie im deutschlandweiten Wettbewerb attraktiver macht, und es hilft einkommensschwachen und sozial benachteiligten Familien, weil die Betreuungs- und Bildungsarbeit mit ihren Kindern besser wird. Dafür lohnt sich der Einsatz. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Meine Damen und Herren! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen dann zur Abstimmung, zunächst zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/846.

Wer möchte diesen annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit ist er mit großer Mehrheit angenommen.

Nun zum Bericht des Haushaltsausschusses aus der Drucksache 20/748.

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Vierte Gesetz zur Änderung des Hamburger

(Erster Vizepräsident Frank Schira)

Kinderbetreuungsgesetzes aus Drucksache 20/518 mit der soeben beschlossenen Änderung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit ist dies angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Dies ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer möchte das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Gesetz ist auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 42, Drucksache 20/743, Antrag der SPD-Fraktion: Die Interessen der Maritimen Wirtschaft stärken und das Maritime Cluster Norddeutschland voranbringen.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Die Interessen der Maritimen Wirtschaft stärken
und das Maritime Cluster Norddeutschland voranbringen
– Drs 20/743 –]**

Die CDU-Fraktion möchte diese Drucksache an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Balcke hat das Wort.

Jan Balcke SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der angekündigten drastischen Kürzung und dem mittelfristigen vollständigen Auslaufen der Beihilfen für die deutschen Reeder ab 2011 in Höhe von 30 Millionen Euro setzt die schwarz-gelbe Bundesregierung die Branche dem drohenden Schiffbruch aus. Sie geht bewusst das Risiko ein, dass von nun an vermehrt ausgeflagt wird mit den Konsequenzen prekärer Beschäftigungsverhältnisse, dem drohenden Verlust von circa 30 000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen in Deutschland und vor allem – das ist der eigentliche Knackpunkt – begeht Schwarz-Gelb Wortbruch gegenüber der Branche, denn die Reeder haben sich an ihren Teil der Zusagen gehalten und lassen mittlerweile 570 Schiffe unter deutscher Flagge laufen, was im Rahmen des Nationalen Maritimen Bündnisses vereinbart wurde. Werden nun die Lohnnebenkosten deutscher Schiffsbesatzungen gekürzt, wird das Bündnis grundsätzlich und einseitig infrage gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Die herausgehobene Bedeutung der maritimen Wirtschaft für die Metropolregion Hamburgs sowie

für Deutschland ist unstrittig. Allein 25 Prozent des deutschen Außenhandels werden über den Seeweg bewegt, davon 11,5 Prozent über den Hamburger Hafen. Gerade in 2011 konnten wir überdurchschnittliche Wachstumszahlen des Hamburger Hafens feststellen: 18,2 Prozent sind eine stattliche Summe. 154 000 Beschäftigungsverhältnisse sind allein in Hamburg direkt oder indirekt mit dem Hamburger Hafen verbunden, weitere 80 000 in Deutschland. Insgesamt umfasst die maritime Wirtschaft circa 400 000 Arbeitsplätze, 12 Prozent Bruttoinlandsprodukt und wir haben insgesamt circa 2000 Unternehmen, die noch 2008 einen Umsatz von knapp 25 Milliarden erwirtschafteten.

Meine Damen und Herren! Die Zahlen machen deutlich, dass die maritime Wirtschaft eine elementare Säule unserer Wirtschaftsleistung darstellt, die wir halten und ausbauen müssen. Vor diesem Hintergrund ist es bemerkenswert, dass der Vorgängersenk das Thema aus Unkenntnis verschlafen oder bewusst nicht angepackt hat. Seit März 2009 lag eine Studie zur Entwicklung der maritimen Wirtschaft vor; eine substantielle Befassung mit dem Thema hat leider nicht stattgefunden. Eine politische Prioritätensetzung sowie Visionen, Ziele, Projekte, Aktionen blieben vollständig aus oder im Vagen.

Verwunderlich ist das allerdings nicht, hatte doch das Thema Hafen und maritime Wirtschaft unter der Vorgängerregierung keine Priorität. Das ist daran erkennbar, dass im Nachhinein insbesondere die GAL – wie auch gestern in ihrer Pressemitteilung "Hamburg braucht mehr als nur Hafen" – deutlich macht, dass sie den Hafen als alte, tradierte Wirtschaft kennzeichnet im Gegensatz zu angeblich neuen Wirtschaftsfeldern. Dies ist unserer Meinung nach falsch. Ein gesamtheitlicher Ansatz gehört in den Mittelpunkt gestellt und die maritime Wirtschaft darf nicht außen vor bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Was blieb, ist ein Scherbenhaufen: ein Hafentwicklungsplan, der nicht mit der Hafenwirtschaft im Dialog entwickelt wurde und erst durch den neuen Senat die notwendige Priorität erfährt, die Hafenfianzierung, die auf wackeligen Beinen steht und nicht der Bedeutung des Hafens als Motor für unsere Stadt gerecht wird, und eine halbherzige Unterstützung so wichtiger Themen wie der Elbvertiefung oder wichtiger Infrastrukturprojekte wie der Hafenuerspannung oder der Y-Trasse.

Daher ist es gut, dass nun ein SPD-geführter Senat die alleinige Verantwortung für dieses so wichtige Thema hat.

(Beifall bei der SPD)

Nun hat der neue Senat im Hinblick auf die Stärkung des Schifffahrtsstandorts Deutschland jene Politik fortzuführen und weiterzuentwickeln, die einst unter Kanzler Schröder initiiert wurde. Stich-

(Jan Balcke)

worte sind Tonnagesteuer, Lohnsteuereinbehalt, Fördermittel zur Senkung der Lohnnebenkosten, Ausbildungsplatzförderung und Schiffsbesatzungsverordnung. Deutschland ist als Exportweltmeister auf eine eigene starke Handelsflotte angewiesen. Das betrifft dabei auch und gerade die hochwertige deutsche Ausbildung in maritimen Berufen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat kürzlich in einem Antrag im Deutschen Bundestag in Berlin bereits wichtige Eckpunkte für eine Stärkung der maritimen Wirtschaft aufgezeigt, der wir uns ausdrücklich anschließen.

Dabei geht es darum, die massive Streichung der Fördermittel zurückzunehmen. Es braucht eine nachhaltige Infrastrukturpolitik, um gerade die Hinterlandverbindungen zu stärken. Dies ist wirtschaftlich nötig und letztendlich ökologisch sinnvoll, denn der Seegüterverkehr ist nach wie vor die umweltfreundlichste Möglichkeit, die internationalen Warenströme effektiv und nachhaltig zu bewegen.

Was ist zu tun? Es geht zunächst darum, in Hamburg wieder Vertrauen herzustellen. Senator Horch hat den Dialog mit der Hafenwirtschaft wieder aufgenommen und im Rahmen der Nationalen Maritimen Konferenz in Wilhelmshaven deutlich gemacht, dass die Nordländer zusammenstehen, um den Bund auf den richtigen Weg zu bringen. Darüber hinaus gilt es auch – insbesondere nach Meinung der SPD-Bürgerschaftsfraktion –, die Bundesländer Bremen und Mecklenburg-Vorpommern in das Cluster zu integrieren. Mit unserem Antrag fordern wir den Senat auf, sich stärker als bisher unter CDU-Regierung für den Standort Hamburg und die Interessen der Küstenländer einzusetzen. Das gilt vor allem auch im Hinblick auf die Verteilung von Infrastrukturmitteln.

Unsere Forderungen lauten im Einzelnen: Die Bundeszuschüsse für die maritime Wirtschaft sollen auf dem Niveau von 2010 erhalten bleiben. Die Bürgerschaft muss stärker als bisher in die Fortentwicklung der maritimen Wirtschaft einbezogen werden. Dazu bedarf es eines Berichtswesens und einer ständigen Befassung im Wirtschaftsausschuss. Die Clusterentwicklung ist – eingangs habe ich die Zahlen genannt – der entscheidende Baustein für eine erfolgreiche Entwicklung der maritimen Wirtschaft in der Metropolregion und schafft Wachstum sowie Beschäftigung für Hunderttausende von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Eine Bitte noch an die CDU-Fraktion: Wirken Sie über Berlin auf ihren bayrischen Infrastrukturminister ein, dass er sich verstärkt auch um die norddeutschen Belange kümmern möge. Ich bitte um Zustimmung. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Ohlsen hat das Wort.

Olaf Ohlsen CDU:* Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kollegen! Herr Balcke, es macht wirklich keinen Sinn, mit Halbwahrheiten zu arbeiten, weil das Thema zu wichtig für Hamburg ist, um schlagwortartig Dinge in den Raum zu stellen, die nicht stimmig sind.

Wir begrüßen es und haben jahrelang daran mitgearbeitet, dass das Maritime Bündnis Bestand hat. In unseren Reihen sitzt Genosse Rickmers, der Teil dieses Bündnisses ist.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Sind Sie jetzt Mitglied bei uns?)

– Er ist ja Genosse und das ist auch in Ordnung.

Dass Herr Rickmers, wenn es um das Maritime Bündnis geht und darum, diesen Bestand zu sichern, mit auf dem Antrag steht als derjenige, der davon profitiert, hat ein Geschmäckle, das Sie aber mit sich selbst ausmachen müssen. Im Grunde genommen möchte ich Sie aber trotzdem für Ihre Initiative loben, ein oder zwei Ihrer großen Schiffe wieder unter deutsche Flagge zu bringen. Das unterstütze ich und finde ich in Ordnung.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der SPD)

Wir müssen uns darüber klar werden, worüber wir eigentlich sprechen. Das Maritime Bündnis hat seit einigen Jahren Bestand und es wurde gesagt, dass es von einem Bundeskanzler der SPD zusammen mit der maritimen Wirtschaft ins Leben gerufen wurde. Die Tonnagesteuer war der richtige Weg, ist weiterhin der richtige Weg und wird nicht infrage gestellt. Weiterhin werden die gewährten Ausbildungsbeihilfen nicht infrage gestellt, was nicht ganz unerheblich ist, weil natürlich auch die Bundesregierung mit ihren Ämtern von der Qualifizierung der Arbeitsplätze profitiert, weil viele qualifizierte Seeleute wieder in die Bundesbehörden zurückwandern.

Der Punkt, um den es eigentlich geht, Herr Balcke, ist ein Punkt, der in der Diskussion steht. Die Bundeskanzlerin beziehungsweise der Minister für Verkehr und Bau haben ganz klar gesagt, dass sie Kompensation wollen, weil man natürlich gemerkt hat, dass der Verband Deutscher Reeder und auch andere Interessenverbände deutlich gesagt haben, dass sie weiterhin von dem Lohneinbehalt partizipieren wollen. Das ist auch in Ordnung. Um jetzt mit Kanonen auf Spatzen zu schießen, ist es ein bisschen zu früh, weil die Gespräche laufen und es mit Sicherheit eine vernünftige und für alle verträgliche Lösung geben wird.

(Beifall bei der CDU)

(Olaf Ohlsen)

Die nationale Bedeutung Hamburgs und der Häfen der Nord- und Ostseeküste ist nicht hoch genug einzuschätzen, Herr Balcke. Insofern gebe ich Ihnen recht, dass wir ein vitales Interesse daran haben müssen, den Hamburger Hafen national und international zu stärken. Dazu bedarf es aber auch der länderübergreifenden Kooperation. Und wenn Sie dem Senat vorwerfen, dass wir keine Arbeit geleistet hätten, dann kann ich Ihnen nur entgegenkommen, dass die Kooperation der norddeutschen Küstenländer ganz hervorragend arbeitet, und zwar nicht nur auf Senats- und ministerieller Ebene, sondern auch auf Ebene der Bürgerschaft beziehungsweise der Abgeordneten.

(Arno Münster SPD: Und der Betriebsräte!)

Ich weiß nicht, wie es bei Ihnen ist, aber wir haben sehr enge Kontakte zu den Parlamenten der norddeutschen Küstenländer und verabreden uns regelmäßig. Wir haben unsere Lobby, auch unsere Bundestagsabgeordneten in Berlin, weil wir sie brauchen, denn wenn Sie als Hamburger als Einzelkämpfer auftreten, haben Sie – das wissen wir aus der gestrigen Debatte – gegen die Südländer keine Chance. Wir müssen also gemeinsam auftreten, das wird gemacht und das hat auch der Vorgängersenate explizit vorbereitet.

(Beifall bei der CDU)

Insofern gibt es keine Defizite.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Wenig Begeisterung da hinten!)

Entscheidend ist natürlich, dass man die Dinge beim Namen nennt und sagt: Tue Gutes und sprich darüber. Die maritime Wirtschaft ist für uns alle sehr wichtig und insbesondere für den Stadtstaat Hamburg.

Den Bericht des Senats, den Sie anfordern, lieber Herr Balcke, können wir im Grunde genommen jederzeit liefern.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wieso wir? Sitzen Sie da noch?)

– Nein, das ist bekannt. Sie sind 100 Tage an der Regierung und haben in der Beziehung noch gar nichts gemacht. Insofern müssen wir auf das zurückgreifen, was wir schon erarbeitet haben.

(Beifall bei der CDU)

Von daher werden wir Ihren Antrag natürlich positiv begleiten, weil wir ein vitales Interesse daran haben, der Hafenvirtschaft, aber auch der maritimen Wirtschaft zu signalisieren, dass wir an ihrer Seite stehen und sie stärken. Und wir würden uns freuen, das im Wirtschaftsausschuss zu begleiten. – Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Herr Tjarks hat das Wort.

Anjes Tjarks GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir alle wissen, dass Hamburg der größte Hafen der Bundesrepublik und der drittgrößte Hafen Europas ist. Wir alle wissen, dass die deutsche Handelsflotte 3600 Schiffe umfasst und im Containerdienst führend ist. Man hat allerdings das Gefühl, dass so, wie die Bundesregierung die maritime Politik behandelt, das noch nicht in Berlin angekommen ist.

Wir hoffen und erwarten – vielleicht auch die Kollegen der FDP gleich –, dass ein norddeutscher Bundeswirtschaftsminister möglicherweise stärkere Empathie für die Anliegen der norddeutschen Wirtschaft aufbringen

(Dr. Andreas Dressel SPD: Der hat nur Empathie für Steuersenkungen!)

und in dieser Situation vernünftig und mit Augenmaß vorgehen wird. Wir hoffen, dass Sie da noch einmal auf ihn einwirken können.

(Beifall bei der GAL und bei Dr. Andreas Dressel SPD)

Man muss aber auch noch einmal sagen, Herr Balcke, und das gehört zur Wahrheit dazu, dass es verwunderlich ist, wie Sie auf der einen Seite die rot-grüne Bundesregierung für ihre Anstrengungen im maritimen Bereich loben, andererseits aber immer noch nicht verstanden haben, dass für die Grünen der Hafen auch keine grüne Wiese ist. Vor diesem Hintergrund ist es verwunderlich, wie Sie herumhacken, wo wir doch das gemeinsame Interesse haben, die maritime Wirtschaft in Norddeutschland zu stärken.

(Beifall bei der GAL – Andy Grote SPD: Ist das so?)

Des Weiteren ist es nicht irrelevant, dass, wenn man ein Maritimes Bündnis will – die Bundesregierung hat erkennen lassen, dass ihr Herz dafür begrenzt schlägt –, auch die Reeder dieses Bündnis wirklich wollen. An dieser Stelle erinnere ich einfach noch einmal daran, dass dieses Bündnis viele Vergünstigungen gebracht hat: Tonnagesteuer über fünf Jahre in Höhe von fünf Milliarden Euro, allein dieses Jahr sind es 380 Millionen Euro; Staatsbürgerschaften für Hapag-Lloyd, als es von der Krise bedroht war, in Höhe von 1,2 Milliarden Euro; den Kampf gegen Piraterie mit der EU-Mission "Atalanta" zahlt auch der Steuerzahler. Insofern ist bei diesem Einsatz auch ein bisschen Augenmaß aufseiten der Reeder gefragt, sodass wir dann zu einem konstruktiven Dialog im Bereich des Maritimen Bündnisses zurückkommen.

An dieser Stelle möchte ich zu dem Antrag, den wir grundsätzlich begrüßen, aber eines noch einmal loswerden: Die Reedereien waren von der Wirt-

(Anjes Tjarks)

schafts- und Finanzkrise betroffen, aber es ist keine Frage mehr, dass dies nicht mehr so ist. Hapag-Lloyd hat im abgelaufenen Geschäftsjahr das beste Jahr seiner Geschichte gehabt und Hamburg Süd geht es ähnlich. Insofern bin ich an dieser Stelle der Auffassung, dass Eigentum verpflichtet. Wir sollten nicht noch lauter heulen als die Reeder das tun.

(Beifall bei der GAL)

Wir begrüßen auch den zweiten Punkt Ihres Antrags, nämlich die Frage der Evaluation des Maritimen Clusters, und dabei sind uns zwei Punkte besonders wichtig. Der erste Punkt: Die Evaluation darf nicht auf Hamburg beschränkt bleiben, wir brauchen eine norddeutsche Evaluation, sodass das länderübergreifend funktioniert und wir schauen, wo die Wertschöpfungsketten liegen. Und der zweite Punkt ist die Einbindung des Clusters Erneuerbare Energien, weil gerade in diesem Bereich durchaus einige Chancen für den Hafen und auch für Norddeutschland liegen, sodass wir auf einem guten Weg sind, um zu schauen, wie wir dort weiterarbeiten können.

Insofern ist es ein guter Antrag, aber in der Debatte sollten alle Beteiligten ein wenig mehr Augenmaß haben, dann kommen wir auch zu einem guten Ergebnis. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Vielen Dank. – Das Wort hat Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Ohlsen, bei Ihrem Wortbeitrag zur CDU-Hafenpolitik der vergangenen Jahre musste ich an Herbert Grönemeyer denken. Sie kennen die Liedzeile:

"Der Mensch heißt Mensch, weil er vergisst, weil er verdrängt."

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Das ist das, was mir zur CDU-Hafenpolitik der vergangenen Jahre einfällt. Wer hat die Hafengebühren erhöht, als sich der internationale Güterverkehr in einer der größten Krisen befand? Der CDU-Senat mit dem Wirtschaftssenator Gedaschko. Wer hat den verkorksten Hafentwicklungsplan 2015 noch im Dezember auf den Weg gebracht? Der CDU-Senat mit dem Wirtschaftssenator Karan. Also, Herr Ohlsen, hören Sie auf, die CDU als Gralshüter des Hamburger Hafens, der Hafenwirtschaft und ihrer Beschäftigten darzustellen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Zum vorliegenden Antrag der SPD: Die deutsche Wirtschaft brummt, es geht aufwärts mit der Konjunktur, die führenden Wirtschaftsinstitute sehen

für dieses Jahr eine Drei vor dem Komma. Die Unternehmen machen wieder gute Geschäfte, investieren und schaffen Arbeitsplätze und über diese Nachrichten sollten wir uns alle freuen. Und der Aufschwung wird deutlich vom boomenden Export getrieben. Uns liegt seit Kurzem der neue Außenwirtschaftsreport vor und darin wird die Prognose für das Exportwachstum 2011 von 7,5 Prozent auf 11 Prozent deutlich nach oben korrigiert. Deutschland bleibt vorne als Exportnation und davon profitieren wir auch in Hamburg mit unserem Hafen, der hierfür eine wichtige Drehscheibe ist. Die maritime Wirtschaft ist eine Hauptschlagader dieses deutschen Exportbooms und somit ein tragender Pfeiler für unser Wirtschaftswachstum.

Meine Damen und Herren! Die Bundesregierung hat entscheidende Weichen bei wichtigen Zukunftsthemen gestellt, zum Beispiel bei der Sicherheit vor Piraterie auf den Transportwegen oder beim Ausbau von Offshore-Windenergie. Dass die Hamburger SPD in ihrem Antrag in vielen Fragen mit dem FDP-geführten Bundeswirtschaftsministerium übereinstimmt, ist positiv; wir begrüßen das. Diese Zusammenarbeit über Parteigrenzen hinweg ist eine weitere erfreuliche Tatsache, wenn wir die maritime Politik auf Bundesebene betrachten. Ich darf in diesem Zusammenhang den maritimen Koordinator der Bundesregierung, Hans-Joachim Otto, zitieren – Zitat –:

"Das Konzept der maritimen Koordinierung und auch des partei- und branchenübergreifenden Zusammenhalts ist ein Erfolgsmodell. [...] Wenn wir jetzt alle gemeinsam an einem Strang ziehen [...], dann stehen wir vor einer lang anhaltenden Phase des Aufschwungs."

Meine Damen und Herren! Herr Tjarks hat es angesprochen, ich will dabei nicht verschweigen, dass es bei uns in der FDP durchaus unterschiedliche Positionen zu der Frage gibt, ob sich der Bund weiterhin an den Lohnkosten des Schiffspersonals beteiligen soll. Hintergrund sind die im internationalen Vergleich hohen Lohnkosten für die Besatzungen auf Schiffen unter deutscher Flagge.

(Wolfgang Rose SPD: Was? Noch mal!)

Wir halten das für einen schwierigen Abwägungsprozess. Die Konsolidierung des Bundeshaushalts bleibt eine der größten Herausforderungen und auch ordnungspolitisch halten wir Dauersubventionen für problematisch.

(Beifall bei der FDP)

Aber Einsparungen und das Zurückfahren von Subventionen dürfen auch nicht einseitig und unausgewogen zulasten bestimmter Regionen gehen. Eine vollständige Streichung der Hilfen des Bundes würde die norddeutsche Wirtschaft besonders hart treffen und vor allem uns in Hamburg. Denn ohne die Beihilfen besteht das Risiko, dass

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

viele der rund 445 deutschen Schiffe weiter ausgeflaggt werden. Ein wichtiger Baustein der Wertschöpfungskette von maritimer Wirtschaft und Außenhandel ginge verloren und damit nicht zuletzt auch Steuern und Sozialversicherungsbeiträge.

Aus diesem Grund sind wir als Hamburger FDP-Bürgerschaftsfraktion der Meinung, dass die Bundesregierung hier nachbessern und bei ihrem in der Sache richtigen Sparkurs einen vernünftigen Interessenausgleich zwischen den Bundesländern finden muss. Die FDP-Bürgerschaftsfraktion wird daher dem vorliegenden SPD-Antrag zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Danke. – Das Wort hat der Abgeordnete Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde einige Punkte anders setzen, als sie hier debattiert worden sind, und ich bin auch etwas erstaunt über diesen Einheitsbrei, der mir eben dargestellt worden ist. Ich möchte erst einmal sagen, wo wir einer Meinung sind, denn es ist immer schön, wenn man damit anfängt. Ich bin deutlich der Meinung, dass der Hafen für Hamburg zentral ist. Wir haben in der letzten Legislaturperiode immer wieder gesagt, dass Schwarz-Grün diesen Hafen vernachlässigt hat und vor allen Dingen das Konzept "Hafen finanziert Hafen" ein falsches Konzept war. Und ich stimme Herrn Balcke gerne zu, dass bei der Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen im Bundesbereich insgesamt der Hafenbereich im Verhältnis zu vielen anderen Bereichen unterbelichtet ist und wir dementsprechend eine gewisse Benachteiligung des norddeutschen Raums festzustellen haben. Ich bin mit den verschiedenen Wirtschaftsministern auch der Meinung, dass der Hafen in der Beurteilung dessen bundesweit größeres Gewicht haben müsste; soweit sind wir einverstanden.

Außerdem freue ich mich darüber, wenn wir einmal ein bisschen mehr über den Hafen diskutieren und es nicht so läuft wie in der letzten Legislaturperiode, wo dies unheimlich gern in den privaten Berichten der HPA versteckt wurde, die plötzlich eine eigenständige Gesellschaft war und man nur noch einen Unternehmensbericht bestimmen konnte. Die Tendenz ist richtig, dass wir das als politisches Feld stärker in Hamburg regelmäßig im Wirtschaftsausschuss bestimmen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Dirk Kien-scherf SPD*)

Wir haben da einiges nachzuholen und ich freue mich auch, dass wir das gemeinsam angehen können, zumal es genug Probleme im Hamburger Hafen gibt, die man diskutieren muss und die schwierig genug sind.

Jetzt komme ich zu dem Bereich, den ich überhaupt nicht verstehe, und zwar nicht, weil ich so wenig Grips im Kopf habe, sondern weil ich einfach anderer Meinung bin. Als erstes muss ich feststellen, dass die Reeder im Jahre 2003 gesagt haben, sie seien stark genug

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

und verpflichteten sich dazu, regelmäßig 600 Schiffe unter deutscher Flagge fahren zu lassen. Die Bundesregierung hat Bilanz gezogen und es wurde festgestellt – Herr Balcke, Ihre Zahl ist nämlich falsch –, dass es in letzter Zeit gerade einmal 440 Schiffe waren und vorher auch nicht viel mehr. Das heißt, wir haben einen typischen Fall, wo eine Wirtschaftsorganisation gesagt hat – sie erhält unheimlich viele Vorteile, das wurde schon aufgezählt –, sie vereinbare freiwillig, selbst 600 Schiffe zu organisieren, und sie hat es nicht eingehalten.

Wie soll eine Bundesregierung – ich verteidige in diesem Fall die schwarz-gelbe Bundesregierung – darauf reagieren, wenn die Wirtschaftsverbände das nicht einhalten? Das geht nicht, und zwar nachhaltig nicht, weil es nicht so ist, dass die Reeder etwa weniger Schiffe hätten, sondern die Schiffe, die insgesamt von deutschen Reedern verwaltet werden, haben sich in der Zwischenzeit mehr als verdoppelt, während es kaum noch Schiffe gibt, die unter deutscher Flagge fahren. Herr Rickmerks ist leider ein seltenes Ausnahmee Exemplar. Insgesamt ist es nicht eingehalten worden. Das ist eine Katastrophe für diesen Wirtschaftsverband, nicht in der Lage zu sein, großspurig gemachte Versprechen einzuhalten. Wir sollten gemeinsam als Politik feststellen, dass wir so etwas nicht akzeptieren können.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde auch, dass das eine kleine Klatsche für die Politik gewesen ist, wenn ein Wirtschaftsverband Absprachen nicht einhält und die Politik sagt: Das tut uns leid, ihr seid aber so süß und wichtig, deshalb belassen wir trotzdem alle Geschenke so wie bisher. Was ist denn das für ein Selbstbewusstsein von Politik und vor allen Dingen von der FDP, die solche Dinge doch sonst immer so hochhält?

(Beifall bei der LINKEN)

Damit fängt es nämlich an. An sich ist es doch schlecht, dass man überhaupt ausflaggen kann.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Ja, richtig!)

Wie kann das überhaupt passieren? Man kann sich die Gesetze ansehen, dort gibt es einen Paragraphen, der sagt, dass man im Ausnahmefall, wenn eine wirtschaftlich kritische Situation vorhanden ist, zeitlich begrenzt ausflaggen darf. Das ist der Wortlaut. Seit Jahren und Jahrzehnten wird massenwei-

(Norbert Hackbusch)

se ausgeflaggt, und zwar von allen gemeinsam, und die Regierung sagt dazu auch noch: Schön, dass ihr das macht, wir brauchen das maritime Bündnis weiterhin, so wie ihr das wollt. Was ist denn das für ein Kniefall der Politik vor diesen Interessen- und Lobbyverbänden, die uns gegenwärtig beherrschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir müssen auch darauf bestehen, dieses Gesetz durchzusetzen und einzeln zu prüfen. Ansonsten haben diese Menschen, auch wenn es Hamburger Pfeffersäcke sind, hier nichts zu suchen. Dann sollen sie sich meinetwegen eine andere Stadt suchen. Es kann aber nicht sein, dass wir an der Art und Weise, wie man hier Steuern zu zahlen hat, nicht beteiligt sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Das muss man sich einmal ganz deutlich ansehen. Noch etwas zu den Schifffahrtsregistern. Es ist ja nicht so, dass zum Beispiel der Hamburger Reeder, der seine Schiffe gegenwärtig unter der Flagge von Antigua fahren lässt, irgendwann einmal nach Antigua gefahren ist, um sich dort wenigstens anzumelden. Die Flagge von Antigua beantragt man in Oldenburg im bremischen Land. Dort meldet man sich an und sagt, hier ist Antigua, hier flagge ich das ein, bezahle kaum noch Geld und deutsche Arbeitskräfte, sage aber, ich sei deutscher Reeder. Das ist eine Frechheit und das sollte die Politik auch selbstbewusst kritisieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt einmal zur Tonnagesteuer. Das hört sich irgendwie so an, als bezahlte man immense Steuern. Diese Tonnagesteuer muss man sich einmal genau ansehen. Ein Hamburger Reeder – oder eben nicht nur Reeder, das werde ich gleich noch ein bisschen erklären –, der im Jahre 2008 für eine bestimmte Beteiligung 200 000 Euro pro Jahr bekommen hat – für eine große Beteiligung von 1 Million Euro war das im Jahre 2007 oder 2008 durchaus möglich und normal –, hat dann dafür an Steuern vielleicht 2 000 Euro bezahlt. Jeder normal Beschäftigte hätte dafür 42 Prozent, also fast 100 000 Euro, an Steuern bezahlen müssen. Der hat mit seiner Tonnagesteuer nur 2 000 Euro Steuern zahlen müssen. Das muss man sich einmal vorstellen, das mit der Tonnagesteuer hört sich so wunderbar an. Das ist eine Art und Weise, den öffentlichen Haushalt auszubluten, Lobbygruppen das Geld praktisch in die Hand zu geben, damit die in der Lage sind, gut zu existieren.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Neoliberalismus!*)

Sie, die immer so gerne dafür kämpfen, dass dieser Staat einigermaßen schuldenfrei über die Runden kommt, müssen dafür kämpfen, dass diese Einnahmeseite auch an dieser Stelle verbessert wird

(Beifall bei der LINKEN)

und wir nicht akzeptieren können, dass hier Leute, die 200 000 Euro bekommen, meinen, gute deutsche Staatsbürger zu sein und dafür 2 000 Euro Steuern zahlen. Das ist Lobbyismus pur.

(Beifall bei der LINKEN – *Finn-Ole Ritter FDP: Och ja, darum geht es ja auch!*)

Mir ist völlig klar, dass das eine Art und Weise ist, über die man in Hamburg nicht gerne spricht, weil man nämlich dann von der gemeinsamen Hamburger Suppe und davon spricht, dass wir doch irgendwie alle zusammengehören. Aber die Erfahrung der Menschen in dieser Stadt ist: Wir gehören nicht alle zusammen.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Ja, Gott sei Dank!*)

Diejenigen, die dieses Geld in den letzten Jahren abgezockt haben, sind zum Teil weniger Reeder, als wir denken. Es sind im Wesentlichen Leute, die in der Lage sind, einmal eben 100 000 Euro im Jahr für so etwas ausgeben zu können, die berühmten Zahnärzte aus alten Zeiten, all die Leute, die praktisch nicht viel an Steuern bezahlen wollen, die Reichen in dieser Stadt. Das hat übrigens auch zu katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklungen geführt, weil wir merken, wie diese Geldgier, die man dort produziert hat, zu wirtschaftlich nicht gesunden Bestellungen geführt hat.

(*Thilo Kleibauer CDU: Aber Sie haben noch ein bisschen das Thema vor Augen?*)

So weit ist es und dementsprechend ist es notwendig für uns in Hamburg, sich mit dieser Frage auseinanderzusetzen. Jeder, der möchte, dass wir in der Lage sind, die öffentlichen Aufgaben in dieser Stadt zu finanzieren, dass wir auch in der Lage sind, die wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben im Zusammenhang mit Armut, Bildung und Kultur vernünftig leisten zu können, muss auch die Einnahmeseite klären und dieses Lobbyistenloch stopfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Rose.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Da kommt der nächste Lobbyist!*)

Wolfgang Rose SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das war eine starke Rede,

(Beifall bei der LINKEN – *Dora Heyenn DIE LINKE: Ja, das finde ich auch!*)

eine starke Rede, als wären wir hier in der Situation, gerade einen Antrag zu diskutieren, wie der Hamburger Senat die Branchenpolitik der maritimen Wirtschaft auf den Kopf stellen soll gegenüber dem, was bisher falsch gelaufen ist, und als ob wir die Frage der Einnahmeseite der Branche der ma-

(Wolfgang Rose)

ritimen Wirtschaft und der Seeschifffahrt in Hamburg klären könnten. Lieber Kollege, das ist keine hamburgische, das ist keine bundesdeutsche, sondern eine internationale Branche, in der wir bei diesem Thema zu Hause sind. Deswegen will ich auf die Frage, welche Bedeutung die Subventionen haben – übrigens nicht nur für die Reichen in dieser Stadt, sondern auch für die Kollegen und Seeleute auf diesen Schiffen –, noch einmal zurückkommen. Auf jeden Fall hätte ich allen Seeleuten, die in Hamburg zu Hause sind, gerne einmal gewünscht, diese Rede heute zu hören und dann zu schauen, was das für ihre konkrete Arbeitsplatzsituation bedeuten würde, würde man den Gedanken folgen. Was wir gerade gehört haben, ist eine erhebliche Infragestellung der Arbeitsplätze der Kolleginnen und Kollegen in diesem Bereich und das wollen wir jedenfalls gerade nicht, lieber Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Noch eine Bemerkung zur Rede des Kollegen Ohlson. Von Jan Balcke sind keine Halbwahrheiten verkündet worden. Schauen Sie sich einmal genau an – das ist von Herrn Kluth schon gesagt worden –, wie die Frage der maritimen Wirtschaft vom bisherigen Senat in den letzten Jahren in dieser Stadt an die Wand gefahren worden ist. Und dann stellen Sie sich hier hin und greifen den Kollegen Balcke an und sagen, er hätte irgendwelche Halbwahrheiten verbreitet. Es ist umgekehrt: Auf der Maritimen Konferenz wurde das, was an Verschlechterungen gegenüber der Sicherung der Arbeitsplätze stattgefunden hat, nicht zurückgenommen, sondern soll in den nächsten Jahren noch einmal verdoppelt werden. Es wurde nicht gesagt, wir wollen uns mit den Betroffenen zusammensetzen und mit ihnen darüber reden, ob es andere Möglichkeiten gibt. Am Tag nach dieser Konferenz titelten zum Beispiel die "Frankfurter Allgemeine Zeitung":

"Eine maritime Enttäuschung"

die "Financial Times Deutschland":

"Reeder meutern gegen Regierung"

und das "Handelsblatt":

"Reeder holen die deutsche Flagge ein".

Das waren die Reaktionen in den Schlagzeilen auf diese Art von Politik. Das ist eine Politik, die das maritime Bündnis ganz klar infrage gestellt hat, und das ist ein massiver Rückschritt für die Betroffenen und auch für die Arbeitsplätze in diesem Bereich und das wollen wir nicht. Das ist eine falsche Politik, die das fortsetzt, was bisher gegolten hat, und da müssen wir einen Wechsel herbeiführen.

(Beifall bei der SPD)

Der Name dieses Bündnisses heißt übrigens nicht aus Spaß "Bündnis für Ausbildung und Beschäfti-

gung in der deutschen Seeschifffahrt". Wir alle wissen, dass Deutschland und vor allem die deutschen Unternehmen unter dem Strich große Gewinner der Globalisierung sind. Doch damit davon auch die breite Masse der Menschen, der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitnehmer profitiert, muss Deutschland seinen Platz und seine Strategie innerhalb dieser Globalisierung definieren. Diese Strategie kann nicht darin liegen, im globalen Lohndumpingwettbewerb voll mitzuspielen; das haben uns die letzten Jahre vor Augen geführt. Unsere erfolgreiche Strategie kann nur darin liegen, hoch qualifizierte Ausbildung und Beschäftigung in Deutschland zu sichern und zu stärken, kurz gesagt: Gute Arbeit statt Lohndumping und gnadenlosem Verdrängungswettbewerb muss unsere Strategie sein, allgemein und auch im Bereich der Seeschifffahrt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist aber in manchen Bereichen, wo internationaler Konkurrenzkampf voll vorhanden ist, ohne staatliche Unterstützung nicht zu machen. Das trifft vor allem auf die maritime Wirtschaft zu. Es klingt immer wohlfeil, pauschal auf Subventionen zu schimpfen und ihnen markig den Kampf anzusagen, wie wir es eben gehört haben, doch sinnvolle, sachlich begründete Förderung zu kürzen und abzuschaffen ohne Rücksicht auf die Folgen für Ausbildung und Arbeit am Standort Deutschland und auch hier in Hamburg, ist aus meiner Sicht ideologischer Starrsinn statt pragmatischer Realismus und der wird in diesem Falle auf dem Rücken der betroffenen Seeleute ausgetragen und das wollen wir nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist richtig, dass die Häfen und Reedereien zurzeit wieder vom allgemeinen Aufschwung profitieren. Aber die Krisengefahren in der maritimen Wirtschaft sind keineswegs schon gebannt und die Umbrüche und die Gewichtverschiebungen könnten umso einschneidender ausfallen, je passiver sich die Bundesregierung dabei verhalten würde. Das Ziel einer pragmatischen, verantwortlichen Politik muss aber sein, qualifizierte Ausbildung und Arbeit und damit auch das Wissen, das Know-how am Standort Deutschland zu erhalten und für die Zukunft zu sichern. In dem Bemühen des maritimen Bündnisses geht es darum, die Ausfluggung deutscher Schiffe zu stoppen und umzukehren. Dafür ist es aber vollkommen kontraproduktiv, die Förderung der maritimen Ausbildung und der Beschäftigung zusammenzustrichen, wie es die schwarz-gelbe Bundesregierung vorhat. Wir wollen für Deutschland und für unsere Hafenstadt Hamburg, dass nautische und seemännische Berufe in Zukunft auch in Hamburg eine Zukunft haben und diese auch behalten; darum dieser Antrag und darum diese Bewertung dessen, was auf der Maritimen Konferenz nicht stattgefunden hat und wozu

(Wolfgang Rose)

wir mehr erwartet haben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Am Schluss ist es noch einmal wichtig, darauf hinzuweisen – und das ist eigentlich auch der Charakter eines Bündnisses –, dass es ein unproduktives Schwarzer-Peter-Spiel ist, wenn die einen den Schwarzen Peter auf die eine Seite schieben, indem sie sagen, "die können das selber bezahlen", und auf der anderen Seite diejenigen dann wieder damit drohen, die Ausflagungen vorzunehmen. Beides schiebt die Verantwortung der jeweils anderen Seite zu. Maritimes Bündnis muss heißen, dass man sich zusammensetzt, die Voraussetzungen dafür aber dann nicht einseitig verschlechtert, sondern stattdessen dafür sorgt, dass der maritime Wirtschaftsbereich in Deutschland auch eine Zukunft hat. Schöne Reden alleine reichen dafür nicht, wer nur La Paloma durch das Bullauge pfeift, hat noch lange keinen Beitrag zur Stärkung der deutschen Seeschifffahrt geleistet, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Herr Hackbusch, bitte.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Jetzt möchte er noch mal La Paloma pfeifen!)

Norbert Hackbusch DIE LINKE: – Ich kann das nicht richtig.

Frau Präsidentin, ich möchte nur eine kurze Erwiderung darauf machen, weil mir eines wichtig ist. Jeder, der die LINKE in dieser Bürgerschaft kennengelernt hat, weiß, dass es nicht unser Problem ist, pragmatisch zu sein.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Wir sagen auch, Subventionen sind notwendig. Aber was ich von jedem verlange, der über diese Frage diskutiert, ist, dass man sagen muss, was Sache ist. Was sind die Subventionen, die man dafür bezahlt? Wer profitiert davon? Darüber muss jeder Bescheid wissen und das ist die wichtige Grundlage, um darüber streiten zu können.

(*Wolfgang Rose SPD:* Das hat Herr Balcke aber gesagt!)

Dann muss und kann es eine Auseinandersetzung darüber geben zwischen denjenigen, die Bescheid wissen. Die Art und Weise, wie man in dieser Stadt nicht über diese Tonnagesteuer Bescheid weiß und streitet, ist ein schlechtes Zeichen für diese Stadt und für maritime Politik und wird auch nicht, wie man heutzutage so schön sagt, zukunftsfähig sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, sodass wir zur Abstimmung kommen können. Der Abgeordnete Erck Rickmers hat mir mitgeteilt, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/743 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer den SPD-Antrag aus der Drucksache 20/743 annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Punkt 41 der Tagesordnung, Drucksache 20/742, Antrag der SPD-Fraktion: Stärkung der steuerlichen Betriebsprüfung.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Stärkung der steuerlichen Betriebsprüfung
– Drs 20/742 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/848 ein Antrag der FDP-Fraktion vor.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Stärkung der steuerlichen Betriebsprüfung
– Drs 20/848 –]**

Diesen Antrag möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Petersen, bitte.

Dr. Mathias Petersen SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns in den letzten Jahren immer wieder für eine effizientere und vor allen Dingen gerechtere steuerliche Betriebsprüfung eingesetzt. Dass dies notwendig ist, zeigt die Antwort auf eine Kleine Anfrage, die unser haushaltspolitischer Sprecher gestellt hat, in der man nachlesen kann, dass im Jahre 2008 6147 und im Jahre 2010 5485 Betriebe geprüft worden sind. Wenn man dann einmal schaut, was dabei in Hamburg als Mehrergebnis zusammengekommen ist, dann sind das im Jahre 2008 476 059 531 Euro und im Jahre 2010 141 841 565 Euro. Dies ist in höchstem Maße ungerecht und wir wollen das ändern. Wir haben das mit einem Antrag begonnen, in dem wir die personelle Besetzung der Betriebsprüfer verbessern wollen. Das geht nicht so sehr schnell. Deswegen fordern wir mit unserem heutigen Antrag den Senat auf, ein Konzept zu entwickeln, mit dem die Effektivität der Betriebsprüfung verbessert werden kann, sodass es zu einer gerechteren Betriebsprüfung kommt und auch ein wenig zu besseren Einnahmen in der Hansestadt; wir könnten das gebrauchen.

(Dr. Mathias Petersen)

(Beifall bei der SPD)

Wir überweisen den Antrag der FDP an den Ausschuss und können dort auch intensiv darüber diskutieren. Wir handeln bei diesem Antrag genauso, wie wir das bei vielen anderen Anträgen gemacht haben. Wir sagen, was wir tun, vor der Wahl und tun, was wir sagen, nach der Wahl. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kreuzmann.

Thomas Kreuzmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Bürgerschaft hat in der vergangenen Legislaturperiode Mittel bereitgestellt, um in den Jahren 2009 und 2010 zusätzliche Finanzanwärterinnen und -anwärter auszubilden. Diese Mittel wurden dann in Höhe von 562 000 Euro in den Haushalt eingetiltelt und standen damit für die Ausbildung zur Verfügung. Die Ausbildung dauert fünf bis sechs Jahre, ehe die Betriebsprüfer sich dann spezialisiert auf Betriebsprüfung, Außenprüfung oder Steuerfahndung produktiv in das Geschäft begeben können. Dass aber die Prüfungen der neuen und zusätzlichen Betriebsprüfer nicht zu einer linearen Steigerung der Steuermehreinnahmen führen, habe ich schon im November 2009 hier dargestellt, da die Summe der Steuermehraufwendungen in der Regel in Großunternehmen ermittelt wird und diese Großunternehmen ohnehin regelmäßigen Anschlussprüfungen unterliegen. Trotzdem unterstützt dieser Antrag die Steuergerechtigkeit und ist eine sinnvolle und konsequente Weiterführung der CDU-Linie.

(Heiterkeit bei *Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE*)

Ich kann es auch begründen

(*Dirk Kienscherf SPD:* Noch einmal!)

– Herr Kienscherf, es gehört einige Aufmerksamkeit dazu, um dem langen Gedankengang folgen zu können –, denn es macht wenig Sinn, wenn man die teuer ausgebildeten Betriebsprüfer mit Aufgaben versieht, währenddessen die Spezialaufgaben von Spezialisten, die dort eingesetzt werden, zu höherer Effektivität und Effizienz führen würden.

Deshalb stimmen wir dem Antrag generell zu, er ist im Großen und Ganzen in Ordnung. Wir werden ebenfalls dem Zusatzantrag der FDP auf Überweisung und dem Antrag der SPD auf Überweisung an den Haushaltsausschuss zustimmen, wir werden aber darüber hinaus sehr gespannt auf das Konzept des Senats warten gegen Ende des Jahres, vielleicht zum Frühjahr nächsten Jahres.

(*Jan Quast SPD:* Zum Ende des Jahres!)

– Zum Ende des Jahres prüfen, Herr Quast, und dann werden wir das als Drucksache zu Beginn des nächsten Jahres haben; davon gehe ich erst einmal aus.

Wir werden uns dann im Detail kritisch mit dem Konzept auseinandersetzen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Hajduk.

Anja Hajduk GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach der Rede des verehrten Kollegen Petersen möchte ich dennoch anfügen, dass es immerhin auffällt, dass dieser Antrag eigentlich keinen großen neuen Impuls bringt. Ich möchte das folgendermaßen begründen: Wir haben uns als GAL-Fraktion überlegt, dass wir den Antrag annehmen werden, aber mehr wegen der Annahme, dass doppelt genäht besser hält. Wir haben doch schon vor einiger Zeit in der neuen Legislaturperiode – sicherlich nicht so differenziert ausformuliert – den Senat ersucht, bis zum 31. Dezember 2011 über die Verbesserung des Steuervollzugs in Hamburg einen entsprechenden Bericht abzugeben mit vorzuschlagenden Maßnahmen. Im Grunde machen wir jetzt dasselbe noch einmal mit so ein bisschen Lyrik dabei.

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Prosa!)

Es ist kein falsches Thema, aber eines fällt mir dann doch auf. 2008 hat der damalige haushaltspolitische Sprecher und heutige Senator in der Tat dieses Thema aufgegriffen und Forderungen gestellt. Dann hat die schwarz-grüne Regierung im Doppelhaushalt 2009 diese neuen Stellen, von denen schon mein Vorredner gesprochen hat, eingerichtet und jährlich 24 Anwärterstellen neu geschaffen. Eigentlich wäre es ganz konsequent gewesen, noch einmal ernsthaft zu erwägen, ob wir diesen Weg im kommenden Doppelhaushalt eigentlich fortsetzen wollen. Wenn man sich jetzt bis zum 31. Dezember 2011 berichten lässt, dann ist der Haushalt 2011/2012 beschlossen, dann wird also in der ersten Hälfte der Legislaturperiode gar nichts Zusätzliches passieren und dass das genau dasselbe ist, was die SPD versprochen hat, da gibt es zumindest gewisse Ungenauigkeiten. Ich zitiere aus dem Arbeitsprogramm des Senats, das eine hohe Aktualität hat:

"In Hamburg werden wir durch eine ausreichende Zahl gut ausgebildeter Betriebsprüferinnen einen vollständigen Steuervollzug sicherstellen."

Guter Satz, sage ich dazu. Jetzt kommt der nächste Satz:

(Anja Hajduk)

"Dafür weiten wir die Zahl der Betriebsprüfer kontinuierlich aus und verbessern die Betriebsprüfung."

Eigentlich würde das erforderlich machen, dass die SPD-Fraktion im Rahmen der diesjährigen Haushaltsberatungen ein bisschen Kontinuität folgen lässt. Deswegen ist das Thema richtig, deswegen machen wir auch doppelt genäht hält besser. Wir werden allerdings bei diesem Thema schon im Herbst vielleicht dranbleiben.

Was wir noch tun müssen, ist mit Sicherheit, nicht nur Mittel bereitzustellen, sondern da die Finanzbehörde mittlerweile nach dem neuen Haushaltswesen läuft, müssen wir auch entsprechende Kennzahlendiskussionen führen. Was den FDP-Antrag angeht, finde ich es gut, dass wir den im Ausschuss noch einmal gemeinsam beraten wollen. Beim zweiten Punkt wäre mir wichtig, dass wir natürlich die Qualität und Intensität der Prüfungen durch Ihren besonderen Punkt, den Sie bei der Behandlung der kleinen und mittleren Unternehmen einfordern, unter dem qualitativen Gesichtspunkt trotzdem aufrechterhalten und hochhalten. Ich nehme an, dass das auch in Ihrem Interesse ist. In dieser Weise werden wir das Thema hoffentlich noch nicht für dieses Jahr komplett abgeschlossen haben. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Kluth.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst ein Kompliment an die Kollegen und Kolleginnen der SPD-Fraktion. Ihr Antrag zur Stärkung der steuerlichen Betriebsprüfung hebt sich in seiner Sachlichkeit von manchem ab, was im Wahlkampf zu hören war, insbesondere von vielen Vereinfachungen aus der Richtung der Linkspartei. Die Kollegen von der Linkspartei hatten den Eindruck erweckt, dass man die Steuereinnahmen der Stadt quasi im proportionalen Verhältnis zur Erhöhung der Anzahl der Betriebsprüfer steigern könnte. Wer eine solche Position vertritt, offenbart allenfalls sein ideologisches Weltbild und stellt den Steuerzahler gleichsam unter Generalverdacht.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl* CDU)

Fakt ist: Der überwiegende Teil der Steuerpflichtigen, ganz gleich, ob Unternehmen, Selbstständige oder Arbeitnehmer, zahlt seine Steuern in Hamburg pünktlich und korrekt. Zutreffend ist, dass eine gleichmäßige und zeitnahe Betriebsprüfung insbesondere im Interesse der steuererhlichen Bürger und Unternehmen selbst liegt.

Wir begrüßen auch ausdrücklich, dass der Weg dahin, wie er im vorliegenden Antrag vorgeschla-

gen wird, über eine Verbesserung der Effizienz bei der Betriebsprüfung erfolgen soll, etwa durch den Einsatz moderner Techniken oder die Spezialisierung innerhalb der Finanzverwaltung, also – das ergibt sich daraus zwangsläufig im Umkehrschluss – eben nicht primär über eine Erhöhung von Stellenzahlen.

Die FDP-Fraktion hat jedoch zwei Ergänzungsanträge vorgelegt, um deren Zustimmung wir Sie bitten. Zum einen meinen wir, dass in dem Prüfauftrag noch berücksichtigt werden sollte, wie Betriebsprüfungen zeitnäher und für kürzere Prüfungsperioden durchgeführt werden können. Das ist ein Anliegen, das sich aus der betrieblichen Praxis ergibt. Unternehmen brauchen nämlich Klarheit und Rechtssicherheit bei steuerlichen Gestaltungen. Es stellt nämlich für ein Unternehmen eine ganz erhebliche Belastung dar, wenn steuerliche Sachverhalte erst viele Jahre später im Rahmen einer Betriebsprüfung von der Finanzverwaltung aufgerollt und gegebenenfalls anders beurteilt werden. Den Unternehmen wird damit nämlich die Möglichkeit genommen, sich in ihrer betrieblichen Praxis auf die Beurteilung der Finanzverwaltung einzustellen oder auch zulässige Gestaltungsalternativen zu wählen. Die Forderung nach zeitnahen Prüfungen sowie kürzeren Prüfungsperioden wird daher von den Unternehmen und ihren Verbänden auch immer wieder selbst gefordert.

Unser zweiter Zusatzantrag betrifft die Betriebsprüfungen bei kleinen und mittleren Unternehmen sowie bei Existenzgründungen. Betriebsprüfungen bedeuten für die geprüften Betriebe personelle, zeitliche und auch organisatorische Belastungen. Für einen Konzern sind dabei andere Belastungen tragbar als für mittelständische Unternehmen. Wir wollen daher, dass der Prüfauftrag an den Senat auch dahingehend erweitert wird, wie in der Praxis der Betriebsprüfung insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen Rechnung getragen werden kann.

Dies entspricht einer mittelstandsfreundlichen Politik, wie sie auch vom Senat in seinem Arbeitsprogramm mehrfach hervorgehoben worden ist.

Gleiches gilt nach Auffassung der FDP-Fraktion auch für Existenzgründer. Hier könnten wir uns sogar darüber hinausgehend ein bürokratiefreies Jahr zum Zeitpunkt der Existenzgründung vorstellen.

Wir bitten daher um Zustimmung für unsere beiden Ergänzungsanträge zum Antrag der SPD und würden nach Maßgabe, dass diese Ergänzungsanträge mit verabschiedet werden, dem Antrag der SPD zustimmen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Selbstverständlich stimmen wir der Überweisung dieses Antrags und des Ergänzungsantrags an den Haushaltsausschuss zu. Ich will noch einmal ausdrücklich sagen, dass meine Fraktion wirklich angenehm überrascht ist, dass Sie in dieser Weise den Steuervollzug und auch die Gestaltung der Steuern von der Regierungsseite aus konsequent verfolgen. Ich gebe zu, dass mein Vorurteil war, dass das wohl etwas schleppender gehen wird. Aber ich habe die Anträge in letzter Zeit und auch diesen Antrag gesehen. Respekt, das sind durchaus Schritte in die richtige Richtung.

Ich möchte zu der Frage, was das jetzt alles bringt, noch zwei kurze Anmerkungen machen. Erstens geht es gar nicht so sehr, obwohl das auch ganz wichtig ist, um die damit generierten Steuermehreinnahmen, sondern im Antrag ist ausdrücklich darauf abgehoben, dass es darum geht – und da habe ich eine ganz andere Einschätzung als Sie –, dass in diesem Lande die Steuerpraxis, der Steuervollzug von Institutionen, die meines Erachtens einen sehr hohen Rang haben, in der Tat hart kritisiert wird. Der Bundesrechnungshof hat mehrfach darauf hingewiesen, dass der Steuervollzug, so wie er jetzt organisiert ist, auch eine Wettbewerbssituation der verschiedenen Länder generiert und, sicherlich umstritten, Hamburg sich in dem Ranking, was den Steuervollzug angeht, nicht an der Spitzenposition bewegt. Das ist zunächst nur ein Hinweis darauf, dass auch ein Rechnungshof, der alle Bundesländer vor Augen hat, sagt, dort gäbe es etwas zu verändern. Warum ist das jetzt ganz wichtig? Das ist mir auch in dem Antrag sehr positiv aufgefallen. Es geht eben schon um die Besteuerung für alle Bürgerinnen und Bürger und es geht darum, dass das auch die Wahrung demokratischer Prinzipien ist. Wir können nicht so etwas wie eine Schuldenbremse in das Grundgesetz schreiben – dagegen bin ich sowieso – und dann eine bestimmte Laxheit in Bezug auf die Einnahmepolitik an den Tag legen. Das macht überhaupt keinen Sinn.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Wolfgang Rose SPD*)

Insofern bin ich dafür, dass das gemacht wird, und halte das, Herr Kluth, ganz gelassen aus. Wenn wir dann sehen, dass das bei den Steuermehreinnahmen nichts bringt, dann werde ich der Erste sein, der Ihnen das konzediert. Es muss aber trotzdem sichergestellt werden, dass der Steuervollzug transparent und für alle Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen so ist, wie das Gesetz es vorschreibt.

Ich habe zweitens auch immer wieder darauf hingewiesen, dass Erkenntnisse von Steuer-CDs jedenfalls bei mir immer den Eindruck hinterlassen, dass auch von der Seite nicht alles in Ordnung ist. Sie machen demokratiepolitisch einen schweren Fehler, wenn Sie diesen Regelungsbedarf einfach kleinreden wollen. Das ist meines Erachtens nicht in Ordnung.

Auf den nächsten Punkt hat Frau Hajduk bereits hingewiesen. Die Rechnungsprüfung hat in diesem Jahr erneut deutlich gemacht, dass die vorhandenen Kennziffern in der Finanzbehörde wenig tauglich sind. Insofern erwarte ich von diesem Prüfauftrag, der Vorstellung eines Konzepts, der Umstellung hin zur Doppik in diesem Bereich, auch, dass wir verlässlichere Kennzahlen bekommen und dementsprechend auch in Hamburg entscheiden können, ob der Bereich in Ordnung ist oder nicht. Ich hoffe jedenfalls, Herr Kluth, dass Sie dann auch einmal den Mut aufbringen zu sagen, es gab einen Regelungsbedarf und der ist jetzt von der Bürgerschaft umgesetzt worden.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Dr. Tschentscher.

Senator Dr. Peter Tschentscher: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich würde der sehr sachlichen Debatte gerne noch zwei Punkte hinzufügen, denn wir werden das im Haushaltsausschuss dann weiter besprechen. Die Betriebsprüfung gehört zu den schwierigsten Bereichen in der Steuerverwaltung. Das sind sehr hohe Anforderungen von der Erfahrung und Kompetenz der Betriebsprüfer her. Wenn Sie sich jetzt vorstellen, wir würden eine Anzeige aufgeben, mit der wir zusätzliche Betriebsprüfer für die Hamburger Steuerverwaltung suchen, dann würde es vermutlich sehr wenige Bewerber geben, die sehr gut geeignet wären. Das ist Personal, für das man dankbar ist, wenn man es hat – wir haben sehr gutes Personal –, und das man auch gerne aufstockt, wenn man die Möglichkeit hat.

Aber der Weg geht über die Ausbildung und deswegen war es richtig, dass der Vorgängersenaat, ein bisschen ermuntert durch das Parlament, zusätzliche Ausbildungsgänge bei der Akademie für Finanzen eingerichtet hat und wir wollen das auch fortführen. Dennoch braucht diese Ausbildung viele Jahre und deswegen gibt es einen qualitativen Gesichtspunkt, den wir hinterher im Haushaltsausschuss besprechen sollten. Es gibt Spezialaufgaben innerhalb der Betriebsprüfung, die man bestimmten Experten übertragen kann, also zum Beispiel den Bereich der Unternehmensbewertung. Wenn man es hinbekommt, für diese Spezialaufgaben in der Betriebsprüfung zusätzliches Personal

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

zu gewinnen, das dann nur diese Spezialaufgaben übernimmt, sind alle anderen Betriebsprüfer quasi entlastet und können wirksamer, sorgfältiger und häufiger die Prüfungen durchführen, die sie bisher durch diese sehr komplizierten Spezialaufgaben belasten.

Insofern ist es nicht nur eine Frage, wie viel Personal wir in welchen Zeiten ausbilden und einsetzen können, sondern auch wie man innerhalb der Betriebsprüfung die Arbeitsabläufe strukturiert und die Aufgaben verteilt und ob man vielleicht auch IT-Effizienzsteigerungen vornehmen kann. Das alles gehört in die Diskussion und deswegen bin ich froh, dass wir das im Haushaltsausschuss auch mit der entsprechenden Expertise der Steuerverwaltung dann sorgfältiger besprechen können.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen. Zunächst zum FDP-Antrag aus der Drucksache 20/848.

Wer einer Überweisung dieser Drucksache an den Haushaltsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit großer Mehrheit angenommen.

Dann kommen wir zum Antrag der SPD-Fraktion aus Drucksache 20/742.

Wer diesen annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig mit Enthaltungen angenommen.

Dann möchte ich jetzt mitteilen, dass wir die Sitzung unterbrechen, weil auf Wunsch der CDU-Fraktion ein Ältestenrat einberufen wird.

Unterbrechung: 17.38 Uhr

Wiederbeginn: 17.50 Uhr

Vizepräsidentin Barbara Duden: Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 32, Drucksache 20/624, Antrag der CDU-Fraktion: Förderung des Wohnungsneubaus, Bundesratsinitiative zur Erhöhung der linearen Abschreibung/Einführung einer zeitlich befristeten erhöhten Abschreibung.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Förderung des Wohnungsneubaus
Bundesratsinitiative zur Erhöhung der linearen
Abschreibung/Einführung einer zeitlich befristeten erhöhten Abschreibung
– Drs 20/624 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Haushaltsausschuss und die FDP-Fraktion an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen. Wer

wünscht das Wort? – Herr Roock, Sie bekommen es.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit unserem vorliegenden Antrag zur Förderung des Wohnungsneubaus nehmen wir eine Forderung aus der vergangenen Legislaturperiode erneut auf.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Roock, Entschuldigung. Es wäre gut, wenn sich die Abgeordneten die Freude darüber, dass es jetzt weitergeht, nicht so unmittelbar anmerken ließen und vielleicht ihre Plätze einnehmen könnten und diese informellen Gesprächszirkel, insbesondere an der linken Wand, auflösen würden. – Dann hat Herr Roock wieder das Wort.

Hans-Detlef Roock (fortfahrend): Der Bedarf an zusätzlichem und vor allem bezahlbarem Wohnraum erfordert es, dass man jedes probate mögliche Mittel zur Ankurbelung des Wohnungsbaus ins Auge fasst.

(*Andy Grote SPD:* Haben Sie das nicht gemacht?)

Dabei sollte der Senat den Blick unbedingt auch über Hamburgs Grenzen richten, denn nicht nur in Hamburg benötigen wir jährlich 5 000 bis 6 000 Wohnungen, sondern auch bundesweit wird der Bedarf bis auf 400 000 Wohnungen prognostiziert.

(*Jan Quast SPD:* Sie haben das in Hamburg schon nicht geschafft!)

Es besteht somit ein bundesweiter Handlungsdruck. Private Investitionen im Wohnungsbau müssen noch stärker gefordert und daher auch weitere Anreize für den Wohnungsneubau als Anlageform geschaffen werden. Uns ist bekannt, dass sowohl die EU-rechtliche Zulässigkeit als auch der tatsächliche Effekt von degressiver Abschreibung durch Abnutzung, AfA sozusagen, unter anderem von finanz- und steuerpolitischen Fachleuten durchaus kritisch gesehen wird.

(*Jan Quast SPD:* Genau!)

Wir glauben aber, dass sie in vielerlei Hinsicht positive Entwicklungen befördert. In der 19. Wahlperiode hatten wir die Einführung beziehungsweise Wiedereinführung einer degressiven Abschreibung in unmittelbarem Zusammenhang mit der Vorlage des Wohnungsbauentwicklungsplans 2009 gefordert. Wir sehen sie als eine Maßnahme von vielen in einem ganzen Bündel von Einzelmaßnahmen zur Forcierung des Wohnungsneubaus.

Mit der frühzeitigen erneuten Einbringung des Antrags wollen wir erreichen, dass der Senat die Um-

(Hans-Detlef Roock)

setzung mit in seinen wohnungspolitischen Maßnahmenkatalog aufnimmt. Bislang gibt es zwar mehr oder weniger nur unterschiedliche Verlautbarungen, erste Gespräche und ansonsten viel Verwirrung, aber darauf will ich an dieser Stelle nicht näher eingehen. Vielleicht nur eine Bemerkung: Das Hickhack, so eine große deutsche Tageszeitung, bei der Ausarbeitung des Vertrags für Hamburg spricht für sich.

Meine Damen und Herren! Die Argumente für die Abschaffung beziehungsweise zeitliche Begrenzung bis 2006 sind heute exakt ins Gegenteil verkehrt und somit ein Argument für die Wiedereinführung. Im Gegensatz zu damals ist das Wohnraumangebot eben nicht mehr ausreichend. Von Gegnern der degressiven Abschreibung wird angeführt, dass diese nicht regionalisierbar sei, also nicht zwingend verstärkten Neubau in bestimmten Regionen mit hohem Bedarf befördere. Dieses Argument würde sicher gelten, wenn der steuerliche Anreiz der einzige für potenzielle Investoren wäre. In einem Bündel von Maßnahmen schafft dieser jedoch durchaus einen Standortvorteil, wenn zum Beispiel ein günstiges Verhältnis zwischen Investitionskosten und Mieteinnahmen besteht. Ebenso sind verstärkte Grundstücksvergabe und die Höhe von Fördermitteln im Wohnungsbau entscheidend.

Darüber hinaus gewährt eine degressive AfA mit gewissen energetischen und altersgerechten Komponenten, wie wir sie in Punkt 1 nennen, eine gewisse Steuerung. In Ballungsräumen wie Hamburg werden Investoren verstärkt aktiv, wenn ein spezifischer, besonders nachgefragter Teilmarkt, zum Beispiel barrierefreier Wohnraum, geschaffen wird. Auch in der Höhe der Abschreibung liegt ein Steuerungselement. Eine wie von uns geforderte moderate Anhebung der Degression würde nicht zu vermehrtem Wohnungsbau in Regionen führen, in denen keine Nachfrage besteht. Das wäre nur dann der Fall, wenn die Höhe der Abschreibung im Sinne von Sonderabschreibungen wie seinerzeit in den neuen Bundesländern die Investitionen an sich rechtfertigen würde.

Die Einbeziehung einer energetischen Altbausanierung hinsichtlich der Steuerminderung, wie in Punkt 4 aufgeführt, könnte auch für Länder von Interesse sein, die vielleicht keinen Bedarf an Neubau, sehr wohl aber an Altbausanierung haben. Dies erhöht die Chancen auf Unterstützung einer Hamburger Initiative im Bundesrat durch andere Bundesländer. Die allgemein knappe Haushaltslage ist aus unserer Sicht auch eher ein Pro- und weniger ein Contra-Argument. Studien belegen, dass erweiterte steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten im Wohnungsbau auch im wahrsten Sinne des Wortes ein Gewinn für öffentliche Kassen sind und zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Beispielrechnungen weisen dies bereits ab 4 600 Wohneinheiten im Mietwohnungsbau aus. Die entstehenden Steuermindereinnahmen werden

erst mit deutlicher Verzögerung wirksam und erreichen nach Einschätzung von Fachleuten selbst bei großzügiger Auslegung nicht das Niveau der staatlichen Mehreinnahmen.

Meine Damen und Herren! Meine Ausführungen haben deutlich gezeigt, dass die von uns angeregte Wiedereinführung einer degressiven AfA ein sinnvolles flankierendes Mittel zur Ankurbelung des Wohnungsbaus in Hamburg sein kann. Wir fordern daher den Senat auf, eine entsprechende Bundesratsinitiative einzubringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Quast.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst die Gelegenheit nutzen, der CDU-Fraktion ausdrücklich zu danken. Sie lassen erkennen, dass Sie nach neun Jahren versäumter Wohnungsbaupolitik jetzt einen Sinneswandel durchmachen, und das ist allemal einen Dank auch von uns wert.

(Beifall bei der SPD – *Dietrich Wersich CDU:* Der ist aber vergiftet und das ist zynisch, Herr Quast!)

Es ist auch zynisch, dass Sie jetzt anfangen, Wohnungsbauinitiativen zu starten, nachdem Sie das in den letzten Jahren versäumt haben und wir durch Ihre Versäumnisse in den letzten neun Jahren in Hamburg einen Wohnungsbaunotstand erreicht haben. Das ist wirklich zynisch, wenn Sie das so betrachten wollen.

(*Dietrich Wersich CDU:* Ihre Rhetorik!)

Wir hingegen, Herr Wersich, haben einen Vertrag über mehr Wohnungsbau mit den Bezirken gemacht, wir verhandeln einen Vertrag über mehr Wohnungsbau mit der Wohnungswirtschaft und wir werden dafür Sorge tragen, dass auch die SAGA sich künftig wieder stärker am Wohnungsbau in Hamburg beteiligt. Wir tun also das, was für den Wohnungsbau in Hamburg nötig ist, und wir tun vor allen Dingen das, was möglich ist und Hamburg nützt. Das steht im Vordergrund, damit wieder mehr Wohnungen gebaut werden.

(Beifall bei der SPD – Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Statt in Hamburg zu handeln schielen Sie leider nur nach Berlin. Sie haben sich selbst noch einmal zitiert; es gab schon in der letzten Legislaturperiode durchaus Gedankengänge, in die Richtung zu handeln, wie Sie es beschrieben haben. Ich frage mich nur, was daraus geworden ist. Wo blieb denn die Initiative, die Sie in der 19. Wahlperiode auch selbst hätten bewegen können, als Sie die Chance dazu gehabt haben, Herr Roock?

(Jan Quast)

Sicherlich hat das Ganze auch mit der Frage zu tun, wie erfolgreich eine solche Bundesratsinitiative sein kann, denn Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass das Problem des Wohnungsbaus in den letzten Jahren vor allen Dingen in Hamburg eines geworden ist.

(Klaus-Peter Hesse CDU: In anderen Großstädten auch, Herr Quast!)

Vor allem Hamburg als eine Stadt mit erheblichem Nachholbedarf braucht mehr Wohnungen. Das ist in vielen anderen Bundesländern aufgrund der demografischen Entwicklung nicht der Fall.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das stimmt nicht, das ist in allen Ballungsräumen so!)

Insofern ist es auch zweifelhaft, ob wir mit der Bundesratsinitiative einen Erfolg hätten.

Das Beste kommt zum Schluss. Herr Hesse, wenn Sie noch weiter zuhören,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Gerne!)

dann bekommen wir noch etwas hin. Zweifelhaft ist aus unserer Sicht auch, ob Ihre vorgeschlagenen Änderungen den Wohnungsbau in Hamburg überhaupt befördern würden. Sie selbst haben das auch schon angedeutet. Die Regelung ist eben nicht zielgerichtet. Wer das Einkommensteuergesetz ändert, hat dadurch nicht einmal die Chance, dass diese Förderung über die Abschreibung nur in Hamburg oder in Deutschland wirkt, sondern Sie haben aufgrund der EU-Verträge letztendlich damit die Situation geschaffen, dass selbst jeder, der an der Mittelmeerküste Wohnungen baut, ob in Spanien, Frankreich oder sonst wo in der EU, Anspruch darauf hat, das bei der Einkommensteuer geltend zu machen. Letztendlich zahlen dann die Hamburger über weniger Steuereinnahmen möglicherweise dafür, dass jemand seine Ferienwohnung an der Mittelmeerküste baut. Das ist der falsche Weg, Herr Roock.

(Beifall bei der SPD)

Auch bei der Verdoppelung der Abschreibungssätze für Wohngebäude wird von Experten durchaus befürchtet, dass dadurch nicht unbedingt der Wohnungsbau angekurbelt wird, sondern diesem auch Schaden zugefügt werden könnte, weil die Methodik des Einkommensteuergesetzes dazu führt, dass höhere Abschreibungssätze auch zu höheren zu versteuernden Veräußerungsgewinnen führen und damit die Kalkulation der Unternehmen auch negativ beeinflusst werden kann. Das sind alles Dinge des Steuerrechts, die wir sicherlich – nicht gerade zur großen Freude unserer Zuhörer – intensiv erörtern können. Deswegen werden wir auch beantragen, Ihren Antrag an den Haushaltsausschuss zu überweisen, denn eines ist uns ganz wichtig, Herr Roock. Uns ist nämlich wichtig, dass dieses zarte Pflänzchen in der CDU-Fraktion, den Wohnungsbau in Hamburg voranbringen zu wol-

len, gepflegt und gehegt wird, weil wir in den nächsten Jahren gemeinsam mit Ihnen den Wohnungsbau in Hamburg voranbringen wollen. Wir werden das hier nicht kappen, sondern im Haushaltsausschuss auch die anderen Punkte Ihres Antrags gerne weiter diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Der Abgeordnete Duge hat das Wort.

Olaf Duge GAL: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist schon angesprochen worden, Herr Roock sagte, dass bundesweit eine Vielzahl von Wohnungen fehle. Allerdings muss man ein bisschen unterscheiden, denn der Wohnungsbedarf gilt vor allen Dingen für die Wachstumsregionen. Insofern ist das relativ ungleichmäßig verteilt. Allerdings kann man auch feststellen, dass sich auch in Flächenstaaten, in denen sich solche Wachstumsregionen befinden, zunehmend der Gedanke der Förderung des Wohnungsbaus über steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten entwickelt. Das hat sich vielleicht in den letzten Jahren etwas verändert, sodass wir andere Voraussetzungen haben.

Obwohl die Nachfrage in den Ballungsgebieten vorhanden ist, haben wir in den letzten Jahren eher eine zurückhaltende Bautätigkeit der Wohnungsbauunternehmen feststellen können.

(Dirk Kienscherf SPD: So kann man das nett umschreiben!)

Die Gründe dafür sind sicherlich vielfältig, aber man muss natürlich auch sehen, dass ein wichtiger Aspekt ist, dass der Neubau von Wohnungen für diese Wohnungsbauunternehmen in der Regel nicht wertmäßig sinnvoll war, sondern im Gegenteil eher der Wert der bestehenden Wohneinheiten dadurch stieg, dass eine gewisse Verknappung bestand. Diesem Verhalten kann man eine gezielte Maßnahme entgegensetzen, die allerdings zeitlich befristet sein muss, und wir sollten darüber nachdenken, ob das durch diese steuermindernden Abschreibungen durchgeführt werden kann. Uns ist klar, dass das natürlich eine indirekte Subventionierung ist und sich auch in den Haushalten niederschlägt, wenn auch mit einem time lag.

Es sollte außerdem, und das kann man natürlich noch einmal im Weiteren überlegen, ausgelotet werden, wie auf Bundesebene das Meinungsbild dazu ist. Ich hatte schon gesagt, dass es Anzeichen dafür gibt, dass es in anderen Bundesländern dazu eine veränderte Meinungsbildung gibt und wir das in dem Zusammenhang natürlich auch noch einmal prüfen können. Wir unterstützen die Überweisung an den Haushaltsausschuss.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Der Abgeordnete Dr. Duwe hat das Wort.

Dr. Kurt Duwe FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion wird dem Antrag der CDU zustimmen. Wir schlagen allerdings vor, den Antrag zumindest gemeinsam an den Stadtentwicklungs- und den Haushaltsausschuss zu überweisen. Ich kann das kurz begründen. Es gibt natürlich bei diesem Ziel von 6 000 Wohnungen eine Zahl von 1 000 oder 2 000 Wohnungen, die nicht von der SAGA GWG und von anderen großen Wohnungsbaugenossenschaften gebaut werden, und darüber hinaus natürlich auch viele Wohnungen, die sanierungsbedürftig sind. Ein weiterer Teil der Wohnungswirtschaft besteht aus einzelnen Besitzern von Häusern, die sehr verstreut sind. Es ist aber auch wichtig, dass diese entweder saniert werden können beziehungsweise an anderer Stelle neu gebaut werden kann.

In den letzten Jahrzehnten wurde es immer schwieriger für Menschen, überhaupt zur Entscheidung zu kommen, ein Haus mit vier, sechs oder acht Wohnungen zu bauen. Sie kennen auch die gesetzlichen Regelungen, die das einschränken, und auch sehr viele von den Immobilien, die nur einer Familie oder einem einzelnen Menschen gehören, sind in den Händen von älteren Mitbürgern, die nicht ihre Rechnung nach dem Motto machen: In 40 Jahren habe ich die Energieeinsparung wieder verdient und deshalb investiere ich jetzt.

Jede Verkürzung dieser Zeit, bis sich eine Investition rechnet, wird einen Impuls geben, um auch in Hamburg gerade in den Stadtteilen, wo wir nicht nur große Flächen und große Mietwohnungsanlagen haben, wieder Wohnungsbau beziehungsweise Sanierungen zu initiieren. Dazu gehören auch Sanierungsgebiete wie das Harburger Phoenix-Viertel, um ein Beispiel zu nennen. Dort sind 95 Prozent im Besitz von Einzeleigentümern, für die es sich bisher noch nicht lohnt, die schönen Sanierungsvorschläge anzunehmen, weil sie sich fragen, ob sie in zehn oder 15 Jahren überhaupt noch etwas davon haben. Aus diesem Grunde wäre eine Änderung der Abschreibungsregelungen ein Schritt – nicht der Kardinalschritt, aber ein Schritt – in die richtige Richtung. Deshalb empfehlen wir die Überweisung an den Stadtentwicklungsausschuss und ich hoffe, dass Sie unserem Anliegen folgen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Bischoff, Sie haben das Wort.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das wird aber anders jetzt! – Jens Kerstan GAL: Dann kam Herr Bischoff!)

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich stimme Ihnen zu, Herr Roock, das Instrument der degressiven Abschreibung hat in der Vergangenheit durchaus positiv nachweisbare Effekte gehabt. Insofern kann man nachvollziehen, dass Sie sagen, man müsse sich das Instrument noch einmal anschauen. Ich teile auch das, was Herr Quast gesagt hat. Es ist immer unser Anliegen gewesen, möglichst breit über die Fraktionsgrenzen hinaus auch unter Einbeziehung gesellschaftlicher Kräfte an unser großes Defizitproblem heranzugehen.

Gleichwohl kann ich Ihren Optimismus nicht teilen. Aus meiner Sicht sind es vier große Punkte, die wir in den Wohnungsgebieten haben. Das sind einerseits diese Gebiete mit Mangellagen, also Berlin, Hamburg, Frankfurt und München. Man kann noch ein paar andere dazurechnen, der Kreis ist aber begrenzt. Ein weitaus größerer Anteil der Kommunen und Städte konzentriert sich auf Rückbau. Wenn ich die Größenordnungen sehe, ist der Bedarf an Mitteln, um den Rückbau auszuweiten, wesentlich größer als das, was wir jetzt für unsere Situation in Anspruch nehmen. Dann geht es demnächst um das große Projekt energetischer Sanierung von Gebäuden, das wir nur voranbringen können,

(Hans-Detlef Roock CDU: Das ist eine Hilfe dazu!)

wenn wir bundesweite Veränderungen erreichen. Dann ist ganz klar auch der demografische Wandel, weil wir für ältere Bürgerinnen und Bürger andere Wohnungen benötigen, sicherlich ein Faktor, der unter den gegenwärtigen Bedingungen schlecht gehandhabt wird.

Wenn wir also aus den Beratungen heraus ein Gesamtkonzept entwickeln könnten als Vorschlag für den Senat, eine Bundesratsinitiative einzubringen, dann könnte ich mir das sehr gut vorstellen. Ich habe allerdings so meine Zweifel, ob wir das schaffen können, allein im Ausschuss so einen Gesamtantrag zu erreichen. Von einem direkten partiellen Zuschnitt nur auf die Veränderung der degressiven Abschreibungsätze halte ich nichts und kann mir auch keine großen Realitätschancen vorstellen. Es sind nun alle dafür, das im Ausschuss noch einmal zu erörtern. Ich finde allerdings, wir sollten uns auf den Haushaltsausschuss konzentrieren und schauen, ob wir dort ein Stück weiterkommen. Das müssten wir einfach einmal austesten. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/624 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegen-

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

probe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wer möchte die Drucksache darüber hinaus mitberatend an den Stadtentwicklungsausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das abgelehnt.

Ich rufe den Punkt 40 der Tagesordnung auf, Drucksache 20/741, Antrag der GAL-Fraktion: Beschäftigung schafft Chancen – Hamburg braucht ein Konzept für Langzeitarbeitslose.

**[Antrag der GAL-Fraktion:
Beschäftigung schafft Chancen – Hamburg
braucht ein Konzept für Langzeitarbeitslose
– Drs 20/741 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/851 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Beschäftigung schafft Chancen – Hamburg
braucht ein Konzept für Langzeitarbeitslose
– Drs 20/851 –]**

Die CDU-Fraktion wünscht, die Drucksache 20/741 an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zu überweisen. Für die Drucksache 20/851 beantragt die Fraktion DIE LINKE ebenfalls die Überweisung an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration. Wer wünscht das Wort? – Frau Demirel, bitte.

Phylliss Demirel GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! 100 Tage SPD-Senat, 100 Tage Zickzackkurs in der Arbeitsmarktpolitik.

(Beifall bei *Dietrich Wersich* CDU)

Der Senat hat in diesen 100 Tagen hundertmal seine Meinung und seine Position zu Arbeitsgelegenheiten geändert und es gab immer dieses Hin und Her und am Ende war doch Berlin schuld. Der Bund kürzt und der Senat lässt es geschehen. Der fehlende Wille des Senats, in Hamburg eine eigene Arbeitsmarktpolitik zu machen, führt zu gravierenden Einschnitten für betroffene und benachteiligte Quartiere. Damit droht die Zerschlagung der dezentralen, in den ärmeren Stadtteilen verankerten Träger und Projektstrukturen. Etliche Beschäftigungsträger, die eigene Werkstätten, Stadtteilkantinen, Treffpunkte oder Sozialläden betreiben, stehen vor dem Aus.

Hinzu kommen weitere von der Bundesministerin von der Leyen angekündigte Einsparungen, vor allem die Senkung der Kopfpauschale auf maximal 150 Euro. Wird der Gesetzesentwurf so verabschiedet, wie er von der schwarz-gelben Regierung in Berlin eingebracht wurde, können die Träger die Fixkosten für Miete und ausgebildetes Personal nicht mehr finanzieren und der SPD-Senat

versteckt sich immer noch hinter den Sparmaßnahmen der Bundesregierung. Anstatt ein eigenes Arbeitsmarktkonzept zu entwickeln, begründete der Senat diesen Kahlschlag einfach mit den Kürzungen der Bundesmittel. Inzwischen hat Senator Scheele für Ende August ein Arbeitsmarktkonzept angekündigt. Wir sind gespannt, welche Maßnahmen mit den geringeren Hamburger Mitteln gefördert werden sollen und ob zusätzliche Mittel zur Förderung von Langzeitarbeitslosen akquiriert werden. Wir erwarten, dass dieses Konzept eine angemessene öffentliche Diskussion bekommt.

(Beifall bei der GAL)

Meine Damen und Herren! Mit dem am 25. Mai 2011 von der Bundesregierung eingebrachten Gesetzesentwurf zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt betreibt die schwarz-gelbe Bundesregierung reinen Etikettenschwindel. Dieses Vorhaben dient nicht der Verbesserung, sondern führt zur Spaltung der Arbeitslosen in leicht vermittelbare Kurzzeitarbeitslose und Langzeitarbeitslose, die keine Chance auf einen Job haben. Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass bis 2015 weitere 8 Milliarden Euro bei den Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit eingespart werden. Schon vor einem Jahr wurde im Bund ein Sparpaket von 16 Milliarden Euro bei der Arbeitsmarktförderung beschlossen. Das bedeutet ein circa 50 Millionen Euro kleineres Eingliederungsbudget für die team.arbeit.hamburg und weitere Absenkungen in den nächsten Jahren. Berlin begründet den Kahlschlag mit der positiven Konjunktur-entwicklung und einer bundesweiten Senkung der Arbeitslosenzahlen. Allerdings geht die Entlastung des Arbeitsmarkts an den Langzeitarbeitslosen vorbei.

Es ist richtig, dass die Zahl der Arbeitslosen im Bereich SGB III zurückgeht, dagegen steigt aber die Zahl der SGB-II-Empfängerinnen, der sogenannten Langzeitarbeitslosen, und insbesondere auch der Gruppe der älteren Arbeitslosen über 50 Jahren. Die positive Wirtschaftslage ändert nichts an der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit. Durch die Kürzungen fallen die Eingliederungsmaßnahmen für Ältere, Alleinerziehende, gesundheitlich eingeschränkte Menschen und für schlecht ausgebildete Langzeitarbeitslose einfach weg. Dieser Gesetzesentwurf ist reine Augenwischerei und führt nicht zur Verbesserung. Im Gegenteil: Mit dem zusätzlichen Kriterium der Wettbewerbsneutralität verursacht er eine Beschäftigung abseits vom Markt. Er führt zu Dumpingpreisen für Beschäftigungsträger. Dieser Gesetzesentwurf schafft Einbahnstraßen statt Förderketten. Das ist alles andere als erfolgversprechend. Wir erwarten vom Hamburger Senat, dass er sich aktiv gegen die geplanten Kürzungen und die Instrumentenreform der Bundesregierung einsetzt.

(Beifall bei der GAL)

(Phylliss Demirel)

Eine Politik, die Schwächere vernachlässigt, wird keine Erfolgszahlen schreiben. Sie wird zur sozialen Spaltung beitragen und damit langfristig mehr Kosten verursachen, als das erwartete Sparvolumen einbringt. In NRW hat der sozialdemokratische Arbeitsminister Schneider als Reaktion auf diese unsoziale Gesetzesvorlage angekündigt, in Kürze ein Konzept für den sozialen Arbeitsmarkt vorzulegen, und Bremen tut das auch. Herr Senator, Sie wissen, was jetzt zu tun ist. Wir erwarten von Ihnen ein Konzept zur öffentlich geförderten Beschäftigung mit den Eckpunkten: Öffentlich geförderte Beschäftigung soll vorangehen, existenzsichernd sein und sozialversicherungspflichtig gestaltet werden. Qualität und Erfolg von öffentlich geförderter Beschäftigung soll nicht in erster Linie an Integrationsquoten gemessen werden, sondern an der Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit, der sozialen Integration und der Stabilisierung der Langzeitarbeitslosen.

(Beifall bei der GAL)

Im Fokus dieses Konzepts sollen komplementäre Finanzierungsideen auch durch öffentliche Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber entwickelt werden. In einem breiteren Beteiligungsprozess mit den Bezirken und den Beschäftigungsträgern muss Hamburg einen eigenen Weg gehen, damit wir trotz der neuen Rahmenbedingungen ab 2012 arbeitsmarktpolitisch in Hamburg handlungsfähig bleiben.

(Beifall bei der GAL)

Dass Sie unseren Antrag heute ablehnen wollen, anstatt ihn an den Sozialausschuss zu überweisen, zeigt, dass der Senat kein Interesse an lösungsorientierter Politik hat. Damit setzen Sie die scheinheilige Bundespolitik im Bereich Arbeitsmarkt auf Kosten der sozial Schwachen in Hamburg fort. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Der Abgeordnete Schwiieger hat das Wort.

Jens-Peter Schwiieger SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Demirel, solange Sie in Ihrem Antrag, den Sie im Prinzip vorgelesen haben, im Vorspann die Auswirkungen der Bundespolitik auf die Hilfen für Arbeitslose beschreiben, können wir Ihnen durchaus folgen, in dem Moment aber, in dem Sie anfangen, die Schuld auf diesen Senat zu schieben und die Auswirkungen zu beschreiben, für die wir angeblich verantwortlich sind, natürlich nicht.

(Beifall bei der SPD)

Das von Ihnen hier so wortreich angeforderte Konzept ist in Arbeit, wird aber alle Instrumente zur Eingliederung von Arbeitslosen umfassen, auch

den Bereich von öffentlich geförderter Beschäftigung.

(Beifall bei *Ksenija Bekeris SPD*)

Ein Konzept nur für diesen Bereich wird den individuellen Vermittlungshemmnissen und Förderbedarfen von Arbeitslosen in keiner Weise gerecht. Das vorzulegende Programm wird sich auch mit dem Hamburger Programm, mit Eingliederungszuschüssen, mit Existenzgründerdarlehen, mit Weiterbildung, mit der Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse und vielem anderen beschäftigen. Dabei planen wir keinen Ausbau der sozialversicherungspflichtigen Variante öffentlich geförderter Beschäftigung. Vorrangiges Ziel von Arbeitsgelegenheiten ist nicht der direkte Übergang in Arbeit, Ziel ist der Übergang der Teilnehmer in weitergehende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, die dann eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt bewirken.

Der Senator hat schon in der letzten Sitzung des Sozialausschusses – und da waren Sie dabei – darauf hingewiesen, dass Hamburg die erheblichen Einsparungen von Bundesmitteln nicht abfedern kann. Dabei darf ich auch immer wieder darauf hinweisen, dass dies auch nicht vor dem Hintergrund der erheblichen Einsparungen in diesem Bereich durch die Vorgängerregierung stattfindet. Die Zuständigkeit für Arbeitsmarktpolitik liegt bei der BA und der Fachbehörde. Die Bezirke werden an der Steuerung des Job-Centers über die Trägerversammlung künftig beteiligt.

Die in den letzten Wochen immer wieder von Ihnen verbreitete Meinung, dass wir überproportional in den Stadtteilen absenken, stimmt nicht, sondern es wird gleichmäßig über alle Arbeitsgelegenheiten abgesenkt. Allerdings haben die AGH für Zielgruppen im 1. Halbjahr bereits in erheblichem Umfang Einsparungen erbracht, welche für die AGH in den Stadtteilen noch ausstehen. Beschäftigungsträger erbringen Dienstleistungen für die Arbeitsagentur. Bei der Beteiligung einzelner Träger droht daher eine Wettbewerbsverzerrung. Allerdings sind die Träger über ihre Dachverbände in den Eckpunkten des Arbeitsmarktprogramms mit eingebunden. Sie können sicher sein, Hamburg wird sich wie andere Länder auch in das Gesetzgebungsverfahren im Bundesrat einbringen. Eine gemeinsame Stellungnahme aller Länder wurde schon an das Ministerium für Arbeit und Soziales übersandt.

Aus der "tageszeitung" habe ich entnommen, dass Sie auf Überweisung hoffen.

(*Jens Kerstan GAL:* Hoffen!)

Die Hoffnung stirbt zuletzt, Herr Kerstan, wir werden den Antrag ablehnen.

(Beifall bei der SPD – *Antje Möller GAL:* Gibt es eine inhaltliche Begründung?)

(Jens-Peter Schwieger)

– Schön, dass Herr Kerstan bei mir ein bisschen wacher ist als bei dem Beitrag seiner Kollegin.

Nun noch zu dem sogenannten Zusatzantrag der LINKEN. Zwei Tage vorher einen Zusatzantrag in diesem Umfang einzubringen, ist schon eine heftige Sache. Nachdem ich ihn gelesen habe, muss ich auf der anderen Seite sagen, dass es ein bisschen unter Wert verkauft wird, wenn Sie so etwas als Zusatzantrag bezeichnen. Dieser Antrag als eigenständiger Antrag schlägt den Antrag der GAL um Längen, das muss ich Ihnen zugestehen.

(Antje Möller GAL: Aber?)

– Kein aber.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Und den überweisen Sie dann?)

Es ist einfach nur die Frage, inwieweit ich darauf noch eingehen kann, weil ich ihn erst vor zwei Tagen bekommen habe. Deshalb kann ich nur kurz auf die Punkte eingehen, bei denen ich denke, dass wir eine Deckungsgleichheit hinbekommen, Herr Bischoff.

Sie fordern die Abschaffung der Vermittlungsgutscheine. Auch das IAB übt hieran Kritik. Es treten Mitnahmeeffekte auf und eine Positivauswahl findet statt. Allerdings sind Computer laut team.arbeit.hamburg im Regelsatz enthalten.

Die berufliche Weiterbildung soll ausgebaut werden. Qualifizierung ist das wichtigste Vermittlungshemmnis bei Fachkräften.

Sie wollen keine Vermittlung in Zeitarbeit und prekäre Beschäftigung. Das teilen wir nur zum Teil; Sie wissen, dass wir zur Zeitarbeit eine andere Einstellung haben. Mit der prekären Beschäftigung ist es so, dass ein entsprechender Bundesratsantrag gestellt wurde.

Öffentlich geförderte Beschäftigung sollte nicht zuerst an Integrationsquoten gemessen werden, sondern an Fortschritten und der Stabilisierung. Das unterstütze ich ausdrücklich.

Auch diesen Antrag werden wir trotzdem ablehnen, wir sichern aber beiden Antragstellern zu, dass das Arbeitsmarktprogramm bei Vorlage zu intensiven Beratungen an den Ausschuss überwiesen wird. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass der Senator am Montag im Sozialausschuss bei der Haushaltsberatung allen Fachsprechern zugesichert hat, sie auch einzubinden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Der Abgeordnete Hecht hat das Wort.

Heiko Hecht CDU:* Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Wir haben hier zwei sehr gute Ansätze vorliegen, einmal in Form des GAL-Antrags, den man

wirklich loben muss, aber noch viel mehr den Antrag der LINKEN. Ich habe darin ungefähr 19 einzelne Eckpunkte festgestellt, von denen wirklich jeder für sich genommen eine Debatte im Fachausschuss erfordert. Deshalb finde ich den Ansatz der SPD natürlich aus Sicht der Regierungsmehrheit verständlich, würde mich aber dafür aussprechen, über diese beiden Anträge im Fachausschuss noch einmal zu sprechen.

Es ist angekommen, dass Senator Scheele mit uns über das Arbeitsmarktprogramm sprechen möchte. Das ist gut, aber ich könnte mir auch eine Befassung im Fachausschuss sehr gut vorstellen und möchte dafür werben, denn wir werden uns für eine Überweisung an den Fachausschuss aussprechen.

Wir als CDU-Bürgerschaftsfraktion haben ein großes Interesse daran, die Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen. Deswegen müssen wir alle Mittel und Möglichkeiten ausschöpfen, abwägen und auch im Fachausschuss darüber sprechen, was wir für diese Menschen tun können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Der Abgeordnete Dr. Kluth hat das Wort.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nachdem auch in dieser Frage ähnlich wie bei der Ein-Euro-Jobber-Debatte, die wir vor einigen Sitzungen hatten, ein sehr großer Konsens von der CDU bis hin zur LINKEN zu spüren ist, gestatten Sie mir, meine Ausführungen etwas allgemeiner anzufangen. Ab und zu wird in den deutschen Medien die nicht wirklich wichtige Frage diskutiert, ob die Grünen auf dem Weg sind, die neuen Liberalen zu werden. Das ist, da werden mir die Kollegen sicherlich zustimmen, Unsinn, denn wir Liberale setzen auf Freiheit und die Grünen setzen auf Staat und Regulierung.

(Beifall bei der FDP)

Ein besonders schönes Beispiel für diese Tatsache liegt uns mit diesem Antrag vor. Die GAL hat mit einer sehr großen Treffsicherheit in die Kiste überholter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte gegriffen, zum Beispiel bei der Aufblähung des zweiten Arbeitsmarkts mit staatsnahen öffentlichen Trägern, zum Beispiel beim Festklammern an den Ein-Euro-Jobs, die selbst nach Auffassung der Bundesagentur für Arbeit viel zu expansiv angelegt sind und bei vielen pfiffigen Kommunen nur als willkommenes Schlupfloch zur Beschäftigung günstiger Arbeitskräfte genutzt und damit als arbeitsmarktpolitische Maßnahme natürlich ein Stück weit missbraucht werden, und das nicht selten in Konkurrenz zu

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

Dienstleistungen kleiner und mittelständischer Betriebe.

Damit nicht genug, in Punkt 1, zweiter Spiegelstrich finden Sie die Aufforderung der GAL an den Senat, dass man sich bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik doch bitte von dem Kriterium der Integrationsquote als Maßstab des Erfolgs eines arbeitsmarktpolitischen Instruments trennen möge. Es soll also nicht mehr darum gehen, ob mit einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme Arbeitssuchende tatsächlich in Arbeit gebracht werden. Welches andere Kriterium wollen Sie denn stattdessen an eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme anlegen? Stattdessen geht es jetzt – und das verdient Beachtung – um soziale Integration und Stabilisierung von Arbeitslosen. Ich bin gespannt, welche Vorschläge die GAL-Fraktion der Bürgerschaft machen möchte, nach welchen Kriterien man den Erfolg solcher wachsweißen Zielvorgaben messen will.

Aber das ist noch nicht alles. Schauen Sie sich auch Punkt 2 der Aufforderung an den Senat an. Hierin fordert die GAL, sozial und ökologisch wertvolle Beschäftigungsverhältnisse von solchen zu trennen, die weniger wertvoll sind. Wer soll denn hierüber entscheiden und nach welchen Kriterien? Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, niemand will das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit verharmlosen. Das dauerhafte Ausgeschiedensein aus dem Arbeitsleben führt bei Menschen zu Sorgen, Nöten und Frustration. Aber wir müssen doch die Kraft darauf verwenden und konzentrieren, arbeitssuchende Menschen in echte Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt zu bringen, statt sie dauerhaft auf dem zweiten Arbeitsmarkt zu parken.

(Beifall bei der FDP)

Wirtschaftliches Wachstum ist nach Auffassung unserer Partei der beste Motor für neue Jobs, auch bei Langzeitarbeitslosigkeit. Heute liegt die Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland nur noch halb so hoch wie in den Zeiten der Großen Koalition 2006. Wir werden auch zukünftig alle Hebel in Bewegung setzen, dass sich dieser Trend fortsetzt. Zu dem Wie will ich drei Punkte nennen.

Erstens: Die Gesetzesvorlage der Bundesregierung zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt zeigt den richtigen Weg auf. Sie sorgt dafür, dass die Job-Center vor Ort mehr Entscheidungskompetenz erhalten und Fördermaßnahmen effizienter und wirtschaftlicher ausgestaltet werden.

Zweitens: Wir müssen weiterhin einen Schwerpunkt auf Bildung und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen legen. Die Investition in die Köpfe der Menschen ist unendlich viel wertvoller als die Investition in neue Beschäftigungsverhältnisse auf dem zweiten Arbeitsmarkt, die, wie Untersuchungen

zeigen, die Verweildauer im zweiten Arbeitsmarkt häufig verfestigen und verlängern.

Drittens: Alleine mit der Aktivierung von Arbeitssuchenden auf dem heimischen Arbeitsmarkt werden wir unser Problem des Fachkräftemangels nicht lösen, aber – so prognostiziert es die Bundesagentur für Arbeit – zumindest etwa die Hälfte der Lücke lässt sich auf diesem Wege schließen.

Meine Damen und Herren! Wirtschaftliches Wachstum und Qualifizierung der Menschen sind die Schlüsselfaktoren für mehr Beschäftigung in Deutschland ebenso wie in Hamburg. Das Aufblähen des zweiten Arbeitsmarkts, Regulierung und Bürokratie, so wie es die GAL mit diesem Antrag fordert, sind der falsche Weg. Unter dem Strich, um an meine Eingangsbemerkung anzuknüpfen, bleibt zu sagen: Kein Grund zur Panik, die Gefahr, dass die Grünen die neuen Liberalen werden, besteht nicht und die Gefahr, dass die FDP diesem Antrag zustimmen wird, ebenfalls nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Das Wort hat Herr Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist in der Tat so, dass die Fraktion DIE LINKE davon ausgegangen war, dass wir Ende August ein belastbares neues umfassendes Konzept für den regionalen Arbeitsmarkt vorgestellt bekommen. Insofern, Frau Demirel, hatte ich nicht den Eindruck, dass wir drängeln müssten oder es mit Augenwischerei zu tun hätten. Die Gründe hierfür möchte ich jetzt nicht entwickeln. Der Senator hat sehr frühzeitig gesagt, er mache eine Übergangspolitik und lege dann unter den Bedingungen, die nun einmal vorherrschen, Ende August ein Konzept vor und wolle alle Fraktionen einbeziehen. Dies hat gestern der Bürgermeister auch noch einmal als große Leitlinie der Politik vorgegeben und wir werden jetzt sehen, was dabei herauskommt. Dies ist im Sozialausschuss noch einmal ausdrücklich bekräftigt worden, weil das, was wir haushalterisch vorfinden, überhaupt nicht ausreicht, um irgendeine tragfähige Perspektive für den Doppelhaushalt zu entwickeln. Das ist die Ausgangssituation.

Herr Schwieger, als ich den Antrag der GAL-Fraktion sah, blieb uns insofern erst einmal nichts anderes übrig, als unsere Vorstellungen gleichermaßen in den Diskussionsprozess einzubringen. Es ist angedeutet worden, selbst wenn Sie das heute nicht überweisen, dass man auf Basis dieser Ausarbeitung möglicherweise die Debatte Ende August führen können wird. Soweit vielleicht zu dem Verfahren. Das hätte man vielleicht ein bisschen anders handhaben können, aber wir sind alle nicht Herr des Verfahrens.

(Dr. Joachim Bischoff)

Herr Kluth, auch wenn Sie dann wieder stöhnen werden, muss ich Ihnen sagen, dass es eine bestimmte grundsätzliche Differenz gibt.

(Robert Bläsing FDP: Ach wirklich? Und das ist auch gut so!)

Sie sagen, das Wichtigste für den Arbeitsmarkt sei die Konjunktur. Sie sagen mit Ihren Ministern in Berlin, Qualität sei jetzt wichtig, wir müssten in Köpfe investieren – Ihre schöne Formel.

(Beifall bei der LINKEN – Katja Suding FDP: Tun wir doch auch! – Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP: Sie verkennen, dass sich die Arbeitslosenzahl um die Hälfte reduziert hat!)

In einem Punkt sind sich die anderen Fraktionen eher einig. In einer Situation, in der die Konjunktur gut ist, wo die Arbeitslosenzahlen sich reduziert haben, wo wir gleichermaßen – worauf Frau Demirel hingewiesen hat – aber eine Verfestigung der chronischen Langzeitarbeitslosigkeit sehen, könnten wir jetzt etwas tun, indem wir die Qualifikation nach vorne schieben und nicht nur kürzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Und das, was augenblicklich passiert, sind Kürzungen und auch Ihre Anbetungen der Konjunkturkräfte werden diese chronischen Langzeitarbeitslosen nicht wegbekommen. Insofern – das ist eine spannende Frage – ist das das Ergebnis eines ziemlich brutalen Rotstiftkurses aus Berlin. Sie haben auch in Hamburg schlechte Bedingungen. Auch hier ist die regionale Arbeitsmarktpolitik deutlich abgesenkt worden und man muss jetzt schauen, was man tun kann. Komplettes Gegensteuern wird nicht gehen, das wäre nur dann möglich, wenn wir auch in der Frage der Steuermehreinnahmen nicht nur bei der Wissenschaft, sondern auch beim Arbeitsmarkt einen etwas entspannteren Umgang hätten. Den werden wir möglicherweise nicht sehen, aber dann könnten wir nicht das kompensieren, was aus Berlin kommt, aber wir hätten einen etwas größeren Spielraum. Das ist die eine Seite. Darüber, was das praktisch bedeutet und wo die Schnittmengen sind, werden wir dann im Ausschuss mit den Obleuten und mit dem Senator reden können.

Ein zweiter Punkt, Herr Kluth, ist auch ganz wichtig. Es hat sich aus meiner Sicht eher die Auffassung durchgesetzt, mit Ausnahme der FDP, dass wir eine soziale Dimension des Arbeitsmarkts brauchen. Das steht auch im GAL-Antrag

(Katja Suding FDP: Eben!)

ebenso wie der Verweis auf Initiativen von Nordrhein-Westfalen oder Bremen. Wir müssen diese Unterscheidung machen. Was kann man auf der einen Seite konjunkturell machen, wie zum Beispiel die Stärkung der Qualifikation, und wie gehen wir mit der gesellschaftlichen Seite um, dass Bürgerinnen und Bürger auch über längere Zeiträume

nicht ohne Weiteres sofort in den ersten Arbeitsmarkt gebracht werden können? Das ist die zweite große Herausforderung, vor der wir in Hamburg stehen. Das müssen wir auch schon tun, um das Qualifikationspotenzial der Träger, die in diesem Bereich unterwegs sind, aufzugreifen. Wir müssen schauen, was wir damit an Beschäftigungsverhältnissen zustande bringen können. Aber das wird im Grunde eine Debatte sein, so fürchte ich, unter Ausschluss der FDP. Sie haben leider nur Konjunkturmythos und Steuersenkungspolitik im Kopf. Es ist nicht gut, dass Sie in der Hinsicht völlig unbeweglich sind, und ich hoffe und gehe davon aus, dass, wenn Sie sich jetzt durchsetzen werden, auch das Ihr Überleben nicht weiter fördern wird.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Senator Scheele hat das Wort.

Senator Detlef Scheele: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte gerne fünf Punkte vortragen,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Und das sind fünf Minuten?)

und zwar erstens zum Haushalt des Bundes, zweitens zum Haushalt der FHH, drittens zur Instrumentenreform, viertens zum Arbeitsmarktprogramm und fünftens zur Form, wie wir es erarbeiten wollen.

(Zuruf von Antje Möller GAL)

– Warten Sie doch zwei Minuten, das wäre doch total klasse.

Zum Bund muss man nicht viel sagen, denn das ist mehrfach vorgetragen worden. Wir werden im Jahr 2013 einen um mehr als 100 Millionen Euro abgesenkten Eingliederungstitel bei team.arbeit.hamburg haben.

(Katja Suding FDP: Bei der Hälfte der Arbeitslosen!)

– Das trifft nicht auf das SGB II zu. Wenn Sie unterscheiden würden zwischen den Rechtskreisen SGB II und SGB III hätten Sie etwas mehr Transparenz in Ihren Argumenten. Im SGB II, bei den Langzeitarbeitslosen, haben wir eine verfestigte Arbeitsmarktpolitik, die gerade nicht nahelegt, den Titel zu kürzen – ausdrücklich nicht. Das ist aber eine Sache des Bundes.

(Beifall bei der SPD – Wolfgang Rose SPD: Das ist aber nicht die Zielgruppe der FDP!)

– Das will ich gerne einräumen.

Dann komme ich zu meinem zweiten Punkt, zum Haushalt der FHH, nämlich zu den Möglichkeiten, was wir mit unseren Gestaltungsmöglichkeiten, die wir als Senat und Parlament haben, eigentlich tun

(Senator Detlef Scheele)

können, um das verwerfliche Tun des Bundes auszugleichen. Ich habe mir den Haushaltsplan-Entwurf, Einzelplan 7, angesehen. Wir haben ihn im Sozialausschuss besprochen. Darin sehe ich, dass dem Senator für Arbeit im Grundsatz 13,2 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Das sind 5,7 und 4,4 Millionen Euro weniger, also 10,1 Millionen Euro weniger, als es noch 2010 waren. Und dieser Haushalt ist durch Schwarz-Grün eingebracht worden. Sie haben genau das Gleiche gemacht wie die Bundesregierung. Die Arbeitsmarktpolitik in Hamburg ist von Ihnen als Steinbruch benutzt worden, um zu konsolidieren oder irgendetwas anderes zu machen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE*)

Darum, so nah wir uns vielleicht bei einigen Punkten Ihres Antrags sind, finde ich es ausgesprochen spaßig, dass ausgerechnet Sie sozialversicherungspflichtig geförderte Beschäftigung fordern, denn das können wir nur aus Mitteln des eigenen Haushalts machen. Sie wissen genauso gut wie ich, dass, seitdem das SGB II und nicht das BSHG gilt und man in geförderter Beschäftigung keine Beiträge mehr in die Arbeitslosenversicherung zahlen darf, die Refinanzierung Hamburger Mittel durch Verschieben in den Bund ausgeschlossen ist. Es muss ausschließlich aus Hamburger Mitteln bezahlt werden und die sind nicht zuletzt wegen Ihrer Beschlüsse nicht mehr vorhanden. Das muss man sich vor Augen führen, bevor man solche Anträge stellt.

(Beifall bei der SPD)

Zum dritten Punkt, der Instrumentenreform. Ich teile das, was gesagt worden ist. Die Instrumentenreform ist finanziell verheerend. Sie setzt das fort, was schlicht an Mittelkürzungen vorgenommen worden ist, und sie ist instrumentell auch falsch. Es ist eben nicht richtig, dass man antizyklisch die Mittel für die Arbeitsmarktpolitik auf der Instrumentenebene und der Haushaltsebene zurückfahren kann, wenn die Konjunktur gut läuft. Die Bundesregierung hat ein, wie ich durchaus finde, beachtenswertes Papier zum demografischen Wandel und zum Fachkräftebedarf vorgelegt. Und wenn ich mich an die Position des BMAS richtig erinnere, sollen Frauen, Migranten und Arbeitslose gefördert werden, damit die demografische Lücke gefüllt wird. Wenn man das aber will, dann darf man die Mittel nicht kürzen. Mit den Mitteln ist jedenfalls das nicht möglich, was wir brauchen, um langzeitarbeitslose Menschen durch Fortbildung und Qualifizierung so zu fördern, dass sie für sich selbst etwas tun und einen Beitrag zur Volkswirtschaft Deutschlands leisten können, um als Fachkräfte wieder in den Arbeitsmarkt integriert zu werden; das geht nicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden weiter über dieses Arbeitsmarktprogramm auf Basis von Arbeitsgelegenheiten reden. Deshalb will ich gerne sagen, dass ich ein Anhänger von Arbeitsgelegenheiten bin, auch wenn der eine oder andere glaubt, dass das nicht stimmt. Ich finde es auch falsch, solche Art von Fallpauschalen, wie sie in der Bundesregierung gegenwärtig diskutiert werden, in ein Gesetz zu schreiben. Da kann man sich schon fragen, was das für eine Gesetzestechnik ist, die so etwas in ein Gesetz hineinschreiben will. Aber mit 30 und 150 Euro als Fallkostenpauschale kann man sie auch abschaffen. Dann soll man es ehrlich machen.

Das Kriterium der Wettbewerbsneutralität – das ist vorhin genannt worden – noch hinzuzufügen, ist das gleiche Argument wie eben vorgetragen. Auch dann wird es noch schwieriger, vernünftige Dinge mit den Arbeitsgelegenheiten zu machen; dann sollte man auch sagen, dass man es nicht will, aber so geht es nicht. Insofern: finanziell verheerend, instrumentell falsch und nicht zum demografischen Wandel passend. Jetzt muss man in Arbeitslose und Langzeitarbeitslose investieren, damit sie jetzt teilhaben können am konjunkturellen Aufschwung am Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der SPD)

Zum vierten Punkt, dem Arbeitsmarktprogramm für Hamburg. Glücklicherweise ist inzwischen der Fehler korrigiert worden, der in der Presseerklärung der GAL steht, ich hätte für Juni so etwas zugesagt. Ich habe es zu Ende August zugesagt und dann kommt es auch. Zunächst möchte ich gerne mit einem weit verbreiteten Denkfehler in Hamburg aufräumen. Ein Arbeitsmarktprogramm besteht nicht nur aus Arbeitsgelegenheiten. Da gibt es allenfalls eine Schnittstelle, mehr nicht. Wir diskutieren das Arbeitsmarktprogramm, als sei es die Verteilung von Arbeitsgelegenheiten. Das greift wirklich zu kurz.

(Beifall bei der SPD)

Wir arbeiten nach meinem Eindruck das erste Mal an einem wirklichen Hamburger Arbeitsmarktprogramm, weil wir die beiden Träger von team.arbeit.hamburg, nämlich die FHH und die BA ...

(*Finn-Ole Ritter FDP: Wieso das erste Mal?*)

– Ich habe bisher nicht wahrgenommen, dass die Träger der Arbeitsmarktpolitik, so wie das Gesetz sie vorsieht, nämlich die BA und die Stadt, ihre Leistungen so zusammenschüßeln, dass sie bei Arbeitslosen möglichst gut ankommen.

Damit haben wir angefangen und wir haben uns zunächst, wie wir gesagt haben, der Grundlage unserer Arbeit versichert und uns den Hamburger Arbeitsmarkt mithilfe der Kolleginnen und Kollegen des IAB in der letzten Woche genau angesehen und haben geschaut, was für Bedarfe es denn eigentlich gibt. Wir haben sie unter zwei Bedingun-

(Senator Detlef Scheele)

gen angesehen. Wir haben sie angesehen unter dem Aspekt Fachkräftebedarf, bei welchen Personen im Arbeitsmarkt ist die Erwerbsquote besonders niedrig, wo kann man etwas tun und wo sind die Chancen unter den Arbeitslosen besonders hoch, sie durch Qualifizierung an den Arbeitsmarkt heranzuführen und auch hineinzuführen.

Wir haben als Zweites geschaut, und darum habe ich die Arbeitsgelegenheiten eben so gelobt, was wir eigentlich an sozialem Arbeitsmarkt für diejenigen brauchen, die für die Programme, die mir unter dem Eingliederungsaspekt vorschweben, gar nicht geeignet sind, weil sie schon seit drei oder vier Jahren arbeitslos sind, weil sie gesundheitliche Einschränkungen haben, keinen Ausbildungsabschluss haben und vielleicht suchtmittelkrank sind. Deshalb bekenne ich mich neben der strikten Eingliederungsorientierung ausdrücklich dazu, diesen Menschen ein Angebot zu machen, das auch individuell nicht auf zehn Monate begrenzt sein muss.

(Beifall bei der SPD)

Denn wenn es jemandem so schlecht geht, kann man ihn nicht mit Sechs-, Sieben- und Achtmonatsmaßnahmen sozusagen beglücken und sagen: Nun geh wieder nach Hause, bleib arbeitslos und komm wieder. Dann geht auch das verloren, was man bereits in den Menschen investiert hat. Darüber haben wir Einvernehmen erzielt mit den Kollegen der BA und das ist ein großer Wert, weil das auf Bundesebene kaum hinzubekommen ist. Daran wollen wir gemeinschaftlich weiter arbeiten.

Insofern wird das, was wir vorlegen – daraus will ich kein Geheimnis machen –, zum einen aus einer Verbesserung der Vermittlungsaktivitäten bestehen, damit das, was an Fachkräftebedarf besteht, möglichst schnell und effektiv befriedigt werden kann, und zum anderen aus einem breiten Teil an Qualifizierungsmaßnahmen für die verschiedenen Zielgruppen des Arbeitsmarkts, für Migrantinnen und Migranten auf Basis des Anerkennungsgesetzes, für ältere Kolleginnen und Kollegen und insbesondere für Jugendliche zwischen 20 und 30 Jahren, die keinen Ausbildungsabschluss haben, ihn aber dringend brauchen, weil sie ihr ganzes Erwerbsleben noch vor sich haben. Um die wollen wir uns vorrangig kümmern. Und als Drittes geht es dann eben um die Menschen, die zurzeit so weit weg sind, dass wir ihnen dringend auf einem sozialen Arbeitsmarkt – ich habe keinen besseren Titel, ich finde ihn nicht sehr glücklich – helfen müssen.

Aber dieser Arbeitsmarkt für die, die ich eben angesprochen habe, kann nicht abgeschottet sein. Es gibt keine Variante im Rahmen von geförderter Beschäftigung, wenn man mit 40 hineingeht, dann bis 67 zu überwintern. Das ist überhaupt keine Perspektive und 120 Euro Zuverdienst ist auch keine Perspektive für eine Familie mit Kindern. Also muss auch das alles daran ansetzen, dass aus

dem ersten Schritt ein zweiter und aus dem zweiten ein dritter wird, damit man irgendwann in das Geschehen am Arbeitsmarkt auch ungefordert eingreifen kann, um sozialversicherungspflichtig zu arbeiten. Selbst, wenn wir uns für diesen sozialen Arbeitsmarkt entscheiden und ihn relativ groß ausstatten, muss er immer den ersten Arbeitsmarkt als Ziel haben, weil es keine kluge Idee ist, jemanden mit der Mehraufwandsentschädigung für die nächsten 20 Jahre nach Hause zu schicken.

(Beifall bei der SPD)

Einen letzten Punkt will ich dazu anmerken. Wir werden das ein bisschen anders machen, als das bisher war. Wir möchten, so ist die Verabredung, die wir mit der BA auf Basis der Gespräche mit dem IAB getroffen haben, diesen sozialen Arbeitsmarkt personenzentriert ausrichten, nämlich nicht an dem, was die Leute arbeiten, sondern an deren sozialen Bedarfen, denn sie sind so weit weg, dass in der Tat die Integrationsquote gar nicht als Kriterium gelten kann. Es geht darum, im ersten Schritt das Ableiten ins SGB XII zu verhindern, daran haben wir auch ein großes fiskalisches Interesse, und im zweiten Schritt geht es darum, gesundheitliche Einschränkungen, Verschuldung und Suchtmittelabhängigkeit zu bekämpfen, die Wohnungssituation zu lösen und eine Arbeitsgelegenheit als institutionellen Rahmen zu begreifen, in dem das geschieht. Diese Anforderungen werden wir an die Träger stellen, mit Blick auf den arbeitslosen Menschen etwas Gutes für ihn, seine Familie und seine Kinder zu produzieren, um ihn einen Schritt weiterzubringen.

All das werden wir bezirklich organisieren. Das wird nicht zentral organisiert, sondern dezentral. Wir werden mit den Bezirken und den Bezirksamtsleitern, die wir jetzt schon eingebunden haben, an diesem Programm arbeiten und schauen, was wir jetzt schon haben, was erhalten werden kann und was auch geeignet ist, einen solchen Ansatz zu unterstützen.

Mein letzter Punkt zur Methode; Herr Dr. Bischoff hat freundlicherweise darauf hingewiesen. Meine Vorstellung ist, dass gerade, wenn man ein Arbeitsmarktprogramm macht, das wahrscheinlich wehtun wird, weil wir so viele Hundert Millionen Euro weniger haben, dass wahrscheinlich nicht alles erhalten werden kann. Deshalb muss dieses Arbeitsmarktprogramm so gut wie möglich in den Konsens gestellt werden und dafür brauchen wir alle Fraktionen dieses Hauses. Deshalb lade ich die Sprecher der Fraktionen hier im Plenum ein, wenn wir dieses Programm aufgeschrieben haben, mit uns, team.arbeit.hamburg und der Bundesagentur für Arbeit darüber zu reden, ob die Schwerpunkte richtig sind oder ob wir vielleicht vereinbaren wollen, auch andere zu setzen. In diesem Punkt sind wir offen. Es geht darum, mit dem Sachverstand aller für die arbeitslosen Menschen

(Senator Detlef Scheele)

in Hamburg das Beste zu generieren, die wenigen Mittel so effektiv wie möglich einzusetzen für die, die ganz weit weg sind, und für die, die kurz vor dem Übergang stehen. Ich würde mich jedenfalls sehr freuen, wenn Sie daran mitwirken würden und lade Sie herzlich ein. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Die Abgeordnete Hajduk hat das Wort.

Anja Hajduk GAL: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Senator Scheele, Sie haben jetzt eine so kräftige Einladung ausgesprochen. Wenn wir die auch mit Freude annehmen wollen, dann möchte ich die SPD-Fraktion als Erstes noch einmal fragen, warum sie nicht die beiden Anträge auch an den Ausschuss überweist, denn das wäre auch eine Reaktion in dem Sinne, dass man miteinander reden will.

(Beifall bei der GAL, der CDU, der FDP und der LINKEN)

Ich sage das ganz bewusst und meine das nicht als Gag. Wir haben keinen Antrag geschrieben, in dem wir irgendwie heftig den neuen Senat kritisiert hätten. Wir haben einen Antrag geschrieben, der Punkte thematisiert, die nicht so weit weg sind von denen, die Sie angesprochen haben. Ich gehe noch ein Stück weiter. Wenn die Kritik, die Sie an der Bundesregierung mit Blick auf deren Haushalt und auch die Instrumentenreform geäußert haben – in vielen Argumenten sind wir uns sehr einig – glaubwürdig sein soll, dann haben wir gerade von Ihnen gehört, dass Sie dann eigene Anstrengungen unternehmen wollen. Wir legen einen Antrag vor, in dem wir uns auch Gedanken gemacht haben über eigene Anstrengungen. Und wenn das gelten soll, dass die SPD der Opposition ein Angebot macht, inhaltlich zu diskutieren – das hat Herr Dr. Dressel, den ich noch einmal um Aufmerksamkeit bitten möchte, getan und auch der Bürgermeister hat gerade eine diesbezügliche Einladung ausgesprochen –, dann möchte ich Sie bitten, doch einmal zu überdenken, ob das in diesem Fall nicht angemessen wäre, zumal das kein Antrag ist, der Sie in irgendeiner Weise provozieren muss wegen irgendwelcher Vorwürfe, die Sie möglicherweise für unsachlich hielten.

Das ist mir deswegen so wichtig, weil wir uns alle einig sind, dass es auf der Zeitschiene demnächst nötig ist, dass wir uns unterhalten. Wir haben ein Thema vor uns, das auch den Haushalt Hamburgs berührt. Und, Herr Scheele, ich gebe Ihnen recht, man muss dann auch an dem Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg etwas ändern. Trauen Sie auch der GAL zu, dass wir mit Selbstkritik – wir hatten aber auch im September im Arbeitsmarktbereich etwas andere Rahmenbedingungen – uns jetzt noch einmal auf die Suche machen, wie man

das ausstatten und gestalten kann, dass man die eigene Arbeitsmarktpolitik in Hamburg dann auch stärker aus diesem Parlament und der Regierung heraus unterfüttert. An dieser Stelle hätten Sie auch die Unterstützung der Opposition, wenn man sich auf entsprechende inhaltliche Punkte auch einigen könnte.

(Beifall bei der GAL)

Insofern wäre eine Diskussion im Ausschuss auf der Basis Ihrer Vorschläge und unserer Anträge vielleicht auch ganz gut, um das eine oder andere Vorurteil, das wir gegenseitig pflegen, auszuräumen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Welches denn?)

– Ich hatte den Eindruck, dass es möglicherweise ein Vorurteil gibt, wie wichtig der GAL die Integration in den ersten Arbeitsmarkt sei.

In dem Bereich würde ich gerne Vorurteile ausräumen, weil wir wissen, wie wichtig das ist. Uns ist es auch wichtig – vielleicht haben wir ein Vorurteil, der SPD sei das nicht so richtig wichtig – mit Arbeitsmarktinitiativen in den Quartieren; das könnte auch ein Irrtum sein. Ich möchte dafür plädieren, diesen Gesprächsbedarf mit unterschiedlichen Positionen, den die Vorredner aus der Opposition diagnostiziert haben, auf Basis unserer Anträge durchzuführen, damit wir nicht künstlich anfangen, ständig Selbstbefassungen in den Ausschüssen zu haben. In diesem Sinne hoffe ich, dass uns die Debatte an dem Punkt ein Stück weitergebracht hat. Dann warten wir auch gerne auf Ihre Vorschläge und vergleichen sie mit unseren und kommen in eine ganz wichtige Diskussion mit Blick auf die Arbeitslosen dieser Stadt und auch auf Menschen, die sich im Arbeitsmarktbereich professionell engagieren. In diesem Sinne würde ich mich freuen, wenn wir die Debatte vielleicht mit einer Überweisung abschließen könnten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei *Dora Heyenn*
DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Dr. Bischoff, Sie haben das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Hajduk, ich war gerade davon ausgegangen – das hatte ja eine Irritation hervorgerufen –, dass Ihr Antrag und die Reaktion der Linksfraktion darauf eine Skizze der jetzigen Überlegungen ist, die wir haben und die wir auch in die Diskussion einbringen wollen. Ich konnte auch nicht ahnen, welches Verfahren am Ende dabei herauskommen wird. Insofern will ich das noch einmal ausdrücklich begrüßen.

Ich will zweitens auch noch einmal sagen, dass es bei dem, was ich bei Herrn Senator Scheele herausgehört habe, für uns möglicherweise eine Diffe-

(Dr. Joachim Bischoff)

renz gibt, wenn ich mich auf Ihren Antrag auf Seite 2 beziehe:

"In Nordrhein-Westfalen hat Arbeitsminister (...) Schneider (...) als Reaktion auf die unsoziale Gesetzesvorlage angekündigt, in den nächsten Monaten ein 'Konzept für den Sozialen Arbeitsmarkt' vorzulegen."

Das heißt also, wir müssen, Ihre Option in Rechnung gestellt, auch schauen, ob das möglicherweise nicht der Einstieg für eine Alternativkonzeption auf Bundesebene ist. Das kann im Ergebnis dieser Debatte oder dieser Besprechung herauskommen und dann haben wir auch noch etwas Gutes getan, selbst wenn wir das nicht unmittelbar umsetzen können. Insofern ist das meines Erachtens wichtig.

Ich bin immer dafür, so etwas auch im Ausschuss zu behandeln, aber für das Verfahren für Ende August wäre es hilfreich, wenn die fachpolitischen Sprecher das, was Sie angedeutet haben, vorher bekämen und sich vorbereiten könnten. Dann könnten sich in einer ersten Runde alle fachpolitischen Sprecher und die anderen Eingeladenen austauschen und dann kann das Verfahren im Parlament weitergehen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Schwieger, Sie haben das Wort.

Jens-Peter Schwieger SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich erst einmal für die sehr sachliche Debatte, die erfolgt ist bei allen Meinungsunterschieden, die auch an einzelnen Punkten klar geworden sind. Unser Ansatz war, dass wir einfach das Gefühl hatten, wir wären vielleicht schon ein Stück weiter als Sie.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Das haben Sie ja schon gemerkt, dass das nicht der Fall ist!)

– Nein, das habe ich nicht gemerkt, ich weiß es.

Wir nehmen aber gerne den Ansatz von Dr. Bischoff auf, die beiden Anträge von GAL und der LINKEN – von der CDU und von der FDP nicht, das ist vielleicht auch ein Zeichen – schon einmal in diese Obleute-Diskussion mit hineinzunehmen, dann haben wir das dort schon vorliegen, und, Frau Hajduk, wir überweisen beide Anträge auch an den Ausschuss.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Dann haben wir dort auch eine gute Diskussionsgrundlage, auf der wir aufbauen können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der GAL und der LINKEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Zunächst zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/851.

Wer möchte diesen an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das Überweisungsbegehren einstimmig angenommen.

Nun zur Drucksache 20/741. Wer stimmt einer Überweisung dieser Drucksache an den Ausschuss für Soziales, Arbeit und Integration zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Somit ist auch dieses Überweisungsbegehren einstimmig angenommen.

Ich rufe nun den Punkt 45 der Tagesordnung auf, Drucksache 20/746, Antrag der FDP-Fraktion: Fusion der HafenCity Universität Hamburg mit der Technischen Universität Hamburg-Harburg.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Fusion der HafenCity Universität Hamburg (HCU) mit der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TUHH)
– Drs 20/746 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/852 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Universitäten in Hamburg nicht gegeneinander ausspielen
– Drs 20/852 –]**

Die SPD-Fraktion möchte beide Drucksachen an den Wissenschaftsausschuss überweisen. Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Schinnenburg, bitte.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Senat begeht bezüglich der Hamburger Hochschulen einen schweren Fehler. Bei den Hochschulen zu sparen, ist ein schwerer Fehler.

(Beifall bei der FDP – Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Er schädigt den Ruf Hamburgs als Hochschul- und Wissenschaftsstandort. Wir erleben bereits jetzt, dass sich bundesweit die Leute fragen, ob sie als Wissenschaftler noch nach Hamburg gehen können, wie es dort aussieht und ob der Senat bereit ist, die Hochschulen ausreichend auszustatten.

Zweiter Punkt: Wissen ist der Rohstoff der Zukunft. Deutschland und auch Hamburg kann es sich nicht leisten, ausgerechnet Wissensförderung und Wissensschöpfung zu vernachlässigen. Auch das ist ein Grund, warum Sparen bei den Hochschulen ein schwerer Fehler ist.

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Dritter Punkt: Hamburger Unternehmen haben nur dann eine Zukunft, wenn sie innovativ sind. Wo sollen sie die Innovation hernehmen? Antwort: von den Hamburger Hochschulen. Auch die Hamburger Wirtschaft ist darauf angewiesen, dass Hamburger Hochschulen einen guten Stand haben und dafür auch gut finanziert werden.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Die Hamburger Hochschulen protestieren zu Zehntausenden zu Recht. Die Hamburger FDP unterstützt die Hochschulen bei ihrem Protest.

(Beifall bei der FDP)

Frau Senatorin Stapelfeldt hat mir zu Beginn der Sitzung mitgeteilt, dass sie ausgerechnet bei dieser Debatte nicht dabei sein kann, da sie zu einer Veranstaltung muss.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Sie kommt aber gleich wieder!)

– Sie kommt gleich wieder.

Aber ich sage es ausdrücklich, das habe ich ihr auch schon gesagt: Ich werde sie hier kritisieren, das tue ich normalerweise nicht bei abwesenden Personen, aber ich habe keine andere Wahl, als das hier zu tun. Das Verhalten von Frau Stapelfeldt ist ganz besonders schlimm. Als Abgeordnete hat sie permanent gegen schwarz-grüne Sparpläne protestiert, jetzt macht sie dieselben und sattelt noch obendrauf. Das ist kein Beitrag zu Glaubwürdigkeit, das ist schlimm.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU und bei Katharina Fegebank und Jens Kerstan, beide GAL)

Die FDP könnte es sich jetzt bequem machen und sagen, wir schauen einmal zu, wie sich die Hochschulen auf den Senat und die SPD einschließen, oder noch besser, wir wollen mal sehen, wie die SPD aus dieser selbstgebauten Sackgasse wieder herauskommt. Das könnten wir natürlich tun. Wir sind aber eine konstruktive Opposition, wir machen es anders.

(Jan Quast SPD: Reichen Sie uns die Hand!)

– Nein, wir reichen Ihnen nicht die Hand.

Konstruktive Opposition bedeutet Kritik, wenn der Senat etwas falsch macht. Konstruktive Opposition bedeutet scharfe Kritik, wenn der Senat etwas sehr falsch macht. Ich hatte schon mehrfach Anlass, scharf Kritik zu üben. Konstruktive Opposition bedeutet aber auch Lob, wenn der Senat etwas richtig macht. Und konstruktive Opposition bedeutet, eigene Vorschläge zu machen, und aus diesem Grunde dieser Antrag heute von uns.

Es gibt deutliche Hinweise, dass eine Fusion der HafenCity Universität und der Technischen Universität Hamburg-Harburg viele Vorteile hätte.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Welche denn?)

– Frau Heyenn, gönnen Sie uns Zeit

(Klaus-Peter Hesse CDU: Bloß nicht!)

und Muße für die Wissenschaft. Das hat sich in diesem Land immer schon gelohnt.

Erstens: Mir leuchtet nicht ein, wieso wir eine Hochschule für gerade einmal sechs Studiengänge haben. Das sind Architektur, Bauingenieurwesen, Geomatik, Stadtplanung, Kultur der Metropole und ein Master-Programm. Da fragt man sich natürlich, wo denn da die Klammer dieser sechs Programme ist.

(Zuruf von Dietrich Wersich CDU)

– Herr Wersich, wenn wir das nachlesen ...

(Jan Quast SPD: Die Mini-Unis hat Herr Dräger eingeführt und nicht die FDP!)

– Herr Dräger ist weder in der FDP noch waren wir in der Bürgerschaft, geschweige denn im Senat, als das 2006 beschlossen wurde.

(Jan Quast SPD: Die Mini-Unis hat er eingeführt!)

– Ja, nach unserer Zeit.

(Zuruf von Jens Kerstan GAL)

Ich darf Ihnen dazu Folgendes sagen: Herr Dräger war super gut, solange ich in der Bürgerschaft war. Kaum war ich weg, machte er Unsinn.

(Beifall bei der FDP – Dietrich Wersich CDU: Umgekehrt kann man das sehen, Herr Kollege!)

Man fragt sich jetzt natürlich, wo da die Klammer ist. Wenn Sie bei den Veröffentlichungen auf der Homepage der HCU, der HafenCity Universität, nachlesen, lesen Sie dort wörtlich:

"(...) Verständnis und die Gestaltung der urbanen Umwelt (...)"

Das ist die Klammer, das ist unsere Aufgabe.

Mit so einer Formulierung oder einer ähnlichen Formulierung kann man auch noch ganz andere kleine Hochschulen rechtfertigen. Wie wäre es zum Beispiel mit der Universität zum Verständnis der Kinder? Dort könnten dann Erzieher, Kinderärzte und Ingenieure zum Beispiel für die Konstruktion von Kindermöbeln zusammen ausgebildet werden. Das können Sie doch nicht ernsthaft richtig finden.

Zweitens: Die HCU mit dem geringen Fächerkanon ist ein Verstoß gegen die Idee der Universität. Universität sagt vom Namen her schon: universal, vieles, wenn nicht alles, dann wenigstens vieles zu-

(Dr. Wieland Schinnenburg)

sammen. Humboldt würde sich wahrscheinlich im Grabe drehen, wenn er wüsste, dass sein Begriff der Universität auf eine Hochschule gemünzt wird, die gerade einmal sechs Studiengänge hat.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Der ist schon so lange tot, der dreht sich nicht mehr!)

Drittens: Es gibt die Möglichkeit der interdisziplinären Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Hamburg-Harburg; diese könnte bei einer Fusion sehr gut genutzt werden. An der TU gibt es Werkstoffentwicklung, klimaschonende Energie- und Umwelttechnik, Bauwerke im und am Wasser als Studien- und Ausbildungsgänge. Das passt doch hervorragend zu den vorhin genannten sechs Studiengängen bei der HCU.

Viertens: Es ist schon erstaunlich, die HCU bekommt einen Neubau für gut 60 Millionen Euro, Stand von heute. Ich wäre mir nicht sicher, ob es dabei bleibt. Wir sind frohen Mutes, 60 Millionen Euro in einer ersten Schätzung, bei der Elbphilharmonie, glaube ich, waren es beim ersten Mal 120 Millionen Euro. Für 60 Millionen Euro bekommt die HCU einen Neubau, gleichzeitig verfallen aber die Gebäude der Universität Hamburg und anderer Hochschulen. Das ist unserer Ansicht nach ein völliges Missverhältnis.

(Dietrich Wersich CDU: Wollen Sie nur Eigentumswohnungen haben? – Zuruf von Jens Kerstan GAL)

– Herr Kerstan, wir kommen gleich noch zu Ihnen. Ich bin gespannt, alle Fraktionen haben sich schon geäußert, nur die GAL hat bisher keine Meinung gehabt. Wir werden sie sicher gleich hören.

Fünftens: Wenn ich Hochschulen zusammenlege, spare ich Intendanzkosten. Auch das ist ein wichtiger Punkt, Intendanzkosten nützen weder der Forschung noch der Lehre. Aus diesem Grunde ist eine Zusammenlegung von HCU und Technischer Universität mindestens erwägenswert.

Der Präsident der HCU, der uns heute beiwohnt – ich begrüße Sie ausdrücklich, Herr Pelka –, hat einen offenen Brief an die Fraktionen geschrieben. Offene Briefe werden normalerweise nicht beantwortet, deshalb werde ich es auch förmlich nicht tun, aber ich werde mir erlauben, auf Ihre Argumente, Herr Professor Pelka, an dieser Stelle einzugehen. Es sind deren vier.

Der erste Punkt: Er sagt, es gäbe gar kein Einsparpotenzial von 13 Millionen Euro im Jahr, man hätte doch im Wirtschaftsplan nur ein Budget von 13,4 Millionen Euro. Dann schauen wir doch einmal in den aktuellen Haushaltsplan-Entwurf auf Seite 107. Was steht dort? 16 Millionen Euro, nicht 13,4 Millionen Euro.

(Jan Quast SPD: Hat die SPD 3 Millionen Euro draufgelegt?)

Kleiner Fehler. Größerer Fehler, niemand und auch nicht die FDP behauptet, dass wir 13 Millionen Euro durch die Fusion einsparen können. Das ist einfach nicht richtig. Wir meinen, dass man Geld einsparen kann, aber natürlich nicht 13 Millionen Euro.

Zweiter Punkt: Herr Professor Pelka, Sie sagen, die Planmittel je Professor seien an der Technischen Universität fast dreimal so hoch wie an der HCU. Wenn man das dann in den Unterlagen nachliest, findet man Folgendes: 600 000 Euro TU, 245 000 Euro HCU. Das ist ein originelles Argument. Das würde auch bedeuten, wenn die HCU noch wesentlich mehr Professoren beruft, wird es pro Professor noch billiger. Wir wollen doch die HCU nicht dafür belohnen, dass sie so viele Professoren berufen hat. Schauen Sie sich doch diese Zahlen einmal an. Die Technische Universität hat im Wintersemester 2010/2011 5 683 Studenten und 91 Professoren, die HCU hat im gleichen Semester 1 969 Studenten und 55 Professoren. Sie haben 35 Prozent der Studentenzahlen, verglichen mit der TU, aber 60 Prozent der Professorenzahl. Anders ausgedrückt: Sie haben pro Student doppelt so viele Professoren. Kein Wunder, dass dann jeder Professor billiger ist. Das ist doch kein Grund, damit zu argumentieren. Im Gegenteil, Sie hätten überlegen sollen, ob Sie wirklich so viele Professoren brauchen, oder noch besser, ob Sie nicht bei moderner Wissenschaftspolitik einem Professor mehr wissenschaftliche Mitarbeiter zugeben. Die sind nämlich billiger und bringen der Lehre mehr. Dazu sagen Sie zu Recht, den Punkt muss ich Ihnen zugestehen, das sei nicht originär Ihr Fehler,

(Zuruf von Jens Kerstan GAL)

das wurde seinerzeit von dem schon erwähnten Herrn Dräger bei der Einführung der Hochschule falsch gemacht. Dennoch ist Ihr Argument völlig falsch, Sie können doch nicht ernsthaft sagen, Sie hätten mehr Professoren, die billiger seien, und deshalb ginge das alles nicht. Das wäre gerade ein Grund, bei Ihnen einmal kräftig eine Reform-schiene anzusetzen.

Dritter Punkt: Sie sagen, Studienplätze seien bei der HCU billiger. Hierzu die Zahlen: HCU ungefähr 8 000 Euro pro Student, TU etwa 11 000 Euro pro Student. Mit den Statistiken ist das so eine Sache. Sie wissen, Statistiken sind für Wissenschaftler dasselbe wie Laternenpfähle für Betrunkene. Sie dienen mehr dem Halt als der Erleuchtung. Hier werden doch Äpfel mit Birnen verglichen. Man kann doch nicht alle Studienplätze gleich bewerten, Herr Professor Pelka. Die Konsequenz Ihrer Argumentation wäre, dass wir das UKE und auch die Hochschule für Musik und Theater schließen müssten. Diese kostet nämlich 17 000 Euro pro Student. Wir wollen Medizinerbildung und wir

(Dr. Wieland Schinnenburg)

wollen Musik- und Theaterausbildung, dafür haben wir Geld, aber nicht für Prestigeobjekte.

(Beifall bei der FDP)

Vierter Punkt: Sie sagen, bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses sei die HCU weiter. Das mag sein, aber das ist gerade ein Grund, sich mit der TU zu fusionieren, damit die TU von Ihren hervorragenden Erfahrungen bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses profitieren kann. Das ist gerade ein Argument für die Fusion.

Wenn ich es zusammenfasse, gibt es viele Gründe für eine Fusion und bisher habe ich keinen gehört, der gegen eine solche Fusion spricht.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ich habe aber auch keinen dafür gehört!)

Deshalb sind wir der Meinung, dass es eine gute Idee ist, zumindest zu erwägen, eine Fusion vorzunehmen.

Nun zum Antrag der LINKEN. Das ist noch nicht einmal etwas für Laternenpfähle, denn die einzige Begründung, warum Sie gegen die Fusion sind – wörtliches Zitat, ich habe es dreimal gelesen –:

"Eine Fusion mit der TUHH wird von der HCU abgelehnt."

Zitatende.

Das ist dünn.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Nee, das ist wichtig!)

Ein Teil der Betroffenen möchte es nicht, also machen wir es nicht. Das ist Politik von gestern. Moderne Politik bedeutet, Strukturen zu hinterfragen, wenig Geld für Administration, viel für die eigentliche Aufgabe. Ein sorgsamer Umgang mit Steuergeldern ist die Losung und nicht, weil irgendeiner dagegen ist, machen wir es nicht. Dieser Antrag der LINKEN ist nicht akzeptabel.

(Beifall bei der FDP – Jens Kerstan GAL: Sie haben noch keinen einzigen Grund dafür genannt!)

– Sie haben nur nicht zugehört, ich habe sechs genannt, Herr Kerstan, Sie können es nachher nachlesen.

(Dora Heyenn DIE LINKE und Jens Kerstan GAL: Nee, nee!)

Dennoch fordert die FDP trotz all dieser Argumente nicht sofort eine Fusion ohne Wenn und Aber. Wir wollen diese Frage sehr energisch angehen, aber auch sorgfältig prüfen. Deshalb haben wir in den Antrag nicht eine sofortige Fusion hineingeschrieben, sondern wir haben den Senat aufgefordert, dies zu prüfen, zu erläutern und uns zu berichten. Danach erfolgt eine Entscheidung und damit die Debatte auch möglichst qualifiziert erfolgen kann, sind wir auch einverstanden mit der Über-

weisung unseres Antrags an den Wissenschaftsausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Der Abgeordnete Kühn hat das Wort.

Philipp-Sebastian Kühn SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal, Herr Schinnenburg, liebe FDP-Fraktion, bin ich Ihnen dankbar, weil es zumindest ein substanzieller Beitrag ist zu der Diskussion, die wir seit Wochen führen. In diesem Sinne auf jeden Fall schon einmal Dank von meiner Seite und auch von meiner Fraktion, dass Sie diesen Antrag eingebracht haben. Damit will ich aber nicht sagen, dass wir der Zielrichtung Ihres Antrags entsprechen würden oder uns zumindest heute ein Urteil erlauben können, so wie Sie es hier zumindest teilweise vorweggenommen haben, denn ohne Frage haben Sie vollkommen recht gerade auch mit dem, wie Sie es historisch beschrieben haben, sozusagen die Gründungsgeschichte dieser Universität. Der Webfehler beginnt eigentlich damit, dass das nie ein wissenschaftspolitisches Projekt war, sondern vor allem ein stadtplanungstechnisches Projekt, weil es nämlich darum ging, die HafenCity aufzuwerten. Damit hat man eine Hochschule zu einem Spielball eines ganz anderen Politikfeldes gemacht und damit beginnt eigentlich die Irrtumsgeschichte dieses Projekts.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es wichtig, noch einmal mit ein paar Zahlen zu argumentieren. Wo ist eigentlich das Geld hergekommen, das für die Gründung dieser Hochschule notwendig war? Es ist nicht etwa zufällig vom Himmel gefallen oder wurde neu eingestellt, nein, es ist aus den Haushalten der älteren Hamburger Hochschulen abgezweigt worden. Im Schwerpunkt hat es die Hochschule für Angewandte Wissenschaften getroffen, die beispielsweise im Haushalt 2005 noch über 75,9 Millionen Euro verfügte; ein Jahr später hatte sie noch einen Haushalt von 63,5 Millionen Euro. Dieses Geld ist also im System in den Haushalten der Hochschulen umgeschichtet worden.

Bekommen hat die HCU ein Haushaltsvolumen von etwa 13,5 Millionen Euro, mit dem sie nun arbeiten muss. Sie haben damals eben nicht eine Fachhochschule gegründet, sondern eine Universität. Herr Schinnenburg hat vollkommen zu Recht darauf hingewiesen, dass es einen ganz fundamentalen Unterschied zwischen einer Fachhochschule und einer Universität gibt. Das wird unter anderem auch deutlich durch das Verhältnis von Professoren zu Studenten, denn an Universitäten ist der Forschungsschwerpunkt traditionell zumindest ausgeprägter gewesen als an Fachhochschulen, aber man muss zugeben, dass sich in

(Philipp-Sebastian Kühn)

den vergangenen Jahren auch in diesem Punkt beide Systeme angenähert haben.

Nun der entscheidende Punkt. Reichten diese 13,5 Millionen Euro, die Sie dieser Universität mit der Gründung zugestanden haben, überhaupt aus, jemals ansatzweise den politischen Auftrag zu erfüllen, den Sie ihr mit auf den Weg gegeben haben? Dazu will ich Sie nur mit drei Zahlen behelligen, das sind die Zahlen der vollzeitäquivalenten Professorenstellen. Als Sie nämlich diese Universität ursprünglich gründen wollten, stand im Raum, dass diese Universität etwas über 80 vollzeitäquivalente Professorenstellen haben sollte. So war es ursprünglich einmal angedacht. Daraus ist dann im Laufe der Zeit eine Absenkung auf 65 vollzeitäquivalente Professorenstellen geworden und nun die große Überraschung: Wie viele vollzeitäquivalente Stellen sind im Moment finanziert? 54. Das heißt, dass die HafenCity Universität in vielen Bereichen dem Anspruch einer Universität überhaupt nicht gerecht werden kann, sondern in vielen Bereichen gerade einmal dem Anspruch einer Fachhochschule genügen kann, und das ist Ihr politisches Versagen. Es ist vor allem das Versagen der CDU, aber Sie hängen in dieser Nummer ganz genauso mit drin, meine sehr verehrten Damen und Herren von den Grünen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Schinnenburg, Ihre Argumentation trifft in einem Punkt nicht ganz zu. Ich will mich vor allem nicht nur an Herrn Pelka wenden, sondern wir haben auch zwei Vertreter der Studierendenschaft hier, nämlich je einen Vertreter der Studierendenschaft der Technischen Universität und der HafenCity Universität – auch Sie beide möchte ich ganz herzlich begrüßen –, weil nämlich Sie und die Professoren unter diesen widrigen Bedingungen hervorragende Arbeit leisten. Das ändert aber nichts an dem Umstand, dass die Bedingungen, unter denen Sie arbeiten müssen, vielfach katastrophal sind. Ich kann gerade Ihre beiden Fraktionen nur einladen, einmal in die Averhoffstraße zu fahren und sich diese Gebäude anzuschauen. Schauen Sie sich die Seminarräume an, in denen die Studierenden und Professoren dort arbeiten müssen, und zwar seit Jahren; das ist Ihr politisches Versagen.

(*Jens Kerstan GAL: Da bauen wir ja gerade!*)

– Dafür bauen Sie einen Neubau, der jetzt schon viel zu knapp kalkuliert ist. Alles das, was Sie vor zwei Jahren in diese Drucksache geschrieben haben – ein super ökologisches Gebäude und so weiter, das wird Ihnen selbst Herr Pelka mittlerweile sagen –, ist für diese 66 Millionen Euro überhaupt nicht finanzierbar und das wussten Sie auch damals schon, als Sie diese Drucksache durchs Parlament geboxt haben. Das werden wir Ihnen auch beweisen.

(Beifall bei der SPD)

Insofern ist gerade die HafenCity Universität eigentlich ein schönes Beispiel dafür, wie fehlgeleitet die Diskussionen in den vergangenen Wochen und Monaten waren, weil nämlich die meisten vor allem Herrn Lenzen und seiner Kritik aufgesessen sind. Das ist vor allem eine Kritik, die ich in Richtung der LINKEN richten möchte, denn es geht nicht nur um die Universität Hamburg und die Probleme von Herrn Lenzen, es geht um die Probleme aller Hamburger Hochschulen und die sind teilweise ganz anders. Gerade die HafenCity Universität ist ein perfektes Beispiel dafür, dass die Problemlage dieser Hochschule eine ganz andere ist als die an der Universität Hamburg.

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan GAL: Dafür kürzen Sie jetzt mehr!*)

– Sie sollten erst einmal begründen, warum Sie es in den ganzen letzten drei Jahren, in denen Frau Dr. Gumbel Ausschussvorsitzende des Wissenschaftsausschusses war, nicht ein einziges Mal hinbekommen haben, in dieser Sache irgendetwas zu bewegen.

(*Anja Hajduk GAL: Schreien Sie doch nicht so! Holen Sie Luft, machen Sie sich locker!*)

Stattdessen hält Frau Dr. Gumbel jetzt herzerreißende Reden im Wissenschaftsausschuss und generiert sich quasi als die Rächerin der Witwen und Waisen. Ich habe davon in den drei Jahren, als Sie Ausschussvorsitzende waren, wenig erfahren.

(Beifall bei der SPD – *Anja Hajduk GAL: Behalten Sie sich mal oder setzen Sie sich!*)

Herr Schinnenburg, ich will noch einmal zu einem Punkt kommen, der mir ganz wichtig ist, weil ich denke, dass dort Ihre Argumentation nicht ganz sauber ist und wir damit den Professoren und Studierenden der HafenCity Universität keinen Gefallen tun. Natürlich gibt es einen Unterschied zwischen technischen Hochschulen und deren Ausstattungsvolumen, zum Beispiel auch pro Professor, im Gegensatz zum Beispiel zu der HafenCity Universität. Insofern hat Herr Pelka teilweise auch recht, dass teilweise die Studiengänge bei ihm günstiger sind als an einer technischen Universität.

Deshalb ist es ganz richtig und wichtig, dass wir uns alle Szenarien genau anschauen und uns dann abschließend ein Urteil erlauben können, ob die zu erwartenden Synergieeffekte wirklich eine Veränderung in der Hochschulstrukturlandschaft rechtfertigen. Die Frage müssen wir am Ende beantworten und der wollen wir uns auch stellen. Deshalb hat sich auch die SPD-Fraktion entschieden, diesen Antrag an den Ausschuss zu überweisen, damit wir dort die Möglichkeit haben, das dementsprechend zu diskutieren. Wir wollen aber auch und trotz aller Kritik, die ich auch an die Fraktion DIE LINKE gerichtet habe, auch Ihren Antrag

(Philipp-Sebastian Kühn)

an den Wissenschaftsausschuss überweisen, damit wir auch Ihre Position dort dementsprechend diskutieren können. Das ist auch der richtige Weg voranzukommen.

Aber lassen Sie mich bitte abschließend noch eines zur Gründungsgeschichte dieser Universität sagen, weil sie eben doch ein Beispiel dafür ist, wie Hamburg einen ganz anderen Weg gegangen ist als viele andere Bundesländer. Viele Bundesländer haben in den vergangenen Jahren konsolidiert, sie haben zusammengeführt, sie haben versucht, Synergien zu schaffen, Hamburg nicht. Sie haben weitere Akteure hinzugefügt und diese Akteure zulasten der alten Akteure finanziert. Das Ergebnis ist, dass wir mehr Akteure haben, die alle finanziell aus dem letzten Loch pfeifen. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, aber ganz sicher nicht das Ergebnis der Politik von Frau Dr. Stapelfeldt oder der SPD.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend kann ich nur sagen, dass mein großer Wunsch ist, dass die Debatte differenzierter wird, dass wir uns die einzelnen Hochschulen und deren Probleme genauer anschauen und dann sensibilisiert dadurch hoffentlich in den kommenden Wochen und Monaten auch zu den Ergebnissen kommen, die den Hochschulen nachhaltig helfen und vor allem uns die Möglichkeit geben, im System so umzuschichten, dass mehr Geld in Forschung und Lehre geht und nicht, wie bei Ihnen, mehr Geld in Verwaltungsstellen, sondern mehr Geld zu den Studierenden und zu den Professoren. Das ist die Aufgabe der Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Kleibauer hat das Wort.

Thilo Kleibauer CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag der FDP, den Herr Schinnenburg begründet hat, geht nach unserer Meinung von falschen Voraussetzungen aus und macht den Fehler, Hochschulen in Hamburg gegeneinander auszuspielen. Das finden wir nicht gut.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der LINKEN und bei *Jens Kerstan GAL* – *Dora Heyenn DIE LINKE*: Richtig!)

Er geht insbesondere von der falschen Voraussetzung aus, dass eine Fusion automatisch mit Einsparpotenzialen und Chancen verbunden ist. Hierzu liegen uns viele andere Informationen vor, dass das nicht so sein muss. Insofern finden wir den Vorschlag kurzsichtig und einseitig.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der LINKEN und bei *Jens Kerstan GAL*)

Ich finde es auch etwas merkwürdig, als Argument gegen die HCU anzuführen, diese bekämen einen Neubau. Für viele andere Hochschulen haben wir das seit Langem auf dem Zettel. Einige Bereiche wie das UKE oder Gebäude in Harburg und an der HAW sind saniert worden. Dass das ein Kritikpunkt an einer Hochschule ist, dass sie einen Neubau bekomme, finde ich etwas schräg, Herr Schinnenburg. Das ist doch gerade die Chance zur Weiterentwicklung für diese Hochschule, wenn sie von fünf oder sechs Standorten an eine zentrale Stelle zusammenrückt, und nicht ein Argument, das gegen die HCU spricht.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan GAL*)

Im Übrigen stand, auch wenn man Revue passieren lässt, wie wir die letzten Jahre über die HCU gesprochen haben, das Thema des Neubaus immer im Vordergrund. Sie haben sehr viel dazu gesagt, Herr Schinnenburg, Sie haben auch eine Kleine Anfrage gestellt, in der es ausschließlich um Mitarbeiterstellen und den Neubau ging, auch Herr Kühn hat viel vom Neubau erzählt. In der Tat haben Sie in dem Punkt vielleicht sogar recht, Herr Kühn. Um die Frage des Profils und des wissenschaftlichen Konzepts der Hochschule haben wir uns in der Zeit weniger gekümmert. Das wäre vielleicht sinnvoll gewesen. Aber auch deshalb sollten wir das aus dieser Debatte nicht ausblenden. Eine Hochschule, Herr Schinnenburg, ist nicht nur ein Neubau oder ein Gebilde, sondern darunter ist eine lebendige Organisation, da geht es auch um Forschungsprojekte und um Ausbildung. Da sind wir doch gerade froh und stolz, dass die HCU es geschafft hat, auch Mittel aus dem Qualitätspakt Lehre zu bekommen, das spricht doch für ein gesundes Konzept dieser Hochschule.

(Beifall bei der CDU)

Sie führen gerne Intendanzkosten und Verwaltung an. Ihre Fraktion hat jetzt auch bei anderen Hochschulen zum Trend gemacht, abzufragen, wie viele Verwaltungsstellen es dort eigentlich gibt. Aus meiner Sicht ist das relativ undifferenziert, weil man nicht nur fragen muss, wie viele Verwaltungskräfte dort sind, sondern gleichzeitig auch, wie viele wissenschaftliche Mitarbeiter es dort gibt. Das scheint Sie gar nicht zu interessieren, denn entscheidend an den Hochschulen ist die Frage nach dem Verhältnis von Verwaltungsmitarbeitern zu technischen Mitarbeitern und dem wissenschaftlichen Personal und nicht nur die Frage, wie sich isoliert die Größe des Verwaltungspersonals entwickelt hat.

Sie sprechen von Intendanzkosten. Zum Verwaltungspersonal gehören im Übrigen auch die Menschen, die die Bibliotheken offen halten, die Rechenzentren offen halten, die Service für die Studenten bieten und in den Laboren ihren Dienst tun. Das sollte man nicht ausblenden. Einfach so zu

(Thilo Kleibauer)

tun, als wären das alles die Stäbe des Präsidenten, die sich irgendwie um Pressearbeit kümmern, ist fehlerhaft und geht an der Sache vorbei.

(Beifall bei der CDU)

Putzig fand ich, Herr Kühn, dass Sie von der Gründungsgeschichte der HCU 2005 gesprochen haben. Wenn man sich die Geschichte ansieht, dann geht das tief in die Siebzigerjahre hinein, dass wir immer eine parallele Architekturausbildung in Hamburg hatten und es sehr viele Überlegungen und Gespräche gab, in welcher Form man das zusammen machen sollte. Dann gab es einen Moderationsprozess, der sogar losging, als die FDP noch dabei war – da muss man sich jetzt nicht im Detail verlieren –, und zu dem Ergebnis führte, dass man Teile der HAW, der Kunsthochschule und der TU Harburg in einer neuen Universität zusammenführt. Im Übrigen darf man nicht vergessen, dass die HCU keine Ausgründung der Technischen Universität ist, sondern es sind auch sehr viele Bereiche wie Personal, Studierende und Studiengänge von anderen Hochschulen dazugekommen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Entscheidung ist 2005/2006 gefallen und eine solche Entscheidung alle fünf Jahre auf den Prüfstand zu stellen, ist fatal. Damit hilft man keiner Hochschule, weder der HCU noch der TU Harburg.

(Beifall bei der CDU und bei *Jens Kerstan, Antje Möller, beide GAL und Dora Heyenn DIE LINKE*)

Wir müssen doch zur Kenntnis nehmen, dass die HCU sich trotz der Widrigkeiten, der Gründung und der Aufteilung auf mehrere Standorte bereits in wenigen Jahren sehr gut entwickelt hat. Es gibt dort eine gute Ausbildung der Studierenden und das gilt es weiterzuentwickeln. Herr Kühn, es gibt dort im Übrigen auch durchaus, wenn man sich die Befragung ansieht, eine hohe Zufriedenheit der Studierenden, was die persönliche Beratung und die Nähe zu den Lehrenden angeht. Auch das ist vielleicht ein Vorteil gerade einer kleineren Universität. Hier geht es doch darum, diese Hochschule jetzt auch mit dem Bezug eines einheitlichen Standorts weiterzuentwickeln, zu unterstützen und nicht die Signale auszusenden, es gehe in eine andere Richtung.

Das gilt im Übrigen auch in Richtung TU Harburg. Wir müssen uns doch auch die Frage stellen, ob die TU Harburg sich die nächsten drei Jahre damit beschäftigen soll, einen mühsamen Integrationsprozess zu durchlaufen, um eine neue Hochschule aufzunehmen, oder sich so, wie sie jetzt ist, mit den Vorstellungen, die sie hat und die in viele Bereiche gehen und sehr gut sind, an ihrem jetzigen Standort weiterentwickeln, an dem sie nicht die Kapazität hat, noch kurzfristig Studenten der HCU mit aufzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich noch zu Ihrem Beitrag etwas sagen. Sie haben sich sehr nett für den Antrag der SPD bedankt, Herr Kühn. Es ist auch Ihr gutes Recht – das respektiere ich – als Fraktion, sich an dieser Stelle eine Meinung zu bilden.

(*Andy Grote SPD: FDP!*)

– Ja, gut, er hat sich bei der FDP für den Antrag bedankt, falls ich das falsch gesagt habe.

Die Senatorin und die BWF haben sich relativ klar festgelegt. Die Behörde hat mitgeteilt, dass es keine Überlegungen gebe, die HCU sei fester Bestandteil der Wissenschaftsstadt Hamburg. Natürlich ist es das Recht der Fraktion, sich eine eigene Meinung und eine eigene Position zu bilden. Nur haben Sie der Senatorin schon die Gespräche mit den Hochschulpräsidenten über die Finanzierung, Kompensation, Studiengebühren et cetera abgenommen. Wenn Sie in diesem Punkt auch noch eine andere Position beziehen als die Senatorin, dann ist schon die Frage, wer eigentlich Ansprechpartner für die Hochschulen in dieser Stadt ist.

(Beifall bei der CDU – *Dirk Kienscherf SPD: Die haben keine andere Position!*)

Meine Damen und Herren! Wenn wir uns die Hochschullandschaft in Hamburg anschauen, dann ist die HCU die einzige staatliche Hochschule, die in den letzten 30 Jahren dazugekommen ist und neu gegründet wurde. Wir hatten in den letzten Wochen eine Diskussion über Kürzungen und Sparmaßnahmen bei den Hochschulen, eine Diskussion, die Sie in Gang gesetzt haben, die Ihre Senatorin aufgelöst hat und die auch über Hamburg hinaus Schlagzeilen geprägt hat. Das ist ein ganz schlechtes Signal. Dazu kommt, dass Sie beabsichtigen, die Wissenschaftsstiftung aufzulösen, eine Wissenschaftsstiftung, in der Sie Experten aus ganz Deutschland haben, die das Geld an hervorragende Projekte vergeben, eine Aufgabe, bei der die Senatorin denkt, dass sie das viel besser selbst kann. Auch das ist ein verheerendes Signal, wenn man diese Stiftung wieder auflöst. Ich habe noch keinen in dieser Stadt gefunden, der das richtig gut findet. Wenn Sie jetzt auch noch auf die Idee kommen, als Nächstes gleich eine ganze Hochschule zu schließen, dann ist das auch eine falsche Weichenstellung und dann ist das die letzte Idee, die die Stadt in dieser Situation gebrauchen kann. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Dr. Gümbel, Sie haben das Wort.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich den letzten Wissenschaftsausschuss als eine Art Fortbildungs-

(Dr. Eva Gümbel)

veranstaltung verstanden sowohl für den 100-Tage-Senat als auch für die neue Fraktion, die wir in der Bürgerschaft haben, die FDP. Alle Präsidien waren anwesend und es ist auf alle Fragen eingegangen worden. Ich fand es ein starkes Stück, liebe Kollegen von der FDP, dass Sie nach den Ausführungen von Herrn Pelka, dem Präsidenten der HCU, tatsächlich Ihren Antrag eingebracht haben. Nun kann man sagen, Sie haben vielleicht nicht zugehört, dass dann aber der Antrag nicht zurückgezogen wurde, nachdem der offene Brief des Präsidenten an alle Abgeordneten gegangen ist, kann ich nicht verstehen. Die Rede des geschätzten Kollegen Herrn Dr. Schinnenburg kann ich auch nur mit Kopfschütteln zur Kenntnis nehmen; hier weiß die FDP nicht, was sie tut.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

Dass sich aber die SPD ohne Not auf diesen relativ sinnlosen Antrag setzt, der sich, wie der Kollege Kleibauer ausgeführt hat, auch noch im Widerspruch zu den Aussagen der BWF und damit im Widerspruch zur Senatorin Stapelfeldt befindet

(*Philipp-Sebastian Kühn SPD*: Sagen Sie doch was zur Finanzierung!)

und den Hochschulstandort Hamburg in zwei Punkten schlecht redet, das kann ich wirklich in keiner Weise verstehen.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Als erstes stellen Sie die Finanzierung der Hochschulen infrage und nun wollen Sie auch noch über die gesamte Sommerpause – weil wir nicht so schnell zu Beratungen und dann wahrscheinlich doch zu einer Beschlusslage zugunsten der HCU im Wissenschaftsausschuss kommen werden –, also über Monate hinweg eine Universität, die jetzt im Aufschwung ist und endlich zusammenwächst,

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Ich denke, die hat gar keine Mittel mehr!)

in eine Situation bringen, wo Ungewissheit droht. Sie wissen sehr wohl, dass wir auch beobachtet werden, nicht nur von Berlin, sondern auch von den umliegenden Wissenschaftsmetropolen, die verstanden haben, dass Wissenschaft wichtig ist. Und Sie wissen, dass wir zum Beispiel auf Drittmittel angewiesen sind und welchen Einfluss solche Entscheidungen, solches In-der-Schwebe-Halten von Hochschulstandorten

(*Dirk Kienschert SPD*: Immer diese Endzeitstimmung!)

hat, wenn man sich auf DFG- und sonstige Drittmittel bewirbt. Sie gehen in einer Weise fahrlässig mit dem Wissenschaftsstandort um, dass ich mich wirklich für Sie schämen muss.

(Beifall bei der GAL und der CDU – *Dirk Kienschert SPD*: Sie gehen leichtfertig damit um!)

Wir wissen, um noch einmal auf die HCU einzugehen – das hat Herr Pelka sehr deutlich dargestellt –, dass in der Tat, liebe FDP, die 13 Millionen Euro kaum zu holen sind. Herr Schinnenburg, hätten Sie im Ausschuss aufgepasst, auch dort hatte Herr Pelka sehr deutlich ...

(*Andy Grote SPD*: Außer Ihnen hat da offenbar niemand aufgepasst!)

– Ja, traurig, aber man kann es nachlesen.

Die 16,6 Millionen Euro sind um die Pensionslasten bereinigt, so kommt Herr Pelka auf die 13 Millionen Euro. Die Pensionslasten wären in jedem Fall weiter zu tragen oder wollten Sie die auch noch streichen? Das ist das eine.

Zum anderen gibt es Kooperationen der HCU mit den beiden kleinen künstlerischen Hochschulen in dieser Stadt und Herr Pelka hat im Ausschuss sehr deutlich dargelegt, dass durch eine weitere Zusammenführung da kaum etwas zu holen ist. Insofern lehnen wir Ihren Antrag aus Überzeugung ab. Wir wollen ein kräftiges Bekenntnis für die HCU ablegen.

(*Andy Grote SPD*: Und die Unterfinanzierung!)

Wir brauchen den Antrag der LINKEN nicht zu überweisen, wir wollen ihm hier zustimmen.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Heyenn hat das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Unsere linken Männer haben heute so viel geredet, dass ich mich kurz halten muss.

(Zurufe von allen Fraktionen: Oh!)

Die Reden von der FDP und der SPD waren alles andere als eine Stärkung des Wissenschaftsstandortes.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Allein der Ansatz, darüber nachzudenken, ob eine Fusion von zwei Hochschulen Einsparpotenziale hat, ob man damit vielleicht irgendetwas erreichen kann, ist alles, nur keine verantwortliche Wissenschaftspolitik.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Am 1. Januar 2006 wurde die HCU gegründet, und zwar bildeten die Architekturstudiengänge der HFBK und der HAW, die Studiengänge Bauingenieurwesen und Geomatik der HAW und Stadtplanung der TUHH, die HCU. Wir als Links-Fraktion

(Dora Heyenn)

haben in der letzten Legislaturperiode sehr leidenschaftlich gegen den Neubau der HCU argumentiert. Wir haben es für falsch gehalten, 60 oder 70 Millionen Euro für einen Neubau auszugeben. Herr Bischoff und ich haben uns die Hebebrandstraße auch angeguckt und wir sahen die Notwendigkeit nicht. Nun ist es beschlossen, der Grundstein ist gelegt und es wird gebaut, eine Hochschule, die gerade einmal fünfeneinhalb Jahre besteht. Frau Stapelfeldt hat in der Zeit als Oppositionspolitikerin ganz klar gesagt, dass jede Hochschule und insbesondere auch die HCU ihre Identität braucht. Aus Planungssicherheitsgründen muss man klipp und klar sagen – das geht an die SPD-Fraktion –, dass man entweder die HCU auflösen will, aus welchen Gründen auch immer, oder den Inhalt und die HCU behalten will. Dann muss es Planungssicherheit geben.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Jens Kerstan* und *Antje Möller*, beide GAL)

Diese HCU hat in den letzten Jahren viele schwierige Situationen durchgestanden, bis der Neubau da war, und dann gab es einen Wechsel in der Führung. Wir schließen uns der Anregung der GAL an. Nachdem ich Herrn Kühn gehört habe, ist mir doch in den Sinn gekommen, dass die SPD ernsthaft darüber nachdenkt, die HCU aufzulösen und in die TUHH einzugliedern.

(*Klaus-Peter Hesse* CDU: Das habe ich auch so aufgenommen! – *Dr. Andreas Dreschel* SPD: Zuhören hilft!)

Sie können ziffernweise abstimmen lassen, wenn Ihnen nicht gefällt, dass mehr Geld in die Uni soll. Aber bei einer ziffernweisen Abstimmung sind wir dafür, dass von diesem Parlament das Signal an die HCU ausgeht, dass sie Bestandsgarantie hat, dass sie gewollt ist und gute Arbeit leistet. Dies ist auch der einzige Grund, warum wir diesen Änderungsantrag gestellt haben und deshalb plädieren wir dafür, das sofort abzustimmen – meinetwegen ziffernweise.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Schinnenburg hat das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Antrag zielt vor allem darauf ab, etwas für die Hamburger Hochschulen zu erreichen. Er hat aber einen netten Nebeneffekt gehabt. CDU und GAL wurden kalt erwischt, ihnen wurde vor Augen geführt, was für eine Hochschulpolitik sie drei Jahre lang gemacht haben. Die war schlecht, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Frau Gümbel hat gesagt, dass wir über Monate eine Debatte und Ungewissheit bekämen, sei

schlecht für die Hochschulen. Der schwarz-grüne Senat hat eine fast dreijährige Debatte über eine mögliche Verlagerung der Hochschule geführt, von der Sie von vornherein wussten, dass sie unsinnig ist.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Das war von vornherein, da bin ich mir ganz sicher, eine ganz gezielte Ablenkung der Öffentlichkeit, auch der Hochschulöffentlichkeit. Wir haben kein Geld für die Hochschulen, also machen wir eine Gespensterdebatte und nachher stellen wir fest, dass wir nichts für die derzeitigen Hochschulen ausgeben können, wir verlagern sie viel lieber.

(*Thilo Kleibauer* CDU: Jetzt wird's aber wirr!
– *Dr. Eva Gümbel* GAL: Kreative Idee, aber wie!)

Wer das drei Jahre lang gemacht hat, sollte jetzt nicht hinterfragen, wenn wir versuchen, kreative Ideen in die Hamburger Hochschulpolitik zu bringen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Dann hat Herr Kleibauer gesagt, es käme doch nicht auf den Neubau an. Der Neubau ist natürlich auch nur ein Argument, aber gerade wer 60 Millionen Euro für ein Objekt und für den Rest fast nichts hat, gerade der sollte doch nicht mit diesem Argument kommen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Sie haben doch dafür gesorgt – nicht alleine Sie, aber Sie haben es fortgesetzt –, dass die Hamburger Hochschulen nicht nur im Betrieb unterfinanziert, sondern auch ihre Gebäude in keinem guten Zustand sind. Das haben Sie beide zu verantworten, vor vier Jahren war es noch die CDU alleine.

Das zweite Schlimme, was vor allem die CDU, aber auch die GAL gesagt hat, schockiert mich. Sie haben gesagt, sie wollten doch nicht alle fünf oder fünfeneinhalb Jahre eine Hochschule auf den Prüfstand stellen. Was ist denn das? Sie gehen nicht mit Ihrem eigenen Geld, sondern mit dem Geld der Steuerzahler um und sind nicht einmal bereit, alle fünf Jahre zu überprüfen, ob das Geld der Steuerzahler richtig ausgegeben wird. Das muss jedes Jahr erfolgen oder wenigstens alle zwei Jahre. Es muss jederzeit überprüft werden, ob das Geld der Steuerzahler richtig ausgegeben wird.

(*Jens Kerstan* GAL: Es geht um die Existenz der Hochschulen!)

Dass Sie das jahrelang nicht gemacht haben, weil Sie zu feige waren, ist ein anderer Fall. Wir machen es, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Letzter Punkt: Diese ganzen Argumente, die HCU mache aber auch ein schönes Forschungspro-

(Dr. Wieland Schinnenburg)

gramm oder ein schönes Ausbildungsprogramm, mögen richtig sein. Niemand in diesem Raum, weder die FDP und auch sicher nicht die SPD, will die HCU oder die Studiengänge abschaffen. Wir wollen nur Intendanz- und sonstige Kosten sparen und wissenschaftliche Synergieeffekte herbeiführen. Mit Sicherheit wird nicht ein einziger guter Studiengang der HCU gestrichen. Es wird ihnen nur möglicherweise mehr Geld für die eigentliche Arbeit gegeben statt für teure Bauten oder teure Verwaltung.

(Dr. Till Steffen GAL: Ist bei Ihnen schon Weihnachten?)

Das ist etwas für die Hochschulen und nicht Ihre Verhinderungsstrategie. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Dressel hat das Wort.

(Jens Kerstan GAL: Gleich abstimmen!)

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es ist nicht so häufig der Fall, dass ich Herr Schinnenburg in Teilen beipflichten kann, aber der Punkt, wo er sich mit den Hinterlassenschaften schwarz-grüner Hochschulpolitik auseinandergesetzt hat, war richtig und auch das muss einmal gesagt werden.

(Beifall bei der SPD)

Es ist die Unterfinanzierung der HCU, die Sie mit zu verantworten haben, ein Bau, der nicht richtig geplant, nicht richtig durchfinanziert war. Herr Kühn hat vorhin sehr deutlich gemacht, wo man sich das jeweils zusammengeklaut hat, um überhaupt einen Betrieb aufzunehmen.

(Zurufe von Dr. Eva Gümbel und Jens Kerstan, beide GAL)

Das ist das Ergebnis Ihrer Politik und deshalb muss man an der Stelle natürlich den Ausschuss mit dieser Sache befassen. Wir haben sehr deutlich gemacht, dass wir dem so nicht folgen können, sondern es überweisen wollen, um darüber reden zu können. Wenn wir bei jeder Überweisung, die wir machen - und wir gehen als Regierungsfraktion relativ großzügig mit Überweisungen um, da kann sich die CDU ...

(Zurufe von der CDU: Oh!)

– Sie sollten sich einmal daran erinnern, wie Sie zu Ihrer absoluten Mehrheitszeit mit Überweisungen umgegangen sind, dann reden wir weiter.

(Beifall bei der SPD)

Wenn wir nur die Anträge überweisen würden, denen wir dann auch zustimmen würden, dann wären wir in manchen Ausschusssitzungen wahrscheinlich relativ schnell fertig. Insofern ist es doch rich-

tig, dass man gelegentlich auch Grundlagen schafft für eine Diskussion im Ausschuss, und dieser Punkt ist es wert, diskutiert zu werden, auch wenn wir inhaltlich ganz viele Fragezeichen benannt haben, warum das nicht geht, warum auch bestimmte Sachen nicht richtig durchgerechnet sind und, und, und.

(Thilo Kleibauer CDU: Wer hat denn heute Fragezeichen gemacht!)

Deswegen gibt es überhaupt keinen Grund, dass man sich an der HCU Sorgen macht und befürchtet, da ginge jetzt auch irgendetwas los. Dass man darüber redet und Strukturen hinterfragt, heißt doch nicht gleich, dass man irgendwo die Axt anlegt. Das sollte man bitte einmal auseinanderhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Was auch ganz hilfreich wäre, wäre ein Vorschlag von Ihnen, aber da ist noch nichts gekommen.

(Zurufe von Jens Kerstan und Antje Möller, beide GAL)

Das Thema 500 000 Euro für den Stab von Herrn Lenzen, dann das Thema Verwaltung – regen Sie sich doch nicht so auf, lassen Sie mich vielleicht auch einmal ausreden.

(Jens Kerstan GAL: Wo waren Sie gestern bei den Haushaltsberatungen, Herr Dressel?)

Ich liste es noch einmal auf: 500 000 Euro für den Stab von Herrn Lenzen, gestern hat der Finanzsenator gesagt, 10 Millionen Euro Verwaltungskosten, aufwachsend bei der Universität, und 200 Stellen zusätzlich im Verwaltungsbereich der Universität Hamburg. Von Ihnen kommt nicht ein Wort dazu, das wäre aber doch einmal ein Punkt, wo man etwas sagen könnte. Wenn man sich so für Forschung und Lehre einsetzt wie die GAL und die LINKE, dann wäre das eigentlich ein Punkt, wo man ansetzen müsste.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Von Ihnen ist in der ganzen Debatte nichts gekommen außer auf der Protestwelle mitzusrufen, und das finde ich für eine konstruktive Opposition reichlich wenig.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Das Wort hat Herr Kleibauer.

(Jens Kerstan GAL: Was sagt eigentlich die Senatorin? Hat die eigentlich auch eine Meinung?)

Thilo Kleibauer CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst ist wieder festzustellen,

(Thilo Kleibauer)

dass es wieder der Fraktionsvorsitzende der Regierungsfraktion war, der die Initiative ergriffen hat, aber nicht die Senatorin.

(Beifall bei der CDU)

Da muss man sich schon fragen, wofür wir eine Wissenschaftssenatorin haben, wenn Herr Dressel die Gespräche mit den Hochschulpräsidenten führt, wenn Herr Dressel über die Kompensation von Studiengebühren verhandelt

(Beifall bei der CDU)

und wenn Herr Dressel die Erklärung macht, wie die Erklärungen von Herrn Kühn zu verstehen sind. Was sagen Sie zu diesem Thema, Frau Stapelfeldt?

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der GAL)

Es gab von Ihnen ein klares Statement zum Thema HCU, das Sie verbreitet haben, es gäbe keine Überlegung der Behörde und es existiert der Satz, dass die HCU fester Bestandteil des Wissenschaftsstandortes Hamburg sei. Es wäre schön, wenn Sie das auch an dieser Stelle einmal dem Parlament erläutern und nicht nur per Pressemitteilung verlauten lassen.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Dr. Eva Gümbel: Bravo!)

Herr Dressel, Sie machen dann einen Attacke-Gegegenangriff, den allgemeinen bildungspolitischen Rundumschlag.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das ist kein Rundumschlag!)

Gestern haben Sie gesagt, lasst uns über Fakten sprechen und guckt in den Haushaltsplan. Im Haushaltsplan-Entwurf steht aber keine Kompensation von wegfallenden Studiengebühren im Jahr 2012 und es steht nicht darin, wie Sie sich die Investitionen im Hochschulbau vorstellen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Weil das noch kommt!)

– Das kommt alles noch. Das sind alles Absichtserklärungen, aber keine Fakten, die müssen Sie liefern, Herr Dr. Dressel.

(Beifall bei der CDU und der GAL – Dr. Andreas Dressel SPD: Wir werden liefern!)

Stattdessen steht im Haushaltsplan-Entwurf, dass Sie die Wissenschaftsstiftung abwickeln wollen – dazu habe ich vorhin schon etwas gesagt –, was eine völlig falsche Weichenstellung ist. Das ist wirklich ein Signal, dass Sie keine Forschungsförderung machen wollen, dass Sie keine Exzellenzen-Ausbildung machen wollen, dass Sie irgendwie das Geld, so wie Sie es gerne in den Siebzigerjahren gemacht haben, der Senatorin verteilen wollen. Es ist auch bezeichnend – da muss man

sich die Haushaltsanträge, die Sie 2009 gestellt haben, Frau Stapelfeldt, noch einmal anschauen, da war die Wissenschaftsstiftung und auch der Etat für Forschungsförderung immer die Portokasse der Opposition –, dass Sie damals gesagt haben, lasst uns die Studiengebühren abschaffen, dafür verwenden wir unter anderem die 11 Millionen Euro aus der Wissenschaftsstiftung.

Das ist Ihre Art von Wissenschaftspolitik, Herr Dr. Dressel, stellen Sie sich nicht hin und rufen sich als Retter der Hochschulen aus.

(Beifall bei der CDU und der GAL)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Dr. Gümbel hat das Wort.

Dr. Eva Gümbel GAL:* Geschätzter Kollege Dressel, ich weiß nicht, wo Sie gestern bei den Haushaltsberatungen waren. Wären Sie da gewesen, hätten Sie mitbekommen,

(Andy Grote SPD: Wir passen immer alle nie auf!)

dass Ihr Kollege Völsch ganz dankbar war oder zumindest, sagen wir es wertneutral, den Vorschlag aufgegriffen hat, den Frau Hajduk dargelegt hat.

(Thomas Völsch SPD: Da ging es um den Versorgungsfonds!)

Sie kam zu dem Schluss, dass wir 12,8 Millionen Euro auf diese Weise...

(Jan Quast SPD: Das haben Sie missverstanden!)

– Nein, das haben wir nicht missverstanden, sondern Sie haben das missverstanden.

Wir haben nicht nur ein bisschen einen Finanzierungsvorschlag gemacht, sondern sehr deutlich dargelegt, wie man auf der einen Seite im Haushalt konsolidieren kann und auf der anderen Seite durch die Streckung der Rekapitalisierung im Versorgungsfonds sehr schön 12,8 Millionen Euro übrig hätte, um die in die Wissenschaft zu stecken, was Sie nicht machen, lieber Herr Dressel. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei der GAL)

Der zweite Punkt ist, dass Sie ohne Not eine Hochschule kaputt reden und eine Debatte über Fortbestand und Fusion vom Zaun brechen. Bei der Nummer der FDP könnte man vielleicht sagen, dass die von Tuten und Blasen keine Ahnung haben, weil sie die Beratungen nicht mitbekommen haben, aber dass Sie sich da in dieser Weise draufsetzen, ist völlig unverantwortlich. Ein Finanzierungsvorschlag der GAL liegt vor. Es ist an Ihnen, das zu tun, was Ihre Senatorin gerne möchte, nämlich ein klares Bekenntnis zur HCU abzulegen. Uns drängt sich auf, so wie sich die Debatte dar-

(Dr. Eva Gümbel)

stellt, dass Frau Stapelfeldt nämlich offensichtlich nicht ans Rednerpult schreitet, dass es eine klare Differenz gibt zwischen der Fraktion einerseits, die anscheinend gerne, wie Herr Kühn, etwas nebulös über Strukturen fabuliert

(Dr. Andreas Dressel SPD: Deshalb gucken wir das nicht an!)

und so Einsparungen erwirtschaften möchte, und der Senatorin, die sehr genau weiß, wie gefährlich ein solches Luntelegen ist.

(Andy Grote SPD: Wollen Sie denn gar nicht über Strukturen sprechen?)

Einen letzten Punkt möchte ich noch anführen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was ist denn jetzt mit den Strukturen?)

Das führt jetzt etwas weg von der HCU und dahin, wie man in dieser Stadt über Wissenschaft und auch über Großprojekte reden soll. Die bauliche Veränderung, die bauliche Instandsetzung, meinetwegen auch die bauliche Verlagerung der Universität ist so oder so ein städtebauliches Großprojekt. Wir haben bei Stuttgart 21 alle erlebt, wie wichtig es ist, wenn solche großen Projekte gestartet werden sollen, dieses breit in der Bevölkerung zu diskutieren. Bei einem dreistelligen Millionenbetrag, der investiert werden muss, ist es richtig und notwendig, ein oder zwei Jahre

(Andy Grote SPD: Drei Jahre!)

nicht nur im Ausschuss, sondern auch in der Stadt, darüber zu streiten, was der richtige Weg ist.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN – Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Verzeihen Sie bitte, Frau Dr. Gümbel. – Herr Grote, melden Sie sich doch bitte zu Wort und fallen der Rednerin nicht ständig in dasselbe.

(Beifall bei der CDU)

Dr. Eva Gümbel (fortfahrend): – Herzlichen Dank.

Ich fordere an dieser Stelle noch einmal die Senatorin auf: Bekennen Sie sich bitte zur HCU an dieser Stelle und weisen Sie Ihre Fraktion in die Schranken.

(Beifall bei der GAL)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Bevor ich Frau Heyenn das Wort gebe, bitte ich nicht nur Frau Dr. Gümbel, sondern alle Abgeordneten um die Achtung und Beachtung des parlamentarischen Sprachgebrauchs. – Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Wir diskutieren über zwei Anträge betreffend die HCU. Und was ich in den letzten zehn Minuten gehört habe, war nichts anderes als gegenseitige politische Schuldzuweisungen. Das wird dem Thema in keiner Weise gerecht

(Beifall bei der LINKEN – Philipp-Sebastian Kühn SPD: Das machen Sie auch immer!)

und es hat auch überhaupt keinen Sinn, mit Wirtschaftlichkeitsberechnungen zu kommen. Wenn wir von einer Fusion zwischen zwei Hochschulen sprechen, dann betrifft das ganz viele Menschen: die Studierenden, das technische Personal, Verwaltungspersonal und die Wissenschaftler. Wenn sich dann Herr Schinnenburg hinstellt und sagt, das Argument der Linken, dass die HCU – sowohl der AStA als die Hochschulleitung und auch der Personalrat der Universität – auf keinen Fall möchte, dass mit der TUHH fusioniert werde, das sei ein Argument, das nicht zähle und das man vernachlässigen müsse, dann ist das wirklich zynisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir leben in einer Demokratie und da müssen die Betroffenen gehört werden und man muss sich auch an ihnen orientieren. Die Auffassung in der HCU ist so einhellig, als eigenständige Hochschule bestehen bleiben zu wollen, dass es wirklich ganz starke Argumente bräuchte, um das zu ändern. Da reicht eine Wirtschaftlichkeitsberechnung, die eventuell irgendwelche Synergien und finanziellen Vorteile bringt, überhaupt nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Und eines muss man doch wissen: Wenn diese beiden Anträge jetzt in den Ausschuss gehen, wird es nach dem, wie die SPD sich aufgeführt hat, in der HCU sehr wohl große Sorgen geben und sie werden dort sehr wohl die Befürchtung haben, dass die HCU möglicherweise geschlossen und in der TUHH untergebracht wird. Das ist ein ganz fatales Signal und wenn die SPD und auch der Senat und die Wissenschaftssenatorin der festen Auffassung sind, dass sie die HCU erhalten wollen, dann sollten sie das jetzt sagen und dann sollten wir dies beschließen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Schinnenburg, Sie haben das Wort.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Denken Sie dran, Sie sind hier nicht in der Kaserne!)

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Eigentlich will ich nur zwei Sätze zu Frau Gümbel sagen. Sie haben es sich nicht verkniffen, der FDP zu unterstellen, sie hätte im Ausschuss nicht zugehört. Frau Güm-

(Dr. Wieland Schinnenburg)

bel, erstens habe ich die Ausschusssitzung geleitet,

(Jens Kerstan GAL: Was heißt das denn?)

zweitens habe ich das Wortprotokoll gelesen und drittens, Frau Gümbel, habe ich dafür gesorgt, dass Sie, wie alle anderen Abgeordneten, gestern das Wortprotokoll zugeschickt bekommen haben. Wenn Sie das nachlesen würden, würden Sie das haben, was ich in der Hand halte. Herr Professor Pelka hat nämlich fast das Gleiche gesagt, was er später im offenen Brief gesagt hat. Und da ich mich hiermit auseinandergesetzt habe, spricht das nur dafür, dass Sie es offenbar nicht nachgelesen haben. Wir haben uns genau damit auseinandergesetzt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Dressel, Sie haben das Wort.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wird jetzt wieder die FDP gelobt?)

Dr. Andreas Dressel SPD: – Einmal kurz abwarten.

(Dr. Eva Gümbel GAL: Was sagt die Senatorin?)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Um eine Sache klarzustellen: Die Erklärung, die Frau Stapelfeldt abgegeben hat, die auch zitiert worden ist...

(Zurufe aus dem Plenum)

– Nein, aber jetzt wird ein Gegensatz konstruiert zwischen der Senatorin und der Fraktion, der nicht besteht. Es gilt das, was sie gesagt hat. Deshalb muss es nicht immer wieder bekräftigt werden und das teilt auch die SPD-Bürgerschaftsfraktion.

(Beifall bei der SPD)

Das ist so ein bisschen Schwarz-Grün reloaded, aber das Problem ist, dass Sie keine Mehrheit mehr haben. Das ist seit dem 20. Februar vorbei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend weise ich noch einmal darauf hin, dass diese ganzen Horrorszenarien, die Sie an die Wand malen, dann berechtigt wären, wenn wir den FDP-Antrag überweisen und den LINKEN-Antrag beerdigen würden.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das kriegen Sie auch noch hin!)

Das tun wir aber nicht, sondern überweisen beide Anträge, damit wir eine Diskussionsgrundlage im Ausschuss haben, wo wir über Strukturen reden können. Ich habe Beispiele aus dem Verwaltungsbereich der Hochschulen genannt und Sie haben

nichts dazu gesagt. Herr Lenzen will das nicht hören, Sie wollen es auch nicht hören, aber wir wiederholen es noch einmal, damit Sie es verstehen:

(Jens Kerstan GAL: Das hat hiermit gar nichts zu tun!)

10 Millionen Euro für den Verwaltungsbereich der Uni Hamburg, 200 Stellen und 500 000 Euro für den Stab von Herrn Lenzen – offenbar ist das für Sie sakrosankt, für uns als SPD-Fraktion ist es das nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 20/746 und 20/852 an den Wissenschaftsausschuss zu? – Danke schön.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ach, die CDU überweist jetzt auch! Das ist ja interessant!)

– Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung vollzogen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 36, Drucksache 20/731 in der Neufassung, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Bildungspaket nicht auf dem Rücken der Schulsekretariate und der antragsberechtigten Bürger/-innen umsetzen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Bildungspaket nicht auf dem Rücken der
Schulsekretariate und der antragsberechtigten
Bürger/-innen umsetzen
– Drs 20/731 (Neufassung) –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/850 ein Antrag der CDU-Fraktion vor.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets
– Drs 20/850 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Bildungspaket von Frau von der Leyen ist eine sehr eigenwillige Umsetzung eines Bundesverfassungsgerichtsurteils. Das Gericht stellte fest, dass die Regelsätze für Kinder von Hartz-IV-Empfängern zu niedrig waren. Dieses Bildungspaket ist aber eigentlich auch nur ein Bildungspäckchen, denn wenn alle Berechtigten die Berechtigung auch bekämen, würde man in Hamburg im Durchschnitt auf 50 bis 60 Euro pro antragsberechtigtem Kind kommen. Davon sollen Ausflüge, Klassenfahrten, die Schulbedarfspauschale, die Schülerbeförderung zur nächstgelegenen Schule, die Mittagsverpflegung, Schulsozialar-

(Dora Heyenn)

beit und die sogenannte soziokulturelle Teilhabe, sprich Musikschulen und Sportvereine, finanziert werden.

Das ist lächerlich wenig, zumal wenn man berücksichtigt, dass die Klassenfahrten bisher unbürokratisch schnell über die Schulbüros abgewickelt wurden, und das geht jetzt alles ins Bildungspaket. Es kann nur annähernd funktionieren, wenn viele Eltern gar nicht erst Anträge stellen. Dies scheint sich zu bewahrheiten, dafür sorgt folgender Wirrwarr: Es gibt sechs verschiedene Anträge und drei unterschiedliche Stellen, bei denen die Anträge eingereicht werden müssen. Deswegen haben Gewerkschaften und Sozialverbände dieses Bildungspäckchen auch als Bürokratie-Monster bezeichnet. Senator Rabe und Senator Scheele sprechen hingegen bei sechs Anträgen und drei unterschiedlichen Stellen von unbürokratischer Regelung.

Für Hamburg gibt es drei Probleme. Durch die Zusammenfassung von Bundes- und Landesmitteln

(Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

ist nicht gewährleistet, dass die Bundesmittel aus dem Bildungspäckchen auch dort ankommen, wofür sie gedacht sind, nämlich bei den Kindern von Hartz-IV-Empfängern. Wir nennen es Zweckentfremdung. Im Ausschuss wurde uns von Senator Rabe vorgerechnet, dass zum Beispiel für die kostenlose Nachhilfe im Programm "Fördern statt Wiederholen" insgesamt 7,8 Millionen Euro in Hamburg zur Verfügung stehen, davon 4,8 Millionen Euro aus der Freien und Hansestadt Hamburg und drei Millionen aus dem Bildungspäckchen. Jetzt muss ein sehr umfangreiches minuziöses Fragebogenwesen errichtet werden, damit am Ende des Jahres festgestellt werden kann, dass diese 3 Millionen Euro auch wirklich nur für Kinder von Hartz-IV-Empfängern ausgegeben worden sind, nämlich nur dafür darf es sein. Wir sind sehr gespannt, was dabei herauskommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das zweite Problem in Hamburg ist, dass es viel weniger Anträge als antragsberechtigte Eltern gibt, sodass viele Kinder von Hartz-IV-Empfängern letztendlich durch das Bildungspaket oder Bildungspäckchen weniger Bildung, weniger Ausstattung, weniger Kultur und weniger Sport zur Verfügung haben als vorher.

Das dritte Problem ist, dass die verhältnismäßig wenigen Anträge sich auf wenige Schulen in jedem Stadtteil konzentrieren und die Sekretariate dieser Schulen völlig überfordert sind. Und die regulär anfallenden Arbeiten, die dort verrichtet werden müssen, können nicht mehr erledigt werden. Zum Beispiel dauert die Überprüfung von Antragsvoraussetzungen oft Wochen, weil die entsprechenden Bescheide nicht vorliegen. Zusätzliche Arbeit machen auch die Anträge auf HVV-Karten für Schüle-

rinnen und Schüler aus Hartz-IV-Familien, denn es muss jedes Mal geprüft werden, ob es nicht eine näher gelegene Schule gäbe, weil das dann wieder geändert werden müsste. Zudem sind die Schulen nicht mehr nur für die Kostenübernahme von Klassenfahrten, sondern auch von Ausflügen zuständig.

Senator Rabe hat im Schulausschuss gesagt, es seien 41 zusätzliche Stellen in den Schulsekretariaten geschaffen worden, und zwar noch von der alten Regierung für die Umsetzung der Primarschule. Doch damit ist die Mehrarbeit in den Sekretariaten keineswegs kompensiert, weil diese Stellen in den Stadtteilschulen nach Größe der Schulen bemessen sind, aber nicht nach Antragsanfall in Sachen Bildungspäckchen, und dies ist ganz unterschiedlich stark verteilt. Auf der Veddel wären zum Beispiel 52 Prozent aller Schüler antragsberechtigt und dagegen 1 Prozent in Groß-Flottbek. Das heißt, dass sich in ganz bestimmten Schulen die Anträge konzentrieren, aber diese 41 Stellen sind gleichmäßig nach Größe verteilt.

Hinzu kommt auch noch, dass diese 41 Stellen im Rahmen des Primarschul-Programms natürlich nicht bei den Gymnasien sind. Ich habe heute mit einem Gymnasium aus dem Nordosten gesprochen, wo es eine sehr hohe Anzahl an Antragsberechtigten und auch an Anträgen gibt, und die haben mir erzählt, dass die Schulbehörde ab dem 1. August 2011 für die Umsetzung des Bildungspäckchens 0,7 Stellen geschaffen habe, aber nur für ein halbes Jahr. Was danach passieren soll, weiß keiner.

Wir haben entsprechend auf die Klagen aus den Schulsekretariaten und den Hilferuf der Schulleiter reagiert und deswegen diesen Antrag gestellt, um deutlich zu machen, dass es auch anders gehen könnte als es jetzt geplant ist. Deshalb schlagen wir eine Hotline vor, wo sich die Betroffenen direkt melden können – die natürlich kostenlos sein muss –, damit nicht, wie in einigen Schulen, 40 bis 50 Anrufe pro Tag dort ankommen und die Schulsekretariate nichts anderes mehr machen können. Es ist mir auch vom Personalrat bestätigt worden, dass das so sei. Wir wollen, dass Stellen in der Behörde geschaffen werden, um die Anträge dort zu bearbeiten, denn es kann nicht sein, dass alles liegenbleibt.

Wenn wir das Bildungspaket betrachten und uns nicht nur die Anträge auf Förderung und Gewährung von Musik- und Sportunterricht angucken, haben wir immer noch einen Großteil an Arbeiten, die aus dem Bildungspäckchen resultieren und in den Schulen zu erledigen sind. Dieses Programm "Fördern statt Wiederholen" bedeutet nämlich, dass 14 000 Schüler eine kostenlose Nachhilfe bekommen, es bedeutet aber auch, dass in jeder Zeugnis-Konferenz ein Beschluss gefasst werden muss.

(Dora Heyenn)

Dann muss ein Elterngespräch geführt werden, dann muss eine Lernvereinbarung unterschrieben werden und dann muss der Schulleiter gucken, wo er die Nachhilfe herbekommt. Das heißt, in den Schulen bleibt ohnehin ganz viel Arbeit hängen. Wir wollen, dass sichergestellt wird, dass die Antragsbearbeitung maximal 14 Tage dauert, und wir möchten, weil die Belastung der Schulsekretariate durch die Anträge in Hamburg so ungleich verteilt ist, dass die Behörde erfasst, wo wie viele Anträge anfallen und sich überlegt, wie sie diesen Anfall kompensieren will und mit zusätzlichen Stellen auf Dauer so ausstattet, dass die Schulsekretariate wieder ihre Arbeit machen können wie bisher.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Herr Lein.

Gerhard Lein SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gleich vorweg: Wir werden beiden Anträgen nicht zustimmen, weil wir uns erstens damit einer Einschätzung der Lage bei der Umsetzung der Bildungs- und Teilhabepakete anschließen würden, die verzerrt ist und nicht zutrifft, und zweitens den Senat nicht zu Maßnahmen auffordern wollen, die populistischen Charakter haben und in sich nicht schlüssig sind.

(Beifall bei der SPD – *Dora Heyenn DIE LINKE:* Aha, Begründung?)

Dass auf die Schulbüros neue Aufgaben zukommen, ist unstrittig. Ob sie zu einer totalen Überlastung führen, bleibt abzuwarten. Namens der Fraktion der SPD danke ich zunächst einmal den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schulbüros ausdrücklich für ihre Arbeit. Schulbüros und Hausmeister sind zentrale Orte für die Gestaltung eines funktionierenden Schulbetriebs und wir haben noch zu unseren Oppositionszeiten eine große Versammlung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Schulbüros gehabt, wo wir uns berichten ließen und die Sorgen angehört haben. Das ist uns noch in guter Erinnerung, seien Sie dessen versichert. Die Schulbüros haben im Zuge der Schulreform 41 Stellen befristet zugewiesen bekommen. Diese müssten jetzt eigentlich wegfallen, bleiben indes aber bestehen. Ob das vermachte Arbeitszeitvolumen für die neuen Aufgaben ausreicht, muss sich erweisen.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Die sind aber an Schulen, die die gar nicht brauchen!)

Diese Verteilung der Stellen ist übrigens nicht in Stein gemeißelt. Wahr ist auch, dass eine Arbeitsplatzbeschreibung der Schulbüromitarbeiter seit Jahren verhandelt wird und in der BSB auf Halde liegt. Die Vorgängerregierungen haben faktisch nichts getan, um zu einem Abschluss zu kommen, was ein völlig unbefriedigender Zustand ist. Es gibt

keine Arbeitsplatzbeschreibungen für Schulsekretariate. Was sind deren Pflichten, was sind deren Aufgaben? Da kann man stochern und mutmaßen, das hat jahrelang in der Schulbehörde gelegen und ist hin- und hergeschoben worden.

(Beifall bei der SPD)

Dass der rührige Vorsitzende des Schulleiterverbandes, Herr Mumm, im "Hamburger Abendblatt" Lobbyarbeit betreibt, ist verständlich. Dass die Links-Fraktion dieses durch Aufnahme in einen parlamentarischen Antrag adelt, ist bedenklich. "Ständig neue Aufgaben, aber keine zusätzlichen Ressourcen", so lässt Herr Mumm sich zitieren.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Richtig!)

Ich erinnere einmal an die Zeiten der absoluten Mehrheit der CDU und die Umsetzung der Lehrmittelprivatisierung, die von uns abgelehnt wurde. Das seinerzeitige Aufstocken der Schulbüros ist meiner Kenntnis nach aber nicht wieder zurückgenommen worden, sondern in den Schulen verblieben, als die Lehrmittelprivatisierung glücklicherweise wieder abgeschafft wurde.

Nun zu den Petita der Anträge. Punkt 1 des Antrags der LINKEN ist meines Erachtens erledigt. Punkt 2, Berichtersuchen an den Senat sind überflüssig, weil das Angemessene getan wird. Dauerhafte Debattenthemen für Bürgerschaft und Ausschüsse haben wir genug.

(*Dora Heyenn DIE LINKE:* Dass alles getan wird! Ja, klar!)

Noch eine kleine Randbemerkung: Will die LINKE uns stiekum eine neue Behördenbezeichnung unterjubeln? Die Veränderung Ihres Antrags hat die Behörde mit einem neuen Namen versehen, schauen Sie sich das an, es ist übrigens eine der beiden Änderungen Ihres Antrags. Ich habe überlegt, warum es eigentlich eine Neufassung gibt, wenn nur die Behörde für Schule und Berufsbildung jetzt Behörde für Bildung und Berufsbildung heißen soll.

Zum Ergänzungsantrag der CDU zunächst der Hinweis, dass die CDU natürlich nur die Wohltaten von Frau von der Leyen erwähnt und nicht die erheblichen zusätzlichen hamburgischen Landesmittel, die in dieses Teilhabepaket eingeschlossen werden. Und Ihre Stigmatisierungssorge, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, geht ins Leere. Da müssen und werden die Schulen feinfühlig genug sein und handeln, nicht nur bei der Essensausgabe, sondern auch wie bisher bei Klassenfahrten und neu bei den Tagesausflügen. Haben Sie sich im Übrigen seinerzeit Gedanken über Stigmatisierung gemacht, als Sie die Lehrmittelbeschaffung privatisiert haben und viele Schüler-schlangen in den Schulbüros standen, um ihre Zettel vor dem Angesicht der anderen Kinder abzuge-

(Gerhard Lein)

ben und damit deutlich machten, dass sie ihre Schulbücher nicht bezahlen konnten?

Gerade die Regelung, Nachhilfe nicht nur für Transferleistungsberechtigte zu finanzieren, sondern für alle, ist ein deutliches Signal der Nicht-Stigmatisierung von uns Sozialdemokraten.

(Beifall bei der SPD)

Zu dem Petitum, bis Mitte Juli einen Erfahrungsbericht vorzulegen: Liebe CDU-Kollegen, dieses Thema kann der Schulausschuss meines Erachtens gegebenenfalls als Selbstbefassung auf die Tagesordnung setzen, vielleicht in einem halben oder dreiviertel Jahr, wenn wirklich Erfahrungen vorliegen.

Die CDU fordert, gemeinsam mit allen Betroffenen ein Konzept der weiteren Umsetzung des Bildungspakets zu erarbeiten. Lassen Sie mich einmal ganz unernst fragen: Soll das eine Versammlung der Hartz-IV-Bezieher in der o2-Arena sein?

(*Carl-Edgar Jarchow FDP: Voll witzig!*)

Es gibt Personalräte, mit denen die arbeitszeitlichen Auswirkungen einzelner Maßnahmen der Behörde besprochen werden. Die Elternvertretung ist bekanntlich organisiert in der Elternkammer; auch hier gibt es eine institutionalisierte Kommunikation. Wir brauchen also keine neuen Gremien oder Diskussionszirkel und wir wollen schon gar kein ausgelagertes, gegebenenfalls zentralisiertes Inkassoverfahren.

Die SPD hat jedenfalls keinen Zweifel, dass der Schulsenator und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Teilhabepaket ordentlich umsetzen, dass Stigmatisierungen vermieden werden, gerade auch, weil die Zahl der Anspruchsberechtigten im Bereich des Nachhilfepakets so großzügig ausgeweitet wurde. Aktuell brauchen wir dazu keine Hilfestellung durch wolkige Anträge. Erfahrungen nach einem halben oder einem ganzen Jahr auszutauschen, könnte dann stärker gewinnbringend und erkenntnisfördernd sein. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat der Abgeordnete Haufler.

Nikolaus Haufler CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrter Kollege Lein, ehrlich gesagt konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass Sie die Sorgen und Nöte der Betroffenen überhaupt nicht ernst nehmen.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg GAL*)

Ich habe nicht ganz verstanden, wie Sie darauf kommen, dass erst einmal kein Handlungsbedarf

bestünde und man monatelang schauen und abschätzen müsste, was denn nun passiere. Wenn das so ist, dann frage ich Sie, wie es zustande kommt, dass in der Drucksache, die der Senat für das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesregierung verfasst hat, als Ausgabeposten explizit Verwaltungsaufwand in Höhe von 6,1 Millionen Euro steht. Mit diesem Geld muss man irgendetwas tun wollen oder warum hat man es da eingestellt? Jetzt fragen wir uns, bei wem dieser Verwaltungsaufwand vorzufinden ist. Ohne lange Erfahrungssammelaktionen machen zu müssen, stellen wir fest, dass der Verwaltungsaufwand offensichtlich in den Schulbüros vorzufinden ist. Also ist das der Ort, an den ein Teil dieser 6,1 Millionen Euro fließen muss. So einfach ist das, Herr Lein.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Katharina Fegebank, beide GAL*)

Ganz interessant umschiffen Sie die Frage der Stigmatisierung. Sie fragen, ob es nicht auch Stigmatisierung sei, wenn jemand einmal im Jahr einen Antrag auf Schulbücher stelle. Das kann man so oder so sehen, aber was ist denn, wenn jemand jeden Tag in der Schule eine Mahlzeit abholt und an der Kasse deutlich machen muss, dass er diese Mahlzeit nicht mit Bargeld, sondern mit irgendwelchen anderen Mitteln bezahlt? Ist das ins Verhältnis zu setzen zu einem einmaligen – einmal pro Jahr – Anstehen vor dem Schulbüro, wie Sie das ausgedrückt haben? Ich finde, nein.

(Beifall bei der CDU)

Aus unserer Sicht ist das Bildungspaket ein wirklich wichtiges und probates Mittel, um Menschen mit geringem Einkommen, um armen Familien und Kindern aus armen Familien zu helfen. Man muss auch deutlich die Ursprünge benennen, warum wir diesen ganzen Verwaltungsaufwand betreiben. Es ist festzustellen gewesen, dass in vielen Familien mit geringem Einkommen leider ein Teil des Geldes, der für die Bildung der Kinder vorgesehen war, nicht in diese geflossen ist.

(*Dora Heyenn DIE LINKE: Woher wissen Sie das?*)

Auch der Kinderschutzbund sah dies immer kritisch und hat gesagt, dass wir von diesem alten Denken, immer nur in Finanzen, in Geldströmen zu denken, wegkommen müssen, sondern die Chancen für die Familien schaffen müssen.

(Beifall bei der CDU und bei *Gerhard Lein SPD*)

Ich finde es gut, dass Sie mir da zustimmen. Nur darf, wenn wir die Erkenntnis gewonnen haben, dass leider Familien diese Aufgaben nicht hundertprozentig selbst in die Hand nehmen können, dies nicht dazu führen, nun eine Bürokratiestruktur zu schaffen, die nicht mit den Problemen zurechtkommt, die auf der Hand liegen, nämlich einerseits

(Nikolaus Haufler)

Geld einzustellen, andererseits dieses Geld aber nicht dahin fließen zu lassen, wo die Antragsteller auflaufen, nämlich in den Schulbüros.

Nun sagen Sie, man müsse noch einmal schauen, vielleicht ebbe das alles ab. Nach Auskunft des Senators haben von 80 000 antragsberechtigten Kindern erst 5000 Gebrauch von dem gemacht, was ihnen zusteht. Das bedeutet, dass der Aufwand sich noch versechzehnfachen könnte, es sollte also eher nicht abebben, sondern würde sich eher steigern. Auch da verstehe ich Ihr Argument nicht, darauf zu hoffen, dass das Problem einfach verschwindet.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb sage ich Ihnen: Nehmen Sie die Sorgen der Schulbüros ernst, stellen Sie sie richtig aus, machen Sie das schnell und sorgen Sie dafür, dass dieser Verwaltungsstau sich nicht immer und immer weiter aufstaut.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Frau von Berg.

Dr. Stefanie von Berg GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was ist eigentlich das Ziel des Bildungs- und Teilhabepakets? Das Ziel ist doch, Bildung und Teilhabe für alle Kinder in Hamburg zu ermöglichen. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn wir die Hürden ganz niedrig legen. Was wir zurzeit aber erleben, ist, dass die Hürden sehr hoch gelegt werden. Wenn Sie sich vor Ort einmal an den Schulen umgucken und in den Schulsekretariaten ein Gespräch suchen, dann werden Sie erfahren, dass die Sekretärinnen und Sekretäre – die gibt es übrigens auch – ewig lange an diesen Anträgen sitzen, dass sie tatsächlich viele Gespräche führen müssen, um überhaupt Menschen zu finden, die dort Anträge stellen, und dass das mit richtig viel Beratung zu tun hat und auch damit, Menschen vor Ort und in den Schulen abzuholen, was Zeit kostet. Es sind wirklich hohe Hürden und diese Hürden müssen abgeschafft werden.

(Beifall bei der GAL)

Lieber geschätzter Kollege Lein, Sie haben gesagt, dass die totale Überlastung noch gar nicht klar sei oder noch nicht evaluiert sei. Ich frage mich dann schon, warum es erstens noch nicht richtig abgefragt ist und zweitens wird die totale Überlastung noch nicht eingetreten sein, weil eben diese ganzen Anträge noch gar nicht abgefragt werden. Es gibt eben wenig Antragstellerinnen und Antragsteller und das kann nicht das Ziel des Bildungs- und Teilhabepakets sein.

Und wenn Sie, Herr Kollege Lein, immer sagen, die Vorgängerregierung sei schuld, ist das sehr

ideenlos. Wenn Sie sagen, es läge an der fehlenden Arbeitsplatzbeschreibung, ist das auch ideenlos. Wir haben jetzt ein ganz neues Problem, dieses Bildungs- und Teilhabepaket, dieses Bürokratiemonster, wie es immer bezeichnet wird. Es ist das Problem dieser Regierung, es tatsächlich vernünftig hürdenlos umzusetzen. Das ist eine neue Aufgabe und hat nichts mit einer angeblich fehlenden Arbeitsplatzbeschreibung zu tun.

(Beifall bei der GAL und der CDU)

Und dann frage ich mich natürlich, warum die Überweisung abgelehnt wird, wenn Sie selbst gerade eine Steilvorlage geliefert haben, als Sie sagten, das könnten wir im Schulausschuss einmal im Rahmen einer Selbstbefassung machen; das wäre mein Wunsch. Es ist ein äußerst komplexes Problem, mit dem wir uns gerade beschäftigen, und ich würde mir sehr wünschen, die verschiedenen Vorschläge aus den beiden Anträgen – und sicherlich auch aus der SPD – einmal vernünftig im Schulausschuss zu beraten.

Wie sieht der Ausweg aus diesem Dilemma aus, das wir gerade haben? Das ist auch schon von Frau Heyenn angesprochen worden. Wir müssen differenziert auf die Schullandschaft schauen und nicht einfach per Gießkanne 41 Stellen auf die Schulen zu verteilen, sondern wirklich gucken, in welchem sozialen Viertel sich die Schule befindet, wie groß die Anzahl der Anträge und auch wie groß die Schule ist. Einzelne Schulleiterinnen und Schulleiter sagen, dass sie sich das ganz einfach machen und eine halbe Stelle nehmen würden, sie hätten noch Ressourcen aus anderen Mitteln übrig und schon hätten sie das. Das kann für große Schulen funktionieren, aber was ist mit diesen kleinen Grundschulen, die vielleicht nur zwei- oder dreizügig sind. Die haben nicht einfach die Ressourcen, um sagen zu können, dass sie sich dann eine halbe Stelle schaffen. Das müssen wir dringend abschaffen und es ist Aufgabe der SPD und des Senats, dort Abhilfe zu schaffen.

(Beifall bei der GAL und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Abschließend noch einmal meine Bitte, diese beiden Anträge an den Schulausschuss zu überweisen, damit wir konstruktiv gemeinsam über Lösungen nachdenken können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Jarchow.

Carl-Edgar Jarchow FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die christlich-liberale Bundesregierung hat mit dem Bildungspaket ein neues wichtiges Instrument geschaffen. Es wird Kindern und Jugendlichen aus bedürftigen Familien und

(Carl-Edgar Jarchow)

einkommensschwachen Haushalten eine frühe Teilhabe an wichtigen Bildungsbausteinen ermöglicht.

(Beifall bei *Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP, Klaus-Peter Hesse und Birgit Stöver, beide CDU*)

Auch wenn die Opposition im Bundestag, allen voran die SPD, gern am gefundenen Kompromiss herumnörgelt, sind gerade die SPD-geführten Landesregierungen besonders schnell dabei, die Berliner Mittel in ihren Ländern zu verteilen. Und das ist auch gut so, wenn es denn den bedürftigen Kindern und Jugendlichen hilft. Allerdings bedarf es einer Strategie, um die Eltern aus sozial schwächeren Schichten auch zur Beantragung der Mittel aus dem Bildungspaket zu motivieren.

(*Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!*)

Davon ist in Hamburg bisher nichts zu erkennen. Senator Rabe hat von der Bearbeitung der Anträge bis zur Mittelvergabe offenbar fast alles den Mitarbeitern der Schulsekretariate aufgebürdet.

(*Dora Heyenn DIE LINKE: Auch richtig!*)

Senator Scheele guckt derweil zu. Beides wird nicht reichen, genauso wenig aber das, was die LINKE heute beantragt. Was Sie vorlegen, ist ein Musterbeispiel für ein staatsgläubiges Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bürokratie. Stattdessen brauchen wir Maßnahmen zur Entlastung der Schulsekretariate. Mehrarbeit muss kompensiert werden und nicht nur die, die die Umsetzung des Bildungspakets mit sich bringt. Bei einer ziffernweisen Zustimmung würden wir den Ziffern 1 und 2.4 daher zustimmen. Auch durch die Koordination der kostenlosen Nachhilfe kommen auf die Schulsekretariate weitere Belastungen zu. Dies ist eine Ihrer vielen Baustellen, Herr Senator Rabe, wo dringender Handlungsbedarf besteht.

Meine Damen und Herren! Die von der LINKEN vorgeschlagene und in der BSB einzurichtende Hotline würde nach unserer Überzeugung nur unnötige Mehrkosten für Personal und Ausstattung schaffen. Diese Mehrkosten gehen dann wiederum zulasten der Fördermittel, was kontraproduktiv ist.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl CDU*)

Auch Ihre beantragte personelle Unterstützung in der BSB zur Antragsbearbeitung lehnen wir ab. Wir Liberalen fordern eine rasche Umsetzung der Leistungen des Bildungspakets, allerdings ohne erheblich zusätzliche Kosten für den Steuerzahler. Aus Sicht der FDP ist es stattdessen nötig, die Schulsekretariate vor Ort durch zusätzliches Personal zu entlasten und unnötige Arbeit zu eliminieren.

(*Dora Heyenn DIE LINKE: Das kostet auch Geld!*)

Die Prüfung der HVV-Karten-Anträge auf näher gelegene Schulen etwa sollte aus unserer Sicht eingespart werden. Überhaupt werden Schulsekretariate nach unserer Auffassung seit Jahren in ihrer organisatorischen, aber auch sozialen Bedeutung für das interne Schulleben nicht ausreichend geschätzt.

(Beifall bei der FDP)

Das zeigt sich im ständigen Aufgabenzuwachs, dem keine Personal- oder Mittelaufstockung gegenübersteht. Hier muss grundsätzliche Abhilfe erfolgen, und zwar rasch, Herr Senator – leider ist er nicht mehr da.

Meine Damen und Herren! Für uns Liberale gilt, dass grundsätzlich von jemandem, der Leistungen beziehen möchte, zu erwarten ist, dass er zumindest einen vollständigen Antrag mit entsprechenden Bescheiden stellt. Dementsprechend zügiger würde auch die Antragsbearbeitung vorangehen und eine Verlagerung an die BSB erspart werden.

(*Dora Heyenn DIE LINKE: Sie kennen solche Leute offensichtlich nicht!*)

Dafür braucht es verständliche Informationen der Behörden, auch der Hamburger Behörden. Das Bundesarbeitsministerium ist mit gutem Beispiel vorangegangen, daran sollte sich auch der Hamburger Senat orientieren. Den Antrag der LINKEN im Ganzen lehnen wir aus den bereits genannten Gründen ab. Der von der CDU vorgeschlagenen Auslagerung des Abrechnungsverfahrens stimmen wir hingegen zu, denn hierbei handelt es sich um eine unbürokratische und vor allem nicht kosten-treibende Maßnahme. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Hjalmar Stemann CDU*)

Präsidentin Carola Veit: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Zunächst zum CDU-Antrag aus Drucksache 20/850.

Wer möchte sich diesem anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Nun zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/731 in der Neufassung. Die FDP-Fraktion hat hierzu eine ziffernweise Abstimmung beantragt.

Wer möchte die Ziffer 1 des Antrags der Fraktion DIE LINKE annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das mehrheitlich abgelehnt.

Wer möchte sich den Ziffern 2.1 bis 2.3 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dies mehrheitlich abgelehnt.

(Präsidentin Carola Veit)

Wer stimmt der Ziffer 2.4 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Ziffer abgelehnt.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 31, Drucksache 20/622, Antrag der CDU-Fraktion: Feuerwehrfonds für Mittelstand neu auflegen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Feuerwehrfonds für Mittelstand neu auflegen
– Drs 20/622 –]**

Wer wünscht das Wort? – Herr Stemmann, Sie haben es.

Hjalmar Stemmann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die mittelständische Wirtschaft in Hamburg hat die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise vergleichsweise gut überstanden. Für größere Unternehmen gibt es weitgehend keine Probleme mehr beim Kreditzugang.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Verzeihen Sie, Herr Stemmann, ich würde Ihnen gern ein bisschen mehr Gehör verschaffen. Fahren Sie bitte fort.

Hjalmar Stemmann (fortfahrend): Vielen Dank.

Dagegen sind kleine und junge Unternehmen weiterhin stark von Schwierigkeiten betroffen. Eine Unternehmensbefragung der Kreditanstalt für Wiederaufbau, veröffentlicht am 15. Juni, also vor wenigen Tagen, hat festgestellt – ich zitiere –:

"Kleine Unternehmen mit weniger als 1 Mio. EUR Jahresumsatz melden (...) 3-mal häufiger Erschwernisse bei der Kreditaufnahme als Unternehmen mit über 50 Mio. EUR Jahresumsatz. Tatsache ist, dass bei kleinen Unternehmen mit einem Jahresumsatz bis 1 Mio. EUR der grundsätzliche Kreditzugang beinahe 7-mal so häufig infrage steht als bei Unternehmen mit mehr als 50 Mio. EUR Jahresumsatz."

Was ist der Feuerwehrfonds? Das ist ein Fonds, der bereits vor der Krise als Sonderprogramm für Unternehmen in Schwierigkeiten aufgelegt war und während der Krise vom schwarz-grünen Senat mit diesem Namen Feuerwehrfonds überführt wurde. Er übernimmt Ausfallbürgschaften für kleine Unternehmen bis zu 50 Mitarbeitern und/oder 10 Millionen Euro Umsatz, die in Schwierigkeiten geraten sind, aber nach wie vor Chancen am Markt haben. Mit Unterstützung der Hausbank und einem Umstrukturierungskonzept eines externen Beraters kann die Wettbewerbsfähigkeit wiedererlangt werden. Die Bürgschaftsobergrenze liegt bei 500 000 Euro, die Kreditlaufzeit in der Regel bei drei bis fünf Jahren. Abgewickelt wird das alles durch die

Bürgerschaftsgemeinschaft und durch eine Entscheidung der Kreditkommission.

Inzwischen ist dieser Feuerwehrfonds ausgelaufen, wir sehen aber einen Bedarf dafür, dass er wieder neu aufgelegt wird. Wir haben in der letzten Legislaturperiode darüber zwischen den Fraktionen eine große Einigkeit hergestellt. Ich hoffe, dass wir ihn auch dieses Jahr als Maßnahme der Wirtschaftsförderung wieder aufnehmen können und bitte um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Wieland Schinnenburg* FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Frau Rugbarth.

Andrea Rugbarth SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Stemmann, wir sind uns einig darüber, dass insbesondere für kleine Betriebe natürlich eine Kreditklemme existiert. Wir sind uns auch einig darüber, dass wir etwas tun müssen. Über den Weg sind wir uns allerdings an dieser Stelle heute einmal nicht einig, Herr Stemmann, da muss ich Sie enttäuschen, weil dieser Feuerwehrfonds tatsächlich nicht der richtige Weg ist.

Es geht bei diesem Feuerwehrfonds – seit 2005 gab es schon ähnliche Richtlinien, es nannte sich anders, war aber das gleiche Prozedere – darum, dass man zunächst einmal Beratungskostenzuschüsse an Firmen gegeben hat, die in finanziellen Schwierigkeiten waren, dann festgestellt hat, dass man ihnen helfen kann, und das Umstrukturierungsprogramm mit einer Ausfallbürgschaft begleitet hat, bis 2007 sogar mit Beteiligungskapital. Dann kam die EU mit ihren beihilferechtlichen Änderungen und die haben so zu Buche geschlagen, dass wir den Firmen im Prinzip wegen dieser Randbedingungen der EU nicht mehr helfen konnten.

Ich möchte Ihnen das an einigen Zahlen verdeutlichen. Von 2005 bis 2010 gab es 166 Betriebe, die für diesen Feuerwehrfonds oder die Vorgängerprodukte nachgesucht haben. Lediglich 34 Betriebe konnten das erhalten und haben die Randbedingungen erfüllt. Als es sich Feuerwehrfonds nannte – 2009/2010, ausgerechnet in der Wirtschaftskrise –, haben es ganze drei Firmen geschafft, von diesem Feuerwehrfonds finanzielle Unterstützung zu bekommen.

Wir als SPD lehnen es ganz einfach ab, ein Showprogramm aufzulegen und zu sagen, toll, dass wir etwas haben. Wir wollen etwas, das wirklich denjenigen hilft, und da sind wir uns sicherlich einig, Herr Stemmann, dass wir den betroffenen Firmen in Liquiditätsschwierigkeiten helfen müssen und helfen können, aber nicht mit diesem Feuerwehrfonds, eben wegen der EU. Lesen Sie sich die

(Andrea Rugbarth)

Richtlinie durch, die ist vollgespickt. Eigentlich müsste man sie Richtlinie zur Verhinderung davon, wie man Firmen wirklich helfen könnte, nennen. Das Einzige, was alle Fraktionen gemeinsam tun können, ist, mit unseren EU-Abgeordneten zu sprechen, damit wir an dieser Stelle andere Rahmenbedingungen bekommen, weil die Richtlinie in 2012 überarbeitet wird.

Darüber hinaus denken wir natürlich darüber nach, wie wir den Firmen helfen können. Wir sind dabei, die Förderprogramme prinzipiell neu aufzulegen und neu zu formieren – das wissen Sie, wir haben uns im Wirtschaftsausschuss darüber unterhalten – und werden Ihnen das im Rahmen der Errichtung einer Investitionsbank dann auch komplett vorstellen. Das wird sicherlich bis zum Ende des Jahres sein. Wir werden dann auch wissen, wie die Leitlinien der EU verändert werden, sodass wir so etwas Ähnliches, wie Sie es wollen, dann auch auflegen können.

Für heute werden wir Ihren Antrag ablehnen. Wir werden ihn auch nicht an den Ausschuss überweisen, weil es zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Sinn macht, da die Leitlinien gerade überarbeitet werden. Wenn wir sie kennen, dann werden wir neu auflegen. Bis dahin können wir den Betrieben allerdings anbieten, nach dem Gesetz über die Kreditkommission Bürgschaften zu beantragen. Dass Hamburg in der Lage ist, durch die Landesbürgschaftsrichtlinie Bürgschaften zu übernehmen, gilt nicht nur für die großen Betriebe, von denen das üblicherweise wahrgenommen wird, sondern das gilt auch für kleine und mittlere Betriebe. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Tjarks.

Anjes Tjarks GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meine Fraktion hat mir dankenswerterweise noch zwölf Minuten übrig gelassen, in denen ich Sie jetzt nicht quälen möchte,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall bei *Dr. Andreas Dressel SPD*)

sondern man kann unsere Position so zusammenfassen: Die Problembeschreibung der CDU teilen wir durchaus

(*Jens Kerstan GAL: 14!*)

– 14 sogar, na gut –, die Antwort der SPD allerdings auch. Es ist schlicht und ergreifend nach unserer Information 2010 aus diesem Feuerwehrfonds kein einziger Euro abgeflossen. Dass das so ist, liegt vor allem an der von Ihnen beschriebenen EU-Richtlinie, wobei man dazu sagen muss, dass diese während der Finanzkrise noch gelockert worden ist und jetzt eher wieder angezogen wird. Das

heißt, wenn man das jetzt neu auflegt, wird noch weniger als nichts abfließen. Das geht nicht mehr, das wollen wir nicht und insofern würden wir diesen Antrag in der jetzigen Form ablehnen. Wir teilen aber ausdrücklich Ihre Problembeschreibung und glauben, dass das vielleicht gelöst wird im Rahmen einer Landesinvestitionsbank, aber vielleicht kann man sich im Ausschuss auch vorher noch einmal darüber unterhalten, was man tun kann. Denn es ist schon so, dass die Wirtschaftsförderung insgesamt, das wird auch vom Rechnungshof kritisiert, ein relativ großes Dickicht ist, durch das kein Mensch zumindest von außen wirklich durchblickt. Das sollte man schon effizient und straff machen. Insofern ist das eine Initiative, auf die man aufbauen kann. Aber diesen Antrag in der konkreten Form lehnen wir ab. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Martin Schäfer SPD*)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Kluth, Sie haben das Wort.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Ich werde mir Mühe geben, mein Minutendeputat nicht auszuschöpfen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Rugbarth, Herr Tjarks, ich finde Ihre Argumentationen nicht überzeugend, denn wenn Sie sich den Antrag der CDU einmal konkret anschauen, dann werden Sie feststellen, dass das Petitum des Antrags eigentlich besser ist, als die Überschrift vermuten lässt. Die Überschrift lautet: "Feuerwehrfonds für Mittelstand neu auflegen". Das Ersuchen aber, das wir beschließen sollen, ist die Prüfung eines neuen bedarfsgerechten Bürgschaftsprogramms in Kooperation mit der Wirtschaft und der Fördereinrichtung. Das soll hier beschlossen werden und das halten wir auch für richtig.

Unsere Stadt ist wie kaum eine andere Stadt, Herr Stemmann hat es ausgeführt, durch mittelständische Wirtschaft geprägt und unsere Stadt ist besser als andere Städte durch die Finanz- und Konjunkturkrise gekommen.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Ich habe das Gefühl, der Redner hat nicht die volle Aufmerksamkeit des Hauses. Wenn Sie Herrn Dr. Kluth bitte zuhören mögen. Das gilt auch für den Senat.

Dr. Thomas-Sönke Kluth (fortfahrend): – Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Viele kleine und mittlere Unternehmen leiden unter einer geringen Eigenkapitalquote. Sie sind darauf angewiesen, Fremdkapital aufnehmen zu müssen,

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

um ihren laufenden Geschäftsbetrieb aufrechterhalten zu können und Investitionen vorzunehmen. Dieses Geld bekommen sie von Banken als Kreditbürgschaften und Garantien, doch die Spielregeln der Kreditvergabe sind schärfer geworden und die geplante Bankenabgabe und Zinssteigerungen werden ein Übriges tun.

Diese Situation kann für mittelständische und kleine Unternehmen schnell zu einer existenzbedrohenden Situation führen. Das kann das Aus für den Betrieb bedeuten und bedeutet damit im Regelfall auch das Aus für die Arbeitsplätze, die dort vorhanden sind. Deshalb halten wir es für sinnvoll, wenn sich Politik, Banken und Förderinstitutionen Gedanken über ein entsprechendes neues Programm als Baustein für die Liquiditäts- und Investitionsfinanzierung im Mittelstand machen. Es kann Hamburger Unternehmen in existenzbedrohenden Situationen aus einem finanziellen Engpass helfen und damit vor der Insolvenz bewahren.

Wir teilen die Auffassung, dass, bevor ein Instrument neu geschaffen wird, das in Richtung eines Feuerwehrfonds geht, genau der Erfolg des alten Instruments Feuerwehrfonds evaluiert werden muss. Weiterhin gilt, dass man nur dann, wenn Förderinstrumente für den Mittelstand unbürokratisch genutzt und in Anspruch genommen werden können, diese schaffen sollte. Außerdem muss der Senat sein Augenmerk darauf richten, dass der Feuerwehrfonds sich sinnvoll mit anderen Förderinstrumenten ergänzt, um Doppelförderungen auszuschließen. Im Ergebnis werden wir dem Antrag der CDU zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Bischoff, Sie haben das Wort.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Stemmann hat zu Recht darauf hingewiesen, dass sowohl die Kreditkommission als auch die begleitenden Bürgschaftsprogramme gerade während der Krise in Hamburg einen hervorragenden Job gemacht haben. Ich teile nicht diese Überlegung der SPD-Fraktion, die sagt, sie werde die Schwierigkeiten, die es zweifelsohne gibt, alle im Rahmen einer Investitionsbank lösen. Ich denke, das wird noch eine ganze Weile dauern. Insofern hat Herr Kluth in dem Fall auch unsere Zustimmung. Wir entscheiden nur über das Petition. In dem Petition steht, man solle sich das noch einmal genau ansehen, die verschiedenen Rahmenbedingungen prüfen und dann, wenn möglich, ein unbürokratisches Förderprogramm für kleinere und mittlere Unternehmen auflegen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte dem Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/622 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 6 der Tagesordnung, den Drucksachen 20/513, 20/694 und 20/695: Berichte des Eingabenausschusses.

Ich beginne mit dem Bericht 20/513.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 20/513 –]**

Zunächst zu Ziffer 1.

Wer schließt sich der Empfehlung an, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 317/11 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das angenommen.

Wer möchte nun der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 178/11 in Bezug auf das Anliegen "Maßnahmen zur Versorgung mit Wohnraum" abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das angenommen.

Wer schließt sich darüber hinaus den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig der Fall.

Von der Ziffer 2 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Nun zum Bericht 20/694.

**[Bericht des Eingabenausschusses:
Eingaben
– Drs 20/694 –]**

Hierzu ist mir mitgeteilt worden, dass zu der Eingabe 695/10 aus den Reihen der GAL-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE gemäß Paragraf 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort gewünscht wird. – Frau Möller, Sie haben das Wort für maximal fünf Minuten.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte diese Möglichkeit der Rede anlässlich von zwei Eingaben, die wir am letzten Montag im Eingabenausschuss verhandelt haben, gerne wahrnehmen, um Sie alle über eine Entwicklung zu informieren, von der ich glaube, dass wir sie als Kolleginnen und Kollegen im Eingabenausschuss nicht alleine stoppen können. Wir haben eine Aufgabe im Eingabenausschuss vor uns, die nicht einfach ist, die aber so, wie sie im Moment umgesetzt ist, auch dem widerspricht, was der Senat eigent-

(Antje Möller)

lich als Lösung vorgeschlagen hat. Ich rede über ungefähr 900 Roma, die sich zurzeit ohne gesicherten Aufenthalt in Hamburg aufhalten, denen die Abschiebung droht.

30 Fälle, die ungefähr 100 Menschen betreffen, haben wir inzwischen im Eingabenausschuss. Der Innensenator hat in der Innenausschusssitzung am 14. Juni 2011 sehr deutlich gemacht, dass Hamburg zwar keine bundesweiten Initiativen unterstützen wird, auch keine eigenen Schutzanstrengungen für Hamburg unternehmen wird, dass er aber erstens keine Sammelabschiebungen durchführen wird und zweitens eine differenzierte Einzelfallklärung anstrebt.

Das, was uns jetzt im Eingabenausschuss in der letzten Woche begegnet ist, ist genau das Gegenteil von einer differenzierten Einzelfallprüfung. Wir haben eine Akkordarbeit zu leisten; fünf Minuten für jede Entscheidung sind überhaupt nicht ausreichend. Da wir aber inzwischen feststellen konnten, dass die Kolleginnen und Kollegen der beiden großen Fraktionen, wovon eine insgesamt schon die Mehrheit hat, mit uns die differenzierte Einzelfallprüfung nicht wirklich durchdeklinieren werden, bitte ich schlicht und einfach um Unterstützung von Ihnen allen.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Wenn wir eine differenzierte Einzelfallprüfung für die einzelnen Familien durchführen wollen, dann müssen wir uns damit auseinandersetzen, ob die Personen krank sind, ob sie vor 20 Jahren eingereist sind oder vor sechs Monaten, ob sie einen Arbeitsplatz haben, ob sie zur Schule gehen, ob sie hier Familienangehörige haben oder wie ihre finanzielle und soziale Situation aussieht.

Dieses ist im Moment in der Diskussion im Eingabenausschuss für die Mehrheitsfraktionen alles ohne Belang. Ermessensspielräume des Ausländerrechts, die sich aus genau diesen Details ergeben und dann überhaupt nur die differenzierte Einzelfallprüfung zulassen und uns im Eingabenausschuss den einzigen Spielraum, den wir haben, ermöglichen, werden beiseite gewischt. Hinzu kommt, dass wir mit sehr viel Erschrecken zur Kenntnis nehmen mussten, dass selbst vor Abschiebungen ins Kosovo nicht zurückgeschreckt wird, und das ist nicht das, was der Innensenator in der Innenausschusssitzung am 14. Juni 2011 als die Linie des Umgangs mit Roma in Hamburg definiert hat. Ich bitte deswegen dringlich darum, dass sich die Kolleginnen und Kollegen, die nicht im Eingabenausschuss sind, doch einfach einmal die Mühe machen, sich die Unterlagen der Einzelfälle anzusehen; Sie können das als Abgeordnete.

(Dirk Kienscherf SPD: Das dürfen wir doch gar nicht!)

– Herr Kienscherf, da sind Sie leider nicht richtig informiert, das ist bedauerlich. Sie dürfen selbst-

verständlich als Abgeordneter Einsicht nehmen in die Unterlagen, die wir als Abgeordnete im Eingabenausschuss haben.

Es kann nicht angehen, dass wir die nächsten 30 Fälle – ich sage es noch einmal, ungefähr 100 Personen sind davon betroffen – noch vor den Sommerferien im Fünf-Minuten-Takt im Eingabenausschuss zur Abschiebung freigeben und durchwinken müssen. Das führt dann nämlich genau zu der Sammelabschiebung, die der Innensenator zumindest nicht will. Ich werbe sehr dafür, dass durch die differenzierte Einzelfallprüfung die individuelle Situation der Menschen, die sich in Hamburg aufhalten, überprüft wird, und bitte um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der GAL und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Ich bin noch nicht sehr lange im Eingabenausschuss und möchte gerade deswegen auch Stellung nehmen zu dieser letzten Sitzung, die wir zu den Roma gehabt haben. Die Asylverfahren sind in jedem Fall entschieden und deswegen geht es darum zu klären, wo unsere Handlungsmöglichkeiten als Hamburger Parlament sind und was Hamburg für die Roma noch konkret tun kann.

Nun heißt es immer, Einzelfallprüfungen müssten gemacht werden. Das kommt mittlerweile immer mantramäßig in den Ausschuss hinein. Das ist auch richtig, das müssen wir auch tun, ich habe aber den Einsdruck, dass das genau nicht geschieht. Im Gegenteil, es werden Entscheidungen aufgrund von Mutmaßungen getroffen.

Die Fakten sind folgende: Werden Roma abgeschoben, landen sie in Lagern. Eine Registrierung, die für eine Teilnahme am Bildungs- und Gesundheitssystem Voraussetzung ist, kann in diesen Lagern nicht erfolgen. Wir wissen, dass Roma aus rassistischen Motiven verfolgt, diskriminiert und bedroht werden. Die Einzelfallprüfungen, die das nicht berücksichtigen, bedeuten immer eine Verdrängung dieser Tatsache.

(Beifall bei der LINKEN und der GAL)

Es lohnt sich auf jeden Fall ein Blick hinter jeden einzelnen Menschen, der von Abschiebung betroffen ist. Aber dieser Blick darf sich nicht an den Vorgaben der Ausländerbehörde orientieren.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Links-Fraktion fordert mit Blick auf jeden Mann, jede Frau und jedes Kind das Bleiberecht für alle Roma in Hamburg.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Herr Schumacher das Wort ebenfalls für maximal fünf Minuten.

Sören Schumacher SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Möller, Frau Artus, in der Tat beraten wir im Eingabenausschuss regelmäßig über Fälle, die das Ausländerrecht betreffen, so auch am vergangenen Montag und hier insbesondere über Fälle mit Roma-Hintergrund. Das haben Sie auch geschildert. Wir lassen uns nicht vorwerfen, dass wir im Eingabenausschuss die Einzelfälle nicht intensiv beraten.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Dazu zwei Anmerkungen: Wer in den Bericht vom Montag, die Drucksache 20/694, schaut, wird schnell feststellen, dass wir innerhalb der 90 Minuten drei Fälle beraten haben. Allein daran ist zu sehen, dass wir für die Einzelfälle eine ausreichende Zeit aufwenden. Unser Wunsch für die weiteren Beratungen im Eingabenausschuss zu diesen Fällen wäre, dass wir nicht bei jedem Einzelfall die allgemeinpolitische Debatte über die Roma und die Rückführung in die entsprechenden Länder haben, denn diese Debatte haben wir als Parlament in der Sitzung des Innenausschusses am 14. Juni 2011 in aller Deutlichkeit, in einem vernünftigen Rahmen und mit der entsprechenden Länge geführt. Dass wir unterschiedlicher Meinung sind, ist bekannt. Das kann jeder im Wortprotokoll des Innenausschusses nachlesen, wie die Meinungen des Hauses sind. Insofern werden wir auch in den nächsten Wochen und Monaten Einzelfälle beraten und das betrifft jede Eingabe, egal, ob mit Roma-Hintergrund oder nicht. Jede Eingabe wird bei uns in einer vernünftigen und verantwortungsvollen Weise beraten.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Herr Yildiz ebenfalls für maximal fünf Minuten.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann nicht sein, dass wir bei der Einzelfallberatung nicht berücksichtigen, dass Menschen krank sind, dass die Gesundheitsversorgung vor Ort nicht in der Lage ist, diese Menschen zu versorgen, dass Kinder, die hier seit Jahren zur Schule gegangen und aufgewachsen sind, auch davon betroffen sind, und es kann nicht sein, dass die Lebensbedingungen vor Ort nicht berücksichtigt werden. Sogar Amnesty International kritisiert, dass das BAMF, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, bei Asylverfahren die Probleme, Lebensbedingungen und die Gesundheitsversorgung vor Ort, das heißt, in den Herkunftsländern, nicht berücksichtigt. Es geht um Menschen, nicht nur um 30 Eingaben, in den kommenden Wochen wird es um fast 1 000 Menschen gehen. Bei der Einzelfall-

prüfung müssen wir mit berücksichtigen, dass es auch um die Situation der Menschen vor Ort geht. Ansonsten bedeutet das für die SPD-Fraktion, dass die Mehrheit abgeschoben wird.

Weshalb ich auch erschrocken bin: Ich habe heute einen Anruf bekommen von einem Petenten, der eine Eingabe gemacht hat. Die Behörde hat ihn bedroht, bis Sonntag das Land zu verlassen, ansonsten werde ihm mit Abschiebehaft gedroht. Das kann doch nicht sein. Den Menschen, die über den Eingabenausschuss oder die Härtefallkommission nicht die Möglichkeit bekommen, muss eine freiwillige Reise ermöglicht werden, statt diesen Menschen mit Familien zu drohen, dass sie in Abschiebehaft kommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung über die beiden in dem Bericht aus Drucksache 20/694 aufgeführten Eingaben.

Wer möchte den Empfehlungen folgen, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 695/10 und 167/11 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das mehrheitlich so beschlossen.

Schließlich zum Bericht 20/695.

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drs 20/695 –]

Wer schließt sich den Empfehlungen an, die der Eingabenausschuss zu den Eingaben 243/11, 256/11, 257/11, 263/11, 264/11, 269/11, 270/11, 272/11 und 289/11 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte nun der Empfehlung folgen, die der Eingabenausschuss zu der Eingabe 244/11 abgegeben hat? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch das so beschlossen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so geschehen.

Von Ziffer 2 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

haben Sie erhalten.

(Präsidentin Carola Veit)

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von den unter A aufgeführten Drucksachen Kenntnis genommen hat.

Wer stimmt nun den Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig so geschehen.

Wer schließt sich den Ausschussempfehlungen unter C an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig der Fall.

Wer stimmt den Verlangen auf Besprechung nach Paragraph 20 Absatz 2 Satz 5 unserer Geschäftsordnung unter D zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt 18 der Tagesordnung, der Drucksache 20/593, Senatsantrag: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach Paragraph 32 Landeshaushaltsordnung und Erweiterung der "Bepackung" nach der Vorläufigen Haushaltsführung für 2011.

**[Senatsantrag:
Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs
2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung
und Erweiterung der "Bepackung" der Vorläufigen
Haushaltsführung für 2011
– Drs 20/593 –]**

Die CDU-Fraktion möchte den Antrag ziffernweise abstimmen lassen. Die Abstimmung erfolgt über die vom Senat am 20. Juni 2011 berichtigte Fassung.

Zunächst stelle ich fest, dass die in Ziffer 1 des Petitums erbetene Kenntnisnahme erfolgt ist.

Die Bürgerschaft wird, wie in Ziffer 2 des Petitums erbeten, ihren Beratungen über den Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012 die in den Anlagen 1 und 2 der Drucksache 20/593 aufgeführten Ergänzungen zugrunde legen.

Wer möchte nun Ziffer 3.1 des Senatsantrags annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig so geschehen.

Wer möchte Ziffer 3.2 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich der Fall.

Wer möchte Ziffer 3.3 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig.

Wer möchte Ziffer 3.4 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch das mehrheitlich so beschlossen.

Wer schließt sich Ziffer 3.5 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist so beschlossen.

Wer möchte Ziffer 3.6 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so beschlossen.

Wer nimmt Ziffer 3.7 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist mehrheitlich der Fall.

Wer möchte schließlich Ziffer 3.8 seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann einstimmig so geschehen.

Damit ist der Senatsantrag aus Drucksache 20/593 in erster Lesung angenommen worden.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das sehe ich nicht.

Wer will die soeben in erster Lesung gefassten Beschlüsse in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zu Punkt 19 unserer Tagesordnung, Drucksache 20/684, Senatsantrag: Aufsichtsratsstätigkeit von Herrn Senator Michael Neumann.

**[Senatsantrag:
Aufsichtsratsstätigkeit von Herrn Senator Michael
Neumann
– Drs 20/684 –]**

Wer möchte zu diesem Senatsantrag das Einvernehmen nach Artikel 40 Absatz 2 der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg herstellen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das so geschehen.

Wir kommen zu Punkt 20 der Tagesordnung, Drucksache 20/685, Bericht des Europaausschusses: Wiedereinrichtung des Hamburger Rates für nachhaltige Entwicklungspolitik.

**[Bericht des Europaausschusses über die
Drucksache 20/201:
Wiedereinrichtung des Hamburger Rates für
nachhaltige Entwicklungspolitik (Antrag der
GAL-Fraktion)
– Drs 20/685 –]**

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mehrheitlich so geschehen.

Ich rufe Punkt 24 der Tagesordnung auf, Drucksache 20/714, Bericht des Gesundheitsausschusses: Tierversuche reduzieren – tierversuchsfreie Forschung stärken!

**[Bericht des Gesundheitsausschusses über die
Drucksache 20/519:
Tierversuche reduzieren – tierversuchsfreie
Forschung stärken! (Antrag der GAL-Fraktion)**

(Präsidentin Carola Veit)**– Drs 20/714 –]**

Wer möchte Ziffer 1 der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so beschlossen.

Wer möchte sich dem Beschluss aus Ziffer 2 der Ausschussempfehlung anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig der Fall.

Wir kommen zu Punkt 25 der Tagesordnung, Drucksache 20/715, Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration: Leiharbeit im öffentlichen Dienst begrenzen.

[Bericht des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Integration über die Drucksache 20/116: Leiharbeit im öffentlichen Dienst begrenzen (Antrag der Fraktion DIE LINKE)

– Drs 20/715 –]

Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das mehrheitlich so beschlossen worden.

Punkt 28 a der Tagesordnung, Drucksache 20/804, Bericht des Haushaltsausschusses: Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach Paragraf 32 Landeshaushaltsordnung und Erweiterung der "Bepackung" der Vorläufigen Haushaltsführung für 2011, insbesondere für das Kita-Sofortpaket.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 20/592:

Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2011/2012 nach § 32 Landeshaushaltsordnung (LHO) und Erweiterung der "Bepackung" der Vorläufigen Haushaltsführung für 2011– insbesondere für das Kita-Sofortpaket – (Senatsantrag)

– Drs 20/804 –]

Die Fraktionen von CDU, GAL, FDP und LINKE haben zum Bericht des Haushaltsausschusses aus Drucksache 20/804 eine ziffernweise Abstimmung beantragt.

Zu den Ziffern 1 und 2 des Petitums aus der Drucksache 20/592 empfiehlt der Haushaltsausschuss die Kenntnisnahme. Diese ist hiermit erfolgt.

Die Bürgerschaft wird ihren Beratungen über den Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012 als Ergänzung die haushaltsneutralen Umschichtungen gemäß Anlage 1 der Drucksache 20/592 zugrunde legen.

Wer möchte nun darüber hinaus den Ausschussempfehlungen folgen und die Ziffer 3.1 des Petitums aus der Drucksache 20/592 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann so geschehen.

Wer möchte sich Ziffer 3.2 des Petitums aus der Drucksache 20/592 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist der Fall.

Wer möchte Ziffer 3.3 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich der Fall.

Wer möchte Ziffer 3.4 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist dann so beschlossen.

Damit ist der Senatsantrag aus Drucksache 20/592 in erster Lesung angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer möchte den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss zu Ziffer 3.1 des Petitums aus der Drucksache 20/592 auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das auch in zweiter Lesung so beschlossen worden.

Wer möchte den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss zu Ziffer 3.2 des Petitums aus der Drucksache 20/592 auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist dann so beschlossen.

Wer möchte den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss zu Ziffer 3.3 des Petitums aus der Drucksache 20/592 auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann mehrheitlich so beschlossen worden.

Wer möchte den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss zu Ziffer 3.4 des Petitums aus der Drucksache 20/592 auch in zweiter Lesung fassen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist dann so beschlossen und damit ist der Senatsantrag aus Drucksache 20/592 auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Wir kommen zu Punkt 44 der Tagesordnung, Drucksache 20/745, Antrag der Fraktion DIE LINKE: Kündigung der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Hansestadt Hamburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Mitnutzung der Einrichtung Nostorf/Horst.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE: Kündigung der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Freien und Hansestadt Hamburg und dem Land Mecklenburg-Vorpommern über die Mitnutzung der Einrichtung Nostorf/Horst – Drs 20/745 –]

Die Fraktion DIE LINKE möchte diese Drucksache an den Innenausschuss überweisen.

(Präsidentin Carola Veit)

Wer stimmt dem Überweisungsbegehren zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt worden.

Mir ist mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der GAL-Fraktion sowie der Fraktion DIE LINKE hierzu gemäß Paragraf 26 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung das Wort gewünscht wird. – Herr Yildiz, Sie haben es für maximal fünf Minuten.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen,

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

aber ich finde es wichtig, deswegen wollte ich dazu auch etwas sagen.

Wir sind davon überzeugt, dass Flüchtlinge, die nach Hamburg kommen, auch in Hamburg bleiben sollten. Daher haben wir den Antrag gestellt, dass die Verwaltungsvereinbarung mit Mecklenburg-Vorpommern auch rechtzeitig gekündigt wird. Es sind mehrere Gründe, warum das wichtig ist.

Wenn Sie zuhören, kann ich mich auch kürzer fassen, sonst habe ich fünf Minuten.

(Vereinzelter Beifall bei der LINKEN)

Deswegen möchte ich den Appell an die SPD-Fraktion richten, diesen Antrag zumindest nachträglich an den Innenausschuss zu überweisen. Leider haben Sie das abgelehnt. Ich hätte mir ein anderes Votum gewünscht.

Flüchtlinge, die nach Hamburg kommen, kommen deshalb, weil in den Herkunftsländern entweder Krieg, schlechte Lebensbedingungen oder soziale Verwahrlosung herrschen. Sie kommen nach Hamburg und was machen wir? Wir stecken sie in ein offenes – in Anführungsstrichen – Gefängnis

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Na, na, na!)

und isolieren sie von der gesamten Gesellschaft. Die medizinische Versorgung ist katastrophal, die Hygienezustände sind schlecht wie nie zuvor. Wenn Sie einmal vor Ort waren, dann würden Sie wissen, was ich damit meine.

Viele Menschen, die flüchten und zu uns kommen und auch psychische Probleme haben, die belastet sind, haben gar keine Möglichkeit, dort eine psychische Betreuung zu bekommen.

Minderjährige, die in Hamburg durch Altersfiktivfestsetzung älter gemacht werden, werden mit bis zu acht Erwachsenen in einem Raum untergebracht. Sie haben nicht das Recht auf Bildung, sie haben gar keine Möglichkeiten, außer in einer nach meinen Begriffen abgeschotteten Gegend zu leben. Der traurige Schlusspunkt war, dass eine hochschwangere Frau nach einem Fruchtblasensprung das Kind tot auf die Welt bringen musste.

Kurz zusammengefasst: Nostorf/Horst ist und bleibt eine Unterkunft, wo Menschen isoliert und abgeschottet von der Gesamtbevölkerung in Hamburg leben. Wenn wir für die Menschen zuständig sind, dann kann es nicht sein, dass sie 60 Kilometer entfernt von Hamburg leben.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer von Ihnen vor Ort war, weiß, dass es sogar schwierig ist, mit dem Auto hinzufahren, weil der Ort von vielen Navigationsgeräten nicht einmal gefunden wird. Letztes Jahr, als der Hungerstreik in der Unterkunft begann, haben wir als Abgeordnete von Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg die Unterkunft besucht. Ich würde jedem empfehlen, einmal diese Unterkunft zu besuchen und sich selbst einen Eindruck zu verschaffen. Weder die Lebensbedingungen noch die Betten oder die Hygienezustände oder der Ort sind für Menschen, die aus solchen Bedingungen zu uns kommen, zur Unterbringung geeignet.

Daher fordern wir immer noch den Senat auf, die Verwaltungsvereinbarung zu kündigen und alle Flüchtlinge, die nach Hamburg kommen, in Hamburg zu behalten, damit sie auch ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe in Hamburg haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Frau Möller ebenfalls für maximal fünf Minuten.

Antje Möller GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich sage vorweg ganz deutlich, dass ich die Lyrik des Antrags, seine Begründung, nur in Teilen mittrage, und meine Einschätzung bezüglich der Situation der Unterbringung sich auch in einigen Teilen von dem unterscheidet, was die LINKE als Beschreibung der Lebenssituation vor Ort im Text aufgeschrieben hat und wie es eben noch einmal dargestellt wurde.

Tatsache ist aber, dass die schwarz-grüne Koalition in der letzten Legislaturperiode im letzten Jahr mindestens die Unterbringung von schwangeren Frauen eingestellt hat. Das Verweisen auf Nostorf/Horst als Wohn- und Schlafstätte für Frauen, die schwanger und auf ärztliche Betreuung angewiesen sind, gab es nicht mehr in 2010. Nach dem, was mir an Berichten vorliegt, hat sich das geändert, was sehr bedauerlich ist. Ich hoffe, dass es sich um Einzelfälle handelt, die der Senat vielleicht sehr schnell wieder korrigieren kann.

Nichtsdestotrotz besteht aber die Notwendigkeit, sich über die Unterbringung von Flüchtlingen in der Stadt Gedanken zu machen, und der Senat wird auch nicht darum herumkommen, eine Entscheidung bezüglich des Vertrags, der mit Nostorf/Horst beziehungsweise mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern geschlossen wurde, zu treffen. Deswe-

(Antje Möller)

gen verstehe ich nicht, warum keine Überweisung an den Ausschuss stattfinden kann. Wir haben im letzten Jahr – auch mit großem Interesse vonseiten der SPD – diese Themen der Flüchtlingsunterbringung mehrfach ausführlich diskutiert. Die Fristen sind klar: Ein Jahr vor Ablauf des Vertrags muss die Kündigung erfolgen, im Herbst ist dies schlicht und einfach der Fall. Sie werden aus der Debatte, wie das neue Unterbringungskonzept für Flüchtlinge aussehen soll, nicht herauskommen. Wir haben im letzten Jahr zur Kenntnis nehmen müssen, wie schnell sich Flüchtlingsströme verändern.

Die ersten Schritte sind getan. Es gibt mehr Unterbringungsplätze und es gibt im Moment eine Entspannung bei der Zentralen Erstaufnahme. Deshalb sollte man eigentlich denken, dass die Zuweisung nach Nostorf/Horst auch gegen Null gehen könnte. Ich erkenne die Zahlen aber so, als wenn das mitnichten der Fall ist. Wir brauchen dringend eine Diskussion über die Zukunft der Flüchtlingsunterbringung in dieser Stadt, eine Fortführung der Diskussion, die wir im letzten Jahr begonnen haben, und dazu gehört als Erstes natürlich eine Entscheidung über die Fortführung dieses Vertrags mit Mecklenburg-Vorpommern. Dazu wäre der Innenausschuss gut geeignet.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Kienscherf, ebenfalls für maximal fünf Minuten.

Dirk Kienscherf SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es kommt selten vor, aber ich muss doch den Ausführungen von Frau Möller zustimmen. Frau Möller hat hinsichtlich des Antrags und des Antragstextes recht und darin liegt auch der Grund, warum wir ihn nicht überweisen. Wir müssen uns wirklich ernsthaft mit diesem wichtigen Thema beschäftigen. Ich habe mir noch einmal die Protokolle des Innenausschusses angeschaut, auch Anfang dieses Jahres haben Sie darüber diskutiert. Was wir aber in der gebotenen Sachlichkeit diskutieren müssen, ist – da haben wir vielleicht unterschiedliche Ansichten, sind aber alle der festen Überzeugung, dass wir etwas tun müssen –, dass es ein Konzept geben muss und wir als Stadt letztendlich die Verantwortung haben, den Menschen zu sagen, wo wir hinwollen.

Das Thema Nostorf hat die Bürgerschaft in den letzten Monaten und Jahren zu Recht beschäftigt und der Senat wird, entsprechend auch Ihrer An-

sicht, zu einer Entscheidung kommen und das sicherlich dann mit dem Parlament beraten. Jedenfalls unsere Fraktion sagt auch deutlich zu, dass wir diese Diskussion führen wollen. Wir wollen sie sachlich führen und es wird im Herbst den Zeitpunkt dafür geben; wir werden dem nicht ausweichen.

Da gibt es wichtige Punkte und es haben sich auch wichtige Dinge getan. Wir haben Ansprüche an eine solche Unterbringung. Es ging um die Themen Familien, Beschulung und Schwangere. Wir haben letztendlich Positionen entwickelt und glauben auch an die Umsetzung dieser Positionen. Lassen Sie uns dann gemeinsam in sachlicher Form und nicht in dieser Art und Weise, wie es in diesem Antrag enthalten ist, über dieses Thema diskutieren. Das sind wir den Menschen und der Stadt schuldig. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung.

Wer möchte dem Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/745 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich rufe Punkt 48 der Tagesordnung auf, Drucksache 20/842, Interfraktioneller Antrag: Regelmäßige Entsendung einer Vertretung der Gerichtspräsidentinnen beziehungsweise Gerichtspräsidenten zu den Haushaltsberatungen im Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung.

**[Interfraktioneller Antrag:
Regelmäßige Entsendung einer Vertretung der
Gerichtspräsidentinnen/Gerichtspräsidenten zu
den Haushaltsberatungen im Ausschuss für
Justiz, Datenschutz und Gleichstellung
– Drs 20/842 –]**

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig beschlossen worden.

Wir sind am Ende dieser Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Ende: 21.08 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Christoph Ahlhaus, Christa Goetsch, Robert Heinemann, Karin Prien, Dennis Thering, Anna-Elisabeth von Treuenfels und Katharina Wolff

Anlage 1**Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO**

für die Sitzung der Bürgerschaft am 22. und 23. Juni 2011

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
21	686	Bericht des Europaausschusses
22	687	Bericht des Europaausschusses
23	688	Bericht des Europaausschusses

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisungen

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand	auf Antrag der	Überweisung an
9	424	Katastrophenschutzplanung bei atomaren Unfällen	GAL	Innenausschuss (f.) und Umweltausschuss
34	725	Mehr Haushaltstransparenz – Einführung eines Monatsberichts der Finanzbehörde	SPD	Haushaltsausschuss
35	730 Neuf.	EHEC-Erkrankungen in Hamburg	SPD	Gesundheitsausschuss
47	803	Gesetzentwurf für ein Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Kommission für Bodenordnung und Antrag auf Nachwahl dreier Mitglieder und deren Vertreterin oder Vertreter für die Kommission für Bodenordnung	SPD	Haushaltsausschuss

C. Einvernehmliche Ausschussempfehlungen

TOP	Drs-Nr.	Ausschuss	Gegenstand
26	726	Verfassungs- und Bezirksausschuss	Prüfung der Gültigkeit der Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 20. Februar 2011 (hier: Wahleinsprüche 02/11 und 03/11 sowie 06/11 bis 10/11)
27	729	Verfassungs- und Bezirksausschuss	Antrag auf Entscheidung über den Verlust eines Sitzes in der Bezirksversammlung Harburg

D. Einvernehmliche Verlangen auf Besprechung nach § 20 Abs. 2 Satz 5 GO

TOP	Drs-Nr.	Gegenstand
8	350	Wohnungsbauentwicklungsplan
11	441	Hamburger Sprachförderkonzept